

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

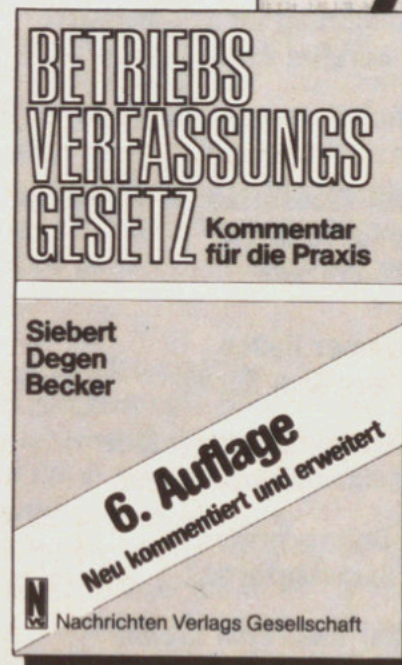
GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

GEGRÜNDET 1961 VON HEINZ SEEGER

D 34 76 E

Die Skalpelle werden jetzt wieder geschärft

In den Koalitionsverhandlungen für das sozialpolitische Programm der neuen Regierung haben CDU, CSU und FDP Mitte Februar beschlossen, vor den Landtagswahlen noch nichts Konkretes zu beschließen. Dennoch ist schon heute klar, daß das Gesundheitswesen und die Rentenversicherung zum Wenden vorgesehen sind. Die notwendigen Belastungen sollen auf alle Beteiligten angemessen verteilt werden, heißt es in einer Erklärung. So vornehm drückt man sich in der Regel dann aus, wenn man den abhängig Beschäftigten wieder einmal gehörig ans Leder will. Zu solchen Zeiten tönt der Ruf nach gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und Sozialpartnerschaft besonders laut. Er müßte den



Neue Arbeitshilfen für die gewerkschaftliche Praxis. Beachten Sie bitte die Seiten 14 und 15.

• Mobil für 35 •

• Betriebsräte und Arbeitskampf • Pakt der Solidarität •

• Sozialpolitische Grausamkeiten •

Frankfurt/Main · 27. Jahrgang

3/87

März 1987

Einzelheft DM 4,-

INHALT

POLITIK

Jetzt Aktivität und Solidarität
gefragt – und sonst gar nichts 3

40 Jahre Ahlener Programm
Von Manfred Dietenberger,
Vorsitzender
des DGB-Kreises Waldshut 4

Jahrhundertvertrag 4

Steuerreform 4

Falsche Quote 4

Gewerkschaftliche Positionen
mit „vielen Füßen“ einbringen
Interview mit Joachim H. Klett,
stellv. Landesbezirksvorsitzender
der Gewerkschaft HBV, Hessen 5

LÖHNE/TARIFE

Die Schlichtung ist gescheitert:
IG BSE bereitet Arbeitskampf vor 6

ÖTV: Auch 2. Runde erfolglos 6

IG-Metall-Klausurtagung visiert an:
Verteilungsvolumen
von 8,75 Prozent 7

Unternehmer ließen
„Katze aus dem Sack“ 7

HBV will Einkommensgefälle
im Einzelhandel beseitigen 8

40 000 Unterschriften
gegen Samstagsarbeit 8

GL an der untersten Grenze 9

IG Druck will 7 Prozent 9

Für 35-Stunden-Woche
tragfähige Mehrheit 10

Wenn viele träumen und handeln,
beginnt eine neue Wirklichkeit 10

WIRTSCHAFT/FINANZEN

Bergbau steuert in die tiefste Krise
seit Anfang der siebziger Jahre 12

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:

In dieser Republik wird sich nichts
bewegen, wenn wir uns nicht
selbst bewegen

Franz Steinkühler:
Solidarisch kämpfen!

Klaus Zwickel:
Mobilisieren für die 35

Die neue Form des
Faschismus kommt auf
leisen Sohlen u. a. m. 13–25

Die Skalpelle werden...

Gewerkschaften eigentlich noch von den
zahlreichen sozialpolitischen „Operationen“
der vergangenen Jahre in den Ohren
klingen.

Nun aber ließ sich der DGB in einer gemeinsamen Erklärung der Bundesvereinigungen Deutscher Arbeitgeberverbände in Sachen Rentenreform ins sozialpartnerschaftliche Korsett zwängen. Will sich der DGB freiwillig auf den Operationstisch legen, um sich verstümmeln zu lassen? Jeder, der sich gegenwärtig dazu bereit erklärt, weitere Lasten zu übernehmen, räumt freiwillig sozialpolitische Positionen. Dabei machen die Unternehmerverbände gar keinen Hehl daraus, daß sie die Konfrontation wollen. In den Tarifverhandlungen der Metallindustrie steuern sie auf eine tägliche Arbeitszeit von 10 statt 8 Stunden und bis zu 50 Stunden wöchentlich zu, ohne Überstundenzuschlag; Samstagsarbeit soll jederzeit möglich sein. Wer solche Vorschläge macht, ist nicht um einen akzeptablen Kompromiß am Verhandlungstisch bemüht, sondern hebt den Vorschlaghammer, um die Gewerkschaften in die Knie zu zwingen. Dabei haben die Unternehmer den geänderten § 116 AFG im Rücken. Sozialpartnerschaftliche Flötentöne werden sie nicht davon abhalten, ihn auch zu gebrauchen. Die IG Metall hat umfassende Warnstreiks angesagt. Aber wird es ausreichen, die Zähne zu zeigen? Werden die Gewerkschaften nicht kräftiger zubeißen müssen?

Denn gleichzeitig rüstet auch die Regierung, den Gewerkschaften die Beteiligungsmöglichkeiten im Betrieb zu beschneiden. Hat die Änderung des § 116 AFG in der Tarifbewegung den Spielraum der Unternehmer erweitert, so soll der Wende zweiter Teil im Betrieb folgen: durch die geplante Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes. Und auch den Strategen des Sozialabbaus, Graf Lambsdorff, treibt es wieder um: er plädiert für Karenztage bei der Lohnfortzahlung und vermehrte Eigenbeteiligung der Versicherten an den Krankheitskosten. In den Betrieben selbst will die IG Metall gegen derartige Vorhaben mobilisieren. Horst Klein vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall wendet sich an die 150 000 Betriebsräte und Vertrauensleute in seinem Organisationsbereich zur Verteidigung der Betriebsverfassung. Und Willi Sturm, sein Vorstandskollege und Mitglied der CDU, plant Protestaktionen in den Handwerksbetrieben unter dem Motto: „Sozialabbau – nicht mit uns.“ Solche Aktionen zielen auf den neuralgischen Punkt der Unternehmer: den Betrieb. Und wenn in den Gewerkschaften über neue Kampfformen nachgedacht wird, wenn der „Streik am Arbeitsplatz“, das „Verbleiben im Betrieb“ ins Kalkül gezogen und vor allem praktiziert wird, dann zeigt das stärkere Wirkung, als es irgendwelche sozialpartnerschaftlichen Veranstaltungen jemals vermochten.

INHALT

GEWERKSCHAFTEN

In der Berufsausbildung konnte
die IG Metall Erfolge erringen
Interview mit Hans Preiss,
geschäftsführendes Vorstands-
mitglied der IG Metall 26

Regierung geht weiter mit der Axt
an die Wurzeln der Eisenbahn 27

Schwierigkeiten mit der Einheit
H. Niggemeier und die Geschichte 28

DPG will bei Aussperrung
Patenschaften übernehmen 29

DGB Hessen hat neuen
Vorsitzenden
und einen „Pakt der Solidarität“ 30

GESELLSCHAFTSPOLITIK

IG BSE erklärt: „So nicht!
Leisten wir Widerstand.“ 32

Chemie und Umweltschutz 32

Gibt es wieder Flickschusterei
bei der Montanmitbestimmung? 33

Arbeitsrecht im Umbruch –
aber in welche Richtung? 34

DGB-Landesbezirke sollen jetzt
Solidaritätsaktionen organisieren 34

Wolfgang Däubler zur Stellung
des Betriebsrates im Arbeitskampf 35

SOZIALPOLITIK

Aus dem Arbeits- und Sozialrecht:
BMW u. a.: Beeinflussung von
Betriebsratswahlen 35

Bonner Koalitionsabsprachen:
Soziale Grausamkeiten geplant 36

Arbeiterkammer Bremen für
Reform des AFG-Leistungsrechts 37

INTERNATIONALES

In Nicaragua: Schwierige Lage,
aber langer Atem und gute Laune
Interview mit Regine Meyer 38

RUBRIKEN

GLOSSE 3
TARIFMELDUNGEN 11
TARIFKALENDER 11
GEWERKSCHAFTSMELDUNGEN 31
PERSONALIEN 31
BUCHBESPRECHUNG 39
IMPRESSUM 39
VERLAGSINTERNES 39
TERMINKALENDER 40
BESTELLSCHIN 40
ZU GUTER LETZT 40

Jetzt Aktivität und Solidarität
gefragt – und sonst gar nichts

Die IG Metall hat mit der Bad Nauheimer Klausurtagung am 5. und 6. Februar, der zentralen Funktionärskonferenz am 13. Februar und der Großkundgebung am 14. Februar in Dortmund (siehe hierzu auch Einhefter S. 13 bis 24) die heiße Phase der Tarifaufeinanderersetzung um die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich eingeleitet. Die Strategie der Unternehmer wurde dort verdeutlicht. In mehr als 40 Verhandlungen haben sie nicht ein Angebot unterbreitet.

Mit ihrer Verzögerungstaktik wollen die Unternehmer die gewerkschaftlichen Aktionen erschweren. Sie wissen, daß der Zeitraum, der den Gewerkschaften für die Lösung des Tarifkonfliktes zur Verfügung steht – Mitte Juni beginnt die Urlaubszeit –, nicht unbegrenzt ist.

Stand 1984 noch die Kraftmeierei im Vordergrund, so ist es 1987 noch eher das Leisetreten. Mit ihrem etwas moderateren Ton wollen Leute vom Schlage eines Kirchner und Murmann die Mobilisierung der Belegschaften erschweren und die Öffentlichkeit neutralisieren.

Die IG Metall ist aber nicht mehr bereit, diese unternehmerische Strategie und Taktik weiter hinzunehmen. Sie will von nun an die Überzeugungskraft ihrer Argumente durch die Schlagkraft der gewerkschaftlichen Aktion ergänzen. Franz Steinkühler, der Vorsitzende der IG Metall, erklärte daher auf der zentralen Funktionärskonferenz: „Von Stund“ an muß der alte gewerkschaftliche Satz mit neuem Leben erfüllt werden, daß Verhandlungstage immer auch zugleich Aktionstage sind.“

Das für die Tarifpolitik zuständige geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Klaus Zwickel, meinte in Dortmund, daß es jetzt darauf ankomme, die Hauptauseinandersetzung in den Betrieb zu tragen. Wenn sich bis Anfang März nichts Entscheidendes geändert habe, dann würden spätestens in der zweiten Märzwoche überall Warnstreiks stattfinden.

Sicherlich hat die Gewerkschaft hier noch viel zu tun. Sie muß die in den Betrieben vorhandene Stimmung des positiven Abwartens zu einer positiven Kampf Stimmung wenden. Es muß den Mitgliedern verdeutlicht werden, daß die Betonfraktion bei Gesamtmetall alles unternimmt, um eine Kompromißlösung am Verhandlungstisch von vornherein auszuschließen und daher moralische Appelle an Leute solchen Schlages notwendigerweise zum Scheitern verurteilt sind. Sie werden zu ernsthaften Verhandlungen erst dann bereit sein, wenn die Situation für sie politisch und ökonomisch unkalkulierbar wird.

Der Erfolg wird in erster Linie von der Aktivität der IG Metall abhängen. Aber es wäre völlig abwegig zu glauben, daß sie dies allein schaffen könne. Der DGB und die

anderen Einzelgewerkschaften sind gefordert. Sie müssen praktische Solidarität üben.

Es ist sicherlich positiv, daß der DGB Solidaritätsaktionen organisieren will und der DGB-Vorsitzende, Breit, und die Vorsitzende der ÖTV, Wulf-Mathies, ihre Solida-

GLOSSE
Geldsorgen

Er könne sich vorstellen, sagte neulich Bundeskanzler Kohl vor dem U-Boot-Untersuchungsausschuß, daß die Verantwortlichen bei der Kieler Howaldtswerft für die Lieferung der U-Boot-Blaupausen an Südafrika aus Sorge um die Arbeitsplätze gehandelt haben.

So wird es wohl gewesen sein. Sehr viele Leute in unserem Lande machen sich solche Sorgen. In den Chefetagen der chemischen Industrie zum Beispiel. Wie viele Menschen mögen allein damit beschäftigt sein, das Gift im Rhein aufzuspüren und die toten Fische abzusammeln? Kaum jemand kann ermessen, wie viele Arbeitsplätze durch den Export von Mensch und Tier vergiftenden Pflanzenschutzmitteln, deren Anwendung bei uns deshalb verboten ist, in die „dritte Welt“ gesichert werden. Oder durch die aufwendige Arzneimittelwerbung. Die wirkt arbeitsplatzsichernd bis hin zu Bestattungsunternehmen und Friedhofsgärtnereien.

Aus Sorge um Arbeitsplätze transportieren Schiffseigner Tamilen über den großen Teich oder Waffen nach Iran. Andere wiederum sind so besorgt, daß sie diese Waffen produzieren. Nukem und Alkem sind auch ein Ergebnis dieser Art Besorgtheit, ebenso wie Wackersdorf oder U-Boote für Chile, Leopard-Panzer für Saudi-Arabien, Maschinengewehre für Südafrika.

Zugegeben, für einen normalen Menschen ist so eine „Arbeitsplatzsicherung“ unmenschlich. Aber wer kann sich schon vorstellen, daß sich auch der Kanzler so etwas vorstellen kann ... okulus

rität auf der Großkundgebung in Dortmund bekundeten. Die Deutsche Postgewerkschaft erwägt Patenschaften für heiß und kalt Ausgesperrte.

Doch gibt es auch schon Negatives zu beobachten. Wenn die DAG in dieser Situation sich unsolidarisch zeigt, wenn diese Ständesorganisation, die noch niemals eine ernsthafte Tarifaufeinandersetzung führte, jetzt gemeinsam mit Gesamtmetall „die Notwendigkeit und die Möglichkeit eines weiteren Ausbaus der Arbeitszeitflexibilisierung“ unterstrich, so erwartet man nichts anderes. Ganz anders ist es aber, wenn der Tarifverantwortliche einer DGB-Gewerkschaft, so Horst Mettke von der IG Chemie, ähnliche Töne von sich gibt. In „Die Quelle“ Nr. 2/1987 liefert er Stichworte, die die Unternehmer leicht gegen die IG Metall verwenden können. So behauptet er, daß die Verteilungsspielräume enger als früher seien. Durch bessere Maschinennutzungszeiten könnten Arbeitszeitverkürzungen finanziert werden. In die Schichtplangestaltung könne auch der Samstag einbezogen werden.

Dem Faß schlägt es aber den Boden aus, wenn Mettke feststellt, daß die Chance der Einführung der 35-Stunden-Woche möglicherweise dadurch verzögert werde, „daß wir nicht bereit sind, über eine andere Verteilung der Arbeitszeit mit uns reden zu lassen“. Dies kann doch nur als offener Affront gegen die IG Metall gewertet werden.

Die IG Metall orientiert auch darauf, in der Gesellschaft eine breite Widerstands- und Abwehrmauer gegen die Aussperrung zu errichten. Sie will, daß überall vor Ort „Solidaritätskomitees gegen Aussperrung“ entstehen. Diese Komitees sollen auch praktische Solidarität mit den Ausgesperrten vorbereiten. Alle gesellschaftlichen Gruppen, denen soziale Zukunftsperspektive, gewerkschaftliche Handlungsfreiheit und ein halbwegs ausgewogenes Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit in dieser Gesellschaft am Herzen liegt, werden von der IG Metall aufgefordert, sich an diesen Solidaritätskomitees zu beteiligen.

Die gewerkschaftlichen Aktionsausschüsse, davon gibt es mehr als 2500, und die Solidaritätskomitees sollen das Mittel sein, um die Auseinandersetzung in den Betrieben und in der Öffentlichkeit „in einem noch nicht dagewesenen Ausmaß zu politisieren“. Das gesamte linke Spektrum unseres Landes ist gefordert, Sozialdemokraten, Grüne und Kommunisten. Hier wird sich in der Praxis zeigen, wer zu wirklicher Solidarität bereit ist.

Unverständlich ist, wenn einige Gewerkschaften wie die IG Bergbau und die IG Chemie einer Ausgrenzung von Grünen und Kommunisten und faktisch einer großen Koalition das Wort reden. Aber auch Oskar Lafontaine muß sich fragen lassen, ob er gut beraten war, als er dem „stern“ am 5. Februar gegenüber erklärte: „Die Formel weitere Verkürzung der Arbeitszeit bei immer vollem Lohnausgleich geht nicht auf.“ Heinz Schäfer

40 Jahre Ahlener Programm

Von Manfred Dietenberger,
Vorsitzender des DGB-Kreises Waldshut

Vor rund 40 Jahren, am 3. Februar 1947 im bitterkalten Hungerwinter, verabschiedete der CDU-Zonenausschuß der britischen Zone unter Federführung Konrad Adenauers das „Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm“. In ihm wurde dem „kapitalistischen Gewinn- und Machtstreben“ der Kampf angesagt. Das deutsche Volk sollte „eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht“, denn: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“

Und weiter liest man im Ahlener Programm: „Unternehmungen monopolartigen Charakters ... verleihen eine wirtschaftliche und politische Macht, die die Freiheit im Staat gefährden kann“, daher müsse verhindert werden, daß es erneut zu einer „Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften, privaten oder öffentlichen Organisationen“ kommt. Anerkannt wird auch, daß in gewissem Umfang „die Planung und Lenkung der Wirtschaft“ notwendig und die gleichberechtigte Teilnahme der „breiten Massen von Arbeitnehmern und Konsumenten an dieser Planung und Lenkung“ zu gewährleisten ist.

Wer sich heute die Mühe macht, das Ahlener Programm zu lesen, wird einerseits von seiner Aktualität angesichts der Massenarbeitslosigkeit von 2,5 Millionen registrierten Arbeitslosen und den über einer Million nicht registrierten Arbeitslosen, einer noch nie dagewesenen Machtkonzentration bei Banken und Konzernen und dem geplanten Wegfall der Montanmitbestimmung überrascht sein und gleichzeitig feststellen, wieviel von den damaligen programmatisch niedergelegten Einsichten von der heutigen CDU verschüttet, verdrängt und in ihr Gegenteil verkehrt wurden.

Während die CDU angeblich im Ahlener Programm dem kapitalistischen Gewinn- und Machtstreben den Kampf ansagte, tat sie genau das Gegenteil. Immer war ihre Praxis den Kapitalinteressen untergeordnet. Das zeigt auch das Ergebnis 40-jähriger CDU-Politik: In der Bundesrepublik, dem Land mit der größten Millionärsdichte, wird Millionen Menschen das Recht auf Arbeit und ausreichendes Einkommen verweigert. CDU-Praxis steht auch für Sozialdemontage, „Neue Armut“, Abbau und Einschränkung von gewerkschaftlichen und demokratischen Rechten. Nur ein Stichwort sei dafür genannt: Die Veränderung des § 116 AFG, gegen die es millionenfachen Protest der Gewerkschafter gab.

Was war also der Grund für die positiven Forderungen im Ahlener Programm, die

so ganz und gar nicht mit der CDU-Praxis übereinstimmen: Es kam für die CDU im Frühjahr 1947, im Vorfeld der anstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 20. April 1947, darauf an, nicht politisch isoliert dazustehen, sondern sich ein antifaschistisches und demokratisches, ja sogar pseudo-sozialistisches Image zuzulegen. Daher nahm die reaktionäre CDU-Führung soziale und antimonopolistische Forderungen und Prinzipien der auch in dieser Partei vorhandenen christlich-demokratischen Friedenskräfte auf und paßte sich so der Meinung der Bevölkerung an. Diese war u. a. in Hessen deutlich sichtbar geworden. Dort hatte sich kurz zuvor die Bevölkerung mit überwiegender Mehrheit in einer Volksabstimmung für die neue Verfassung und den darin enthaltenen Sozialisierungsparagrafen ausgesprochen. Für breite Kreise der Bevölkerung war ein demokratischer Neubeginn nur unter der Voraussetzung denkbar, daß die Macht der Monopole, die Schuldigen an Krieg und Faschismus, zurückgedrängt wird, verbunden mit einer umfassenden Mitbestimmung derjenigen, die alle Werte schaffen.

Jahrhundertvertrag

Ein Wort macht gegenwärtig in Bonn die Runde: Jahrhundertvertrag. War es gestern der Bergbau, in dem sich die Stromerzeuger verpflichteten, für einen längeren Zeitraum die Abnahme von Steinkohle zu garantieren, so soll heute die bäuerliche Existenz durch einen Jahrhundertvertrag gesichert werden.

Existenzsicherung ist sicherlich ein lobenswertes Ziel. Aber bei rund 2,5 Millionen offiziell registrierter Arbeitsloser, angesichts der Existenzgefährdung von Hunderttausenden von Werft-, Stahl- und Bauarbeitern, der Verödung ganzer Wirtschaftsregionen, der heranziehenden konjunkturellen Krise und dem damit verbundenen Aufbrechen neuer Strukturkrisen in vielen Bereichen – selbst die Automobilindustrie, die gegenwärtig noch Sonder-schichten fährt, wird davon betroffen werden –, ist die Existenzsicherung ein vorrangiges politisches Ziel. Also her mit Jahrhundertverträgen für all die von wirtschaftlichen Nöten Betroffenen.

Soll es aber dabei nicht nur bei Worten bleiben, dann müssen Taten folgen, dann müssen Beschäftigungsprogramme her, dann dürfen nicht Mitbestimmungsrechte abgebaut, sondern müssen erweitert werden. Beschäftigungsprogramme, die ihren Namen verdienen, sind entsprechend finanziell auszugestalten. Da darf nicht gekleckert, da muß schon geklotzt werden.

Steuerreform

Nun ist also die Katze aus dem Sack: Bei der als zukunftsweisend gepriesenen Steuerreform hat sich die Lobby der Großverdiener wieder einmal durchgesetzt. Der Spitzensteuersatz wird um 3 Prozent gesenkt, was nichts anders bedeutet, als daß der „Faustschlag ins Gesicht der Arbeitnehmer“ (Blüm) plazierte wurde. Dennoch, die Sozialausschüsse der CDU, die zuvor so viel Theaterdonner veranstaltet haben, sind bereits zu Kreuze gekrochen. Die ersten Rechnungen kursieren, um die „soziale Ausgewogenheit“ der Steuerreform zu beweisen. Das macht sich jedoch bei Licht besehen so aus: Eine ledige Verkäuferin mit einem Jahreseinkommen von 24 000 DM behielt 460 DM zurück, dem Einkommensmillionär blieben 38 779 DM mehr im Säckel.

Aufgrund solcher Beispiele kommt der DGB zu einer grundsätzlich ablehnenden Haltung. „Empörende Ungerechtigkeit“ lautet das Urteil der SPD. Aber auch das ist noch nicht das letzte Wort. Denn noch liegt vollkommen im Nebel, wie die fehlenden 19 Milliarden DM zur Finanzierung der Reform aufgebracht werden. Im Gespräch ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder auch der Wegfall des Weihnachtsfreibetrags. Wenn sich – nach der letzten Landtagswahl im Herbst – die Nebel lichten, darf womöglich die Verkäuferin noch einiges Geld dazulegen, um dem Einkommensmillionär seine „Erleichterung“ zu finanzieren.

R. B.

Falsche Quote

Den Angaben der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit zufolge erreichte Ende Januar die Zahl der registrierten Arbeitslosen die Rekordhöhe von 2,5 Millionen. Damit sei, wie es auch die Massenmedien verbreiteten, die Arbeitslosenquote auf 10 Prozent gestiegen. Mit dieser Angabe wird das wahre Ausmaß der Beschäftigungskatastrophe verschleiert. Und das nicht nur durch die 1,5 Millionen nichtregistrierten Arbeitslosen, aus der Statistik Herausgefallenen, nicht mehr Vermittelbaren und mehreren Hunderttausenden ABM-Kräften, sondern auch durch falsche Bezugsgrößen.

Nach Adam Riese bedeuten 2,5 Millionen registrierte Arbeitslose, oder 10 Prozent, daß Nürnberg von 25 Millionen Beschäftigten ausgeht. In dieser Zahl sind jedoch auch die rund 3 Millionen Selbständigen und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen enthalten. Wenn man von den verbleibenden 22 Millionen Beschäftigten die 2,5 Millionen Beamten und 0,5 Millionen wehrpflichtigen Soldaten sowie die schon angeführten 2,5 Millionen registrierten Arbeitslosen abzieht, dann kommt nicht – wie verbreitet – auf zehn Beschäftigte ein Arbeitsloser, sondern auf 6,8 beschäftigte Arbeiter und Angestellte.

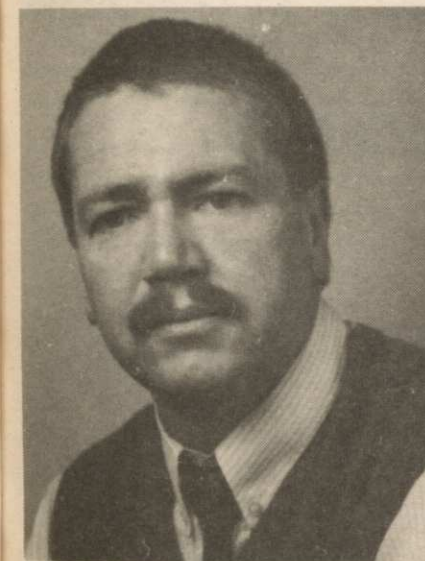
Gewerkschaftliche Positionen – mit „vielen Füßen“ einbringen

Interview mit Joachim H. Klett, stellvertretender Landesbezirksvorsitzender der HBV Hessen

Einige Tage, die in den Terminkalendern vieler Gewerkschafter in den letzten Jahren rot angestrichen waren, sind die des Ostermarsches. Denn es gibt kaum eine Gewerkschaft, die nicht in ihren Beschlüssen auf diese Osteraktionen für Frieden, Abrüstung und Entspannung orientiert. Gegenwärtig wird der Ostermarsch '87 vorbereitet. Wie werden sich die Gewerkschaften beteiligen? Diese und andere Fragen beantwortet Joachim H. Klett, stellvertretender hessischer Landesbezirksvorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) unserer Redakteurin Gisela Mayer.

NACHRICHTEN: Gegenwärtig werden in der Bundesrepublik die Ostermärsche vorbereitet. Wie ist dazu die Beschluslage der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen?

Joachim H. Klett: Mir ist keine Beschluslage bekannt, die heute etwas anderes zum Ostermarsch vorsieht, als in den Vorjahren. Das heißt, Beteiligung mit dem Ziel, unsere gewerkschaftlichen Positionen mit vielen Argumenten – aber auch mit vielen Füßen einzubringen. Der 13.



Bundeskongreß des DGB hat mit seinem Antrag A 1 „Frieden, Abrüstung, Entspannung“ nachdrücklich unter Beweis gestellt, daß die DGB-Gewerkschaften in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wesentlicher Teil der Friedensbewegung sind und bleiben.

Sicher gab es Phasen, wo etwas mehr Bekanntheit dazugehörte, an diese Tradition zu erinnern. Die Beschluslage heute und auch die Akzeptanz ist gut, wir müssen aber unseren „Beobachterstatus“ abbauen, und noch mehr Motor dieser Bewegung werden.

NACHRICHTEN: Welchen Stellenwert messen Sie solchen Aktionen angesichts der neu aufgelegten Wendepolitik bei?

Joachim H. Klett: Nach meiner Kenntnis gibt es in der Bundesrepublik derzeit 25 berufsspezifische, überparteiliche und überkonfessionelle Friedensinitiativen. Dazu „Handwerker für den Frieden“, Krankenhausinitiativen und betriebliche Friedensinitiativen, die in ihrer Arbeit den konkreten Zusammenhang von „High-Tech-Vernichtungswaffen“ und der Arbeits- und Lebenssituation abhängig Beschäftigter verdeutlichen.

Der Widerstand gegen die menschenverachtende Wendepolitik mit Sozialabbau und Hochrüstung, Abbau von Arbeitnehmerrechten und Bespitzelungsgesetzen, § 116 AFG, Disziplinierungsversuch der DGB-Gewerkschaften und Unterstützung von Spalterorganisationen – wie sie z. B. die Koalitionsvereinbarung zum Betriebsverfassungsgesetz vorsieht – kann aber gar nicht breit genug organisiert werden. Von den „christlichen Demokraten für Schritte zur Abrüstung“ bis hin zu den Grünen sind alle fortschrittlichen Kräfte gefordert, gemeinsam mit den traditionellen Kräften der Arbeiterbewegung gegenzuhalten.

NACHRICHTEN: Welche Forderungen müßten Ihrer Ansicht nach aus gewerkschaftlicher Sicht im Mittelpunkt der Ostermärsche stehen?

Joachim H. Klett: Eigentlich die Forderung „Mehr Zuhören“ und die aktuellen Initiativen – insbesondere zur nuklearen Abrüstung von Michail Gorbatschow, nicht nach unserem üblichen Schwarzweiß- oder Schwarzrotstrickmuster zu bewerten, sondern nach echter friedenspolitischer Substanz.

Ich denke, daß der Wunsch der totalen Ausgewogenheit, der über so mancher Gewerkschaftskonferenz in dieser Frage schwebt, nicht zu Lasten der Realität gehen darf. Denn wo entsprechende Initiativen von Herrn Reagan fehlen, können wir Ausgewogenheit nicht durch Interpretation herzustellen versuchen.

Kurz gesagt: Für den aktuellsten und wichtigsten Problembereich erachte ich das, was auch als Motto für das Welt-Frie-

dens-Forum galt: „Für eine Welt ohne Kernwaffen – Für das Überleben der Menschheit.“ Und das heißt, endlich echte Verhandlungen über das UdSSR-Angebot für eine nukleare Abrüstung. Denn nicht das Aufstellen immer neuer Vorbedingungen, sondern nur Verhandlungen können zum Erfolg führen.

Wir Gewerkschafter müssen die Bundesregierung zu einem eigenständigen Beitrag in dieser Frage zwingen. Herr Kohl muß endlich seinen von ihm vermuteten guten Kontakt nach Washington nutzen und konkrete Friedensschritte einfordern.

Mit Bedauern habe ich allerdings in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen, daß die Forderungen des DGB zur Legislaturperiode 1987/91 mit keinem Wort unsere friedenspolitischen Forderungen – z. B. aus dem schon zitierten Antrag A 1 erwähnen, sondern nur unter dem Stichwort „Finanzpolitik“ das „Einfrieren der Verteidigungsausgaben auf dem derzeitigen Stand“ enthalten. Auch das meine ich mit der Aufforderung, „mehr Motor“ zu werden.

Aber unsere Forderungen aus den Vorjahren wie

- Schluß mit dem Wettrüsten
- Keine Beteiligung an SDI
- Sicherheitspartnerschaft statt Abschreckung
- Schaffung atom- und chemiewaffenfreier Zonen

die ich sicher als bekannt voraussetzen kann, bleiben auf der Tagesordnung.

Eine weitere Forderung an uns selbst ist, den obengenannten Zusammenhang von betrieblichem und gesellschaftlichem Sozialabbau und Hochrüstung im Rahmen unserer Aufklärungs- und Bildungsarbeit weiter zu verdeutlichen. Diese Diskussion ist – wie sich auch auf dem 13. DGB-Bundeskongreß gezeigt hat – allerdings noch nicht „intern“ abgeschlossen.

NACHRICHTEN: Nach Auskunft des hessischen Ostermarschkreises, dem auch bekannte Gewerkschafter angehören, wird es in Hessen wiederum drei Demonstrationen mit einer Abschlußkundgebung in Frankfurt geben. Wie und in welcher Form wird sich Ihre Gewerkschaft daran beteiligen?

Joachim H. Klett: Die Antwort kann man auf folgenden kurzen Nenner bringen. „Solidarisieren – Mitmarschieren“. In unseren Veranstaltungen werden wir auf die Ostermarschrouten und -kundgebungsorte und unsere Positionen zu Frieden, Abrüstung und Entspannung hinweisen und zur Teilnahme mobilisieren.



Die Schlichtung ist gescheitert: IG BSE bereitet Arbeitskampf vor

Erstmals nach 1978, wo rund 300 000 Bauarbeiter um einen Bundesrahmentarifvertrag streikten, droht jetzt im Bauhauptgewerbe ein Arbeitskampf. Bundesvorstand, Beirat und Große Tarifkommission der IG Bau – Steine – Erden (IG BSE) lehnten den am 20. Februar gefällten Schlichtungsspruch um das 13. Monatseinkommen einstimmig ab. Wie Konrad Carl, der IG-BSE-Bundesvorsitzende, am 24. Februar auf einer Pressekonferenz in Frankfurt erklärte, ist der Bundesvorstand beauftragt worden, alle notwendigen Maßnahmen zur Vorbereitung eines Arbeitskampfes zu treffen. Ihm wurden auch „alle Vollmachten übertragen, die erforderlich sind, um die Auseinandersetzung im Bau-gewerbe erfolgreich zu führen“.

Die Schlichtung war notwendig geworden, nachdem die Unternehmerverbände die bisherigen Tarifverträge über das 13. Monatseinkommen gekündigt und nach zwei-stündiger Verhandlung deren Scheitern erklärt hatten. Die Unternehmer wollten die Abschaffung des 13. Monatseinkommens von bisher 102 Gesamtarifstunden-löhnen bzw. 60 Prozent des Gehalts zu-gunsten einer Umrechnung in den Stun-denlohn bzw. des Monatsgehalts. Dem hatte die IG BSE die Forderung nach ei-nem vollen 13. Monatseinkommen entge-gengesetzt, wie es fast in allen Bereichen gezahlt wird und auch tariflich abgesichert ist.

Kritik übte Konrad Carl an dem Vorsitzen-den der Schlichtungsstelle, dem ehemali-gen CSU-Bundesinnenminister Höcherl. Dieser habe sich „voll auf die Seite der Ar-beitgeber gestellt“ und mit ihnen die Ge-werkschaftsvertreter überstimmt. Den Schiedsspruch selbst bezeichnete der Gewerkschaftsvorsitzende als „Mach-werk“ der Unternehmer, das der Schlich-ter leider so übernommen hätte.

Grundsätzlich sei festzustellen, so Konrad Carl, daß dieser Schiedsspruch zu einer Verschlechterung der Arbeitnehmerin-kommen, die ohnehin schon an 42. Stelle der Lohnskala stünden, führen würde. Am Beispiel rechnete er vor, daß ein Spezial-baufacharbeiter (Eckelöhner) aufgrund der neuen Regelung und Berechnungsmetho-den in diesem Jahr ein um 385,78 DM niedrigeres 13. Monatseinkommen erhal-ten würde. Dieser Verlust würde auch durch die im Schiedsspruch vorgesehene zusätzliche Anhebung des Bauzuschlags und damit des Gesamtarifstundenlohnes nicht aufgehoben. Unter dem Strich bliebe ein Minus von 188,18 DM weniger als nach der bisherigen Regelung.

Als besonders unsozial an dem Schieds-spruch wertete der IG-BSE-Bundesvorsit-zende die sogenannte „Leistungsbezo-genheit“ des 13. Monatseinkommens; denn jeder Arbeitsausfall, beispielsweise wegen schlechten Wetters, ginge voll zu Lasten des betroffenen Bauarbeiters. „Ein harter Winter, wie in diesem Jahr, hätte zwangsläufig ein niedrigeres 13. Monats-einkommen zur Folge.“

Der Schiedsspruch, wie er unter Höcherl zustande kam, so Carl, widerspreche den Grundsätzen, die in allen Wirtschaftszwei-gen für die Einmalzahlung gelten: Kein Ar-beitnehmer, gleich in welcher Branche er beschäftigt sei, habe bisher befürchten müssen, daß ihm wegen mehr als sechs-wöchiger Krankheit, wegen eines Arbeits-unfalls mit länger dauernder Berufsunfä-higkeit, wegen ehrenamtlicher Tätigkeit an einem Sozialgericht oder in einer Berufs-genossenschaft das 13. Monatseinkom-

men gekürzt werde, während beispiele-weise die niedersächsischen Landtagsab-geordneten künftig ein 13. aus der Staats-kasse erhalten sollen.

Ebenso wie die Bauarbeiter sind auch für die Angestellten im Baugewerbe Abstri-che vorgesehen. So soll der Anteil des 13. Monatseinkommens von 60 auf 51 Prozent verringert werden. Und auch für je-den Fehltag, für den kein Anspruch auf Gehaltsfortzahlung besteht, soll nach dem Schiedsspruch eine Kürzung von 0,42 Prozent eintreten – „offensichtlich zur Disziplinerung der Angestellten“. Die IG BSE befürchtet, daß mit der Neuregelung für das Baugewerbe offensichtlich ein Präze-denzfall geschaffen werde, auf den sich die Unternehmer anderer Branchen dann künftig berufen könnten.

Aber soweit will es die IG Bau nicht kom-men lassen. Falls die Unternehmer nicht noch einlenken, wird mit Arbeitskämpfen gerechnet. Über den Zeitpunkt und über konkrete Maßnahmen wollte Konrad Carl noch nichts Konkretes sagen, nur soviel: „Wir werden unsere Maßnahmen dann treffen, wenn die Amseln wieder auf grü-nem Holz pfeifen, denn Arbeitskampfmaß-nahmen müssen weh tun, sonst bewirken sie nichts.“ Nicht ausgeschlossen wird auch die „Verzahnung des Arbeitskamp-fes“ mit dem von IG Metall sowie IG Druck und Papier.

G. M.

ÖTV: auch 2. Runde erfolglos

Auch die zweite Verhandlung zwischen den Vertretern der sechs Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und den Arbeit-gebern am 26. Februar in Stuttgart verlief ohne ein Ergebnis, das die Gewerkschaf-ten auch nur im entferntesten akzeptieren könnten. „Honorig“ und „solide Basis“ nannte zwar Bundesinnenminister Fried-rich Zimmermann sein Angebot von 2,7 Prozent mehr Lohn und Gehalt, rückwir-kend vom 1. Januar 1987 an. Die gleiche Prozentmarke wurde gesetzt für die Aus-zubildenden und die Beschäftigten bei Bahn und Post. Die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies wies Zimmermanns Offerte jedoch als „absolut nicht einigungsfähig“ zurück, die Deutsche Postgewerkschaft befand ebenfalls: „unzureichend und weit von der Einigungsfähigkeit entfernt“. Für die nächste Verhandlungsrunde am 13. März erwarte man eine deutliche Aufbes-serung.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sind in die laufende Tarifrunde ausdrücklich mit der Absicht gegangen, durch „eine kräftige Lohnerhöhung nicht nur einen angemessenen Anteil am Wirt-schaftswachstum zu erreichen, sondern gleichzeitig einen Beitrag zur Stärkung der Binnenkonjunktur zu leisten und die Schere zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft weiter zu schließen“. Die-

ses Ziel hob die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies nach der ersten Verhandlung Mit-te Februar noch einmal hervor. Und die DPG verweist darauf, daß über 90 Prozent der Beschäftigten bei der Bundespost un-teren und mittleren Einkommensgruppen angehören. Zudem müßten durch kräftige Einkommensverbesserungen die Real-lohnverluste der vergangenen Jahre wie-der wettgemacht werden.

Mit dem Angeboten von Zimmermann ist das natürlich nicht zu erreichen. Aber da die Unternehmer insgesamt die Signale auf verschärfte Wendepolitik und Roll-back gegenüber den Gewerkschaften ge-stellt haben, war damit auch nicht ohne weiteres zu rechnen. Um so mehr Frage-zeichen rief die bisherige Verhandlungs-führung der ÖTV-Vorsitzenden hervor. Ausgerechnet Zimmermann bescheinigte sie, einen Lernprozeß in der Bundesregie-rung gefördert zu haben, was Nullrunden und politische Vorhaben für Tarifverhand-lungen anbelange. Gleichzeitig verhiess sie: „Wir setzen auf Verhandlungsbereit-schaft, wir setzen auf die besseren Argu-mente.“ In der Presse wurde das bereits als eine Absage an Kampfmaßnahmen ge-wertet. Denn sie vergaß hinzuzufügen, daß die Mobilisierung und der Einsatz der Kol-leginnen und Kollegen oft die Unterneh-mer am besten überzeugt haben. R. B.

IG-Metall-Klausurtagung visiert an: Verteilungsvolumen von 8,75 Prozent

Der Vorstand der IG Metall hat sich in seiner Klausurtagung am 5. und 6. Februar im Bad Nauheimer „Hotel am Hochwald“ mit dem aktuellen Stand der Tarifverhandlungen sowie dem ökonomischen und politi-schen Umfeld beschäftigt. (Siehe auch S. 3.) Er unterstrich die Notwendigkeit und Dringlichkeit von aktiver Tarifpolitik auch und gerade unter den Bedingungen des Jahres 1987. Der Vorstand empfahl den Tarifkommissionen, für die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbil-dungsvergütungen eine „Forderung von bis zu 5 Prozent aufzustel-len“.

Auf der Pressekonferenz am 6. Februar bekräftigte der Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, noch einmal das Kon-zept der aktiven Tarifpolitik. Danach setzt sich das Forderungsvolumen von der wirt-schaftlichen Seite her zusammen aus dem voraussichtlichen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs, dem voraussichtli-chen Anstieg der Lebenshaltungskosten und einer gesamtwirtschaftlichen Umver-teilungskomponente.

Für die Höhe der Lohn- und Gehaltsfor-de-rungen macht die IG Metall die zwei er-sten Komponenten geltend. Aus einem Produktivitätszuwachs von 3 und einer Preissteigerung von 2 Prozent errech-net die IG Metall die 5-Prozent-Forderung. Hingegen wird die Arbeitszeitverkürzung aus der Umverteilungsforderung abgelei-tet. Steinkühler: „Die Umverteilung der vorhandenen Arbeit soll aus der Umver-teilung der vorhandenen Gewinne finanziert werden.“

Ausgehend von prognostizierten Beschäf-tigungs-, Einkommens- und Nachfrageef-fekten, schätzt die IG Metall die Kosten-wirkungen der 35-Stunden-Woche, die mit den Beschäftigungswirkungen identisch sind, jährlich auf 5 Prozent. Da aber die Gewerkschaft davon ausgeht, daß die Ar-beitszeitverkürzung frühestens zum 1. April 1987 in Kraft treten kann, würden sich für 1987 die Kosten auf allenfalls 3,75 Prozent und somit das Volumen aus Lohn-, Gehalts-, Ausbildungsvergütungs- und Arbeitszeitforderungen auf insgesamt 8,75 Prozent belaufen. Bei jedem späteren Inkrafttreten der Arbeitszeitverkürzung verringerten sich, so Steinkühler, die Bela-stungen für die Unternehmer.

Die Einbeziehung einer Umverteilungs-komponente sei aus gesamtwirtschaftli-cher Sicht voll gerechtfertigt, meinte Steinkühler, da die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung aus den Fugen ge-raten sei und auch aus beschäftigungspo-litischen Gründen wieder zugunsten der Arbeitnehmer korrigiert werden müsse.

In der gegenwärtigen Konjunkturlage dürf-te nicht nur aus sozialer, sondern auch aus ökonomischer Sicht Arbeitszeitver-kürzung und Lohnerhöhung nicht alterna-tiv gesehen, sondern sie müßten additiv

durchgesetzt werden. Die Unternehmer förderten mit reinen Lohnangeboten eine unsolidarische Gesellschaft. Die Arbeitslo-sen würden dabei leer ausgehen.

Klaus Zwickel, das für Tarifpolitik zuständi-ge geschäftsführende Vorstandsmitglied, erläuterte die gewerkschaftliche Durch-setzungsstrategie. Zur Hinhaltetaktik der Unternehmer meinte er, daß die Zeit der Vorlesungen und unnützen Reden vorbei sei. Die Unternehmer müßten jetzt endlich ein konkretes Angebot unterbreiten.

Die IG Metall werde nunmehr in allen Be-zirken und Tarifgebieten das Tempo der

Unternehmer ließen „Katze aus dem Sack“

Mitte Februar fand in Freiburg die dritte Verhandlungsrunde der IG Metall für den Tarifbezirk Südbaden statt. Wie bei den zuvor gelaufenen Runden ging es um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnaus-gleich. Die Unternehmer sagten nicht nur nein, „sondern wurden zum ersten Mal et-was deutlicher... ihre Vorstellungen über den zukünftigen Arbeitszeitrahmen kamen ungeschminkt auf den Tisch“, so die METALL-Nachrichten (Nr. 10 BW, vom 16. Februar).

Und so sehen die Vorstellungen aus, die von den METALL-Nachrichten wiederge-gaben werden:

- „Tägliche Arbeitszeit: 10 statt 8 Stun-den, ohne Überstundenzuschlag.“
- Wöchentliche Arbeitszeit: Bis zu 50 Stunden, ohne Überstundenzuschlag.
- Samstagsarbeit: Muß jederzeit mög-lich sein.
- Freizeitausgleich: Der Zeitraum soll auf ein Jahr ausgedehnt werden. Das ist Saisonarbeit.
- Mehrarbeit: Bis zu 20 Stunden, ohne Freizeitausgleich.“

„Mit diesen Forderungen der Arbeitgeber wird die Betriebsnutzungsdauer weiter

Verhandlungen forcieren. Seine Gewerk-schaft sei zwar kompromißfähig, müsse aber offenkundig den Unternehmern nun-mehr ihre Konfliktfähigkeit unter Beweis stellen. Sollten die Unternehmer bis An-fang März ihr Verhalten nicht ändern, so würde es ab der zweiten Märzwoche im ganzen Bundesgebiet auf regionaler und örtlicher Ebene zu Warnstreiks für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche kommen.

Die IG Metall müsse sich auf einen mögli-chen Arbeitskampf vorbereiten. Vor allem sei es notwendig, sich mit jeder Form der Aussperrung politisch auseinanderzuset-zen und in der Gesellschaft eine breite Wi-derstands- und Abwehrfront gegen Aus-sperrung zu errichten.

Die IG Metall wird, wie Zwickel berichtete, überall auf die Errichtung von „Solidari-tätskomitees gegen Aussperrung“ hinwir-ken und fordert „alle gesellschaftlichen Gruppen, denen an sozialer Zukunftspers-pektive, an gewerkschaftlicher Hand-lungsfreiheit, an einem halbwegs ausge-wogenen Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital in dieser Gesellschaft liegt, dazu auf, sich an diesen Solidaritätskomi-tees zu beteiligen“. Die IG Metall will aber auch alles daransetzen, um innerhalb des DGB zu einer solidarischen Haltung in al-len Fragen der Arbeitszeitpolitik, aber auch im Abwehrkampf gegen jede Form der Aussperrung zu kommen.

Heinz Schäfer

ausgedehnt. Nicht mit uns“, betont die IG Metall. An anderer Stelle dieser Ausgabe wird der Wille der Metaller bekräftigt, sich nicht ins Bockshorn jagen zu lassen. Dazu heißt es u. a.: „Wir werden unsere er-kämpften Rechte nicht aufgeben, weil ei-nige Arbeitgeber meinen, sie müßten nach der Politikwende nun auch noch die große Wende im Betrieb vollziehen.“

Auch der Stuttgarter IG-Metall-Bezirkslei-ter Ernst Eisenmann vertritt die gleiche Meinung wie viele IG-Metall-Mitglieder. Unter anderem schreibt er: „Die 38,5-Stunden-Woche hat 100 000 Arbeit-nehmern den Arbeitsplatz gesichert oder gebracht. Dieser Weg ist richtig. Wir las-sen uns nicht mit dem Hammer in das Brutalozeitalter zurückjagen, wo Arbeit-nehmerrechte nichts, die Unternehmer-freiheit alles“ war „und die Arbeiter 16 Stunden am Tag flexibel“ sein mußten.

Mit dem bisherigen Verhandlungsverlauf gibt es Unzufriedenheit. So erklärt der Be-triebsratsvorsitzende der Firma Eling, Walter Greiner, daß die „Auseinanderset-zung härter werden“ müsse. Und Borisa Zunic, Betriebsrat bei SWF Bietigheim, meint: „Unsere einzige Chance ist der Weg zur 35-Stunden-Woche. Wir müssen dafür jetzt kämpfen.“

HBV will Einkommensgefälle im Einzelhandel beseitigen

In den nächsten Wochen und Monaten laufen die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten im Einzelhandel aus. Ziel der für diesen Bereich zuständigen Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sind deutlich spürbare Einkommensverbesserungen, denn „wir haben keinen Grund, in der bevorstehenden Tarifrunde kürzer zu treten. Die Beschäftigten im Einzelhandel wollen vielmehr einen kräftigen Schluck aus der Pulle“, so der 2. HBV-Vorsitzende Dieter Steinborn am 17. Februar auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf.

Den Tarifreigen eröffnete die hessische HBV. Für die rund 150 000 im Einzelhandel Beschäftigten sind seit Ende Februar die Lohn- und Gehaltstarifverträge ausgelaufen. Und seit Mitte Januar liegen die Forderungen auf dem Tisch: siebenprozentige Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen sowie verbesserte Eingruppierungsregelungen durch praxisgerechte Lohn- und Gehaltsgruppenbezeichnungen.

Am 12. Februar fand bereits die erste Verhandlung statt. Sie war überschattet von der Ankündigung der Bonner Wende-Ko-



Höhere Mathematik

alitionäre, das bestehende Ladenschlußgesetz zu zerschlagen. Nach den Plänen von CDU/CSU und FDP sollen die Läden mindestens einmal wöchentlich bis in den späten Abend geöffnet bleiben. Auf der Strecke blieben so manche Versprechen seitens der CDU, am bestehenden Ladenschluß nicht rütteln zu wollen. Das war allerdings vor der Wahl am 25. Januar. Gegen diese „frauenfeindliche“ Absicht will die Gewerkschaft mobil machen; eine Unterschriftenaktion ist angelaufen.

Verständlicherweise spielte der Angriff auf das Ladenschlußgesetz auch in der hessischen Verhandlung eine Rolle. Doch die Einzelhandelsunternehmer sahen sich weder in der Lage, dazu eine Erklärung abzugeben, noch über die Sicherung der derzeitigen Ladenschlußzeiten zu verhandeln. Auch zu den Lohn- und Gehaltsforderungen gab es kein Angebot, jedoch wurde die nächste Verhandlung auf den 24. März terminiert, wobei die Friedenspflicht bereits am 28. Februar endete.

Auch in Baden-Württemberg – hier laufen die Tarifverträge am 31. März aus – wurde eine 7-Prozent-Forderung erhoben. In den nächsten Wochen werden die neun anderen Tarifbezirke folgen. Es ist damit zu rechnen, daß sich das Forderungsvolumen nicht von dem Hessens bzw. Baden-Württembergs unterscheiden wird. Auf keinen Fall ist die Gewerkschaft HBV bereit, den jüngsten Appellen von Wirtschaftsminister Bangemann und Unternehmerpräsident Murmann nach „bescheidenen Tarifabschlüssen“ zu folgen, wie Dieter Steinborn auf der eingangs erwähnten Pressekonferenz erklärte.

Vielmehr seien deutliche Einkommensverbesserungen notwendig, um die Kaufkraft zu stärken und einen Konjunkturerinbruch zu verhindern. Der Verteilungsspielraum ist vorhanden. Nach Angaben des 2. HBV-Vorsitzenden haben sich die Einzelhandelsumsätze im vergangenen Jahr real um 3,7 Prozent erhöht. Gleichzeitig ist eine Produktivitätssteigerung von 6,6 Prozent erreicht worden. Auf der anderen Seite

HBV: 40 000 Unterschriften gegen Samstagsarbeit

Ein Tauschgeschäft „Arbeitszeitverkürzung gegen Verschlechterung der Arbeitszeitgestaltung“ werde es mit der Gewerkschaft HBV nicht geben. Das versicherte HBV-Vorstandsmitglied Lorenz Schwegler auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf am 9. Februar, zwei Wochen bevor am 26. Februar die diesjährige Tarifrunde für die mehr als 380 000 Bank- und Sparkassenangestellten mit konkreten Verhandlungen begann. Schon Anfang Februar lagen rund 40 000 Unterschriften gegen die von den Unternehmern angestrebte Wiedereinführung der Samstagsarbeit vor, und täglich werden es mehr.

Bevor die Gewerkschaft am 6. Februar ihre tarifpolitischen Forderungen aufstellte, wurde eine Befragungsaktion unter Mitgliedern und Unorganisierten durchgeführt. Mehr als drei Viertel aller Antworten sprachen sich dabei für einen Einstieg in

stehen „Einkommensbenachteiligungen von 20 bis 25 Prozent gegenüber gleichwertigen Tätigkeiten in anderen Bereichen“. Steinborn verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß eine Verkäuferin mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung ein Bruttomonatseinkommen von maximal 2135 DM erreicht. Aus diesem Grunde könne sich seine Gewerkschaft „nicht an anderen Tarifbereichen orientieren und dort abschreiben“.

Der HBV-Funktionär nutzte die Pressekonferenz, um die zunehmende Umwandlung von Vollzeitarbeitsplätzen in Teilzeitarbeitsplätze und ungeschützte Arbeitsverhältnisse zu kritisieren und erklärte: „Wir sind nicht gegen Teilzeitarbeit, da wo sie den Interessen und Bedürfnissen der Arbeitnehmer entspricht. Wir sind allerdings dagegen, daß im Einzelhandel immer mehr Frauen entgegen ihren eigenen Wünschen in Teilzeitarbeit abgedrängt werden.“

Und hier sprechen die Zahlen für sich: 712 000 Teilzeitbeschäftigte, davon 371 000 430-Mark-Kräfte. Diese „Pauschalkräfte“ haben keine Ansprüche in der Arbeitslosen-, der Kranken- und Rentenversicherung. Vor dem Hintergrund dieses zunehmenden „Mißbrauchs“ der Pauschalkräfte verlangte Steinborn die Einbeziehung aller Teilzeitbeschäftigten in die Sozialversicherung. „Die Geringverdiengergrenze von 430 Mark muß ersatzlos gestrichen werden“, forderte er. Darüber hinaus müßten Teilzeitbeschäftigte die gleichen Ansprüche auf alle tariflichen und betrieblichen Leistungen wie Vollzeitbeschäftigte haben. Diese Forderungen sind mehr als berechtigt, wenn man weiß, daß es nicht wenige Kaufhauskonzerne und Supermärkte gibt, deren Verkaufspersonal bis zu 80 Prozent aus Teilzeitbeschäftigten bzw. Pauschalkräften besteht. G.M.

die 35-Stunden-Woche aus. Arbeitszeitverkürzung als ein Mittel zur Absicherung von Arbeitsplätzen bei steigender Rationalisierung, das hat auch in diesem Bereich der Wirtschaft für alle einen hohen Stellenwert bekommen. Das mußte inzwischen selbst die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) erkennen, die sich plötzlich der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung angeschlossen hat.

Nach „sechs goldenen Bankenjahren“, meinte Lorenz Schwegler auf der Pressekonferenz in der Düsseldorfer HBV-Zentrale, sei beim Bankgewerbe von „einem überdurchschnittlichen Verteilungsspielraum“ auszugehen. Dieser Spielraum ermöglichte es Banken und Sparkassen leicht, neben dem Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung spürbare Gehaltsverbesserungen durchzuführen. Die HBV fordert: 6 Prozent mehr Gehalt, 600 DM Urlaubs-

GL an der untersten Grenze

Unter der Maßgabe, daß sie in der derzeitigen Lage keine Möglichkeiten sehe, Verbesserungsforderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, hat die Große Tarifkommission der Gewerkschaft Leder (GL) für die Schuhindustrie am 28. Januar, einen Tag vor Ablauf der von ihr erbetenen Erklärungsfrist, das Ergebnis der dritten Verhandlungsrunde von Mitte Januar angenommen. Danach steigen die Stundenlöhne für die rund 43 000 gewerblichen Arbeitnehmer und Auszubildenden rückwirkend ab 1. Januar um 27 Pfennig, ab 1. Juli nochmals um 10 Pfennig. Prozentual sind das 2,8 Prozent ab Jahresbeginn, auf das Jahr bezogen 3,3 Prozent. Die Angestellten dieser Branche erhielten ab Jahresbeginn um 3,3 Prozent höhere Gehälter.

„Einen vertretbaren Kompromiß an der untersten Grenze“ nannte Heinrich Zimmermann, 2. Vorsitzender der GL und für Tarif-

geld, Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden in der Woche und Eingrenzung der Samstagsarbeit.

Zum Gesamtpaket der Forderungen in dieser Tarifrunde gehöre auch, erläuterte Lorenz Schwegler, daß man eine kostenneutrale Verlängerung des Vorruhestandstarifvertrages über 1988 hinaus sowie einen erweiterten, vom 58. Lebensjahr an geltenden Vorruhestand für Arbeitnehmer im Dreischichtbetrieb und in Nachtarbeit sowie für Fahrer mit vergleichbaren Arbeitszeiten anstrebe.

Berücksichtigte man bei der Gesamtheit der Tarifforderungen, daß die Gewerkschaft HBV bereit sei, die realen Kosten der tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen bei der Festlegung der Einkommensverbesserungen in Betracht zu ziehen und nichttarifizierte Leistungen auf das geforderte Urlaubsgeld bis zu 300 DM anzurechnen, so betrage das Gesamtvolumen der Forderungen nicht mehr als 7 Prozent, rechnete Lorenz Schwegler den Pressevertretern vor.

Weniger berechenbar als die Kosten der Tarifforderungen sind allerdings die Unternehmer, die ihre vergoldeten Nasen hoch tragen und nach einer weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit trachten. Wenn man davon spricht, aus betrieblichen Gründen in sogenannten Teilbereichen (z. B. gezielte Akquisition und Beratung, Investment Banking, Internationales Geschäft, einzelne Geschäftsstellen, Wechselstuben, Institute in Grenzzonen, Rechenzentren, Sonderaktionen) Samstagsarbeit wieder einzuführen, so kann man an dieser Aufzählung erkennen, daß hier dem freien Wochenende der Garaus gemacht werden soll. p.b.

politik zuständig, dieses Tarifiergebnis für den größten Tarifbereich seiner Gewerkschaft, die für alle Tarifbereiche eine Lohn-erhöhung um 60 Pfennig je Stunde gefordert hatte. „Unser Anliegen war und ist es“, schreibt Zimmermann in der jüngsten Ausgabe des Leder-Echos, „die Kaufkraft der Arbeitnehmer in der Lederwirtschaft zu stärken und ein weiteres Auseinanderdriften bei der Verdienstskala im Vergleich zur Verbrauchsgüterindustrie und der Gesamtindustrie zu verhindern.“

Selbstkritisch merkt der 2. Vorsitzende abschließend an, es werde künftig notwendig sein, „die gesamte Mitgliedschaft noch mehr als bisher in das Tarifgeschehen einzubeziehen, um mit verstärkten Maßnahmen für eine gerechte und fortschrittliche Tarifpolitik zu kämpfen. Der Arbeitgeberseite muß deutlich werden, daß die Schmerzgrenze bereits überschritten ist.“

Hatte sich die Arbeitgeberseite durch Beschlüsse auf Lohnanhebungen weit unter 3 Prozent festgelegt, sei das Ergebnis noch einigermaßen akzeptabel. Dagegen blockierten die Unternehmer erfolgreich alle weiteren Forderungen bezüglich Verbesserung des 13. Monatseinkommens und beim Urlaub. Der Grundurlaub in der Schuhindustrie beträgt zur Zeit 27 Tage. Erst Beschäftigte mit 25jähriger Betriebszugehörigkeit kommen auf 6 Wochen Urlaub.

Den 6-Wochen-Urlaub hatte die GL in der letzten Tarifrunde in einem Stufenplan in der ledererzeugenden Industrie durchgesetzt. Anfang Dezember letzten Jahres vereinbarte sie mit den Unternehmern dieser Branche eine Einkommenserhöhung ab 1. Januar für alle Beschäftigten um durchschnittlich 3,65 Prozent. Die Tarifloohnerhöhung staffelt sich nach Lohngruppen zwischen 35 und 43 Pfennig je Stunde.

In der Lederwaren- und Kofferindustrie mit bundesweit rund 20 000 Beschäftigten wurden in den verschiedenen Tarifbezirken die Löhne, Gehälter und Auszubildendenvergütungen ab 1. Januar zwischen 3,3 und 3,6 Prozent erhöht. Zusätzlich gab es für einzelne Beschäftigtengruppen in einigen Tarifbezirken einen Tag mehr Urlaub.

Darüber hinaus wurde bundeseinheitlich Ende 1986 ein neuer Manteltarifvertrag (MTV) abgeschlossen. Die GL hatte den letzten bereits zu Ende des Jahres 1981 gekündigt. Mit Wirkung vom 1. Januar 1987 traten nun verbesserte Regelungen bei Kündigungsschutz und Einkommenssicherung für ältere Arbeitnehmer, bezahlte Freizeit in besonderen Fällen für alle sowie Verbesserungen bei Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechten des Betriebsrats in Kraft. Der MTV hat eine Laufzeit bis Ende 1991. Die Bestimmungen zur Arbeitszeit sind jedoch schon zum 31. Dezember 1988 kündbar. B. K.

IG Druck will 7 Prozent

Fristgerecht zum 31. März hat die IG Druck und Papier die Lohn- und Gehaltstarife für die rund 160 000 Arbeiter und Angestellten der Druckindustrie gekündigt. Am 20. Februar formulierte die Große Tarifkommission die Forderung: 7 Prozent höhere Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen.

Grundlage der Forderung ist eine voraussichtliche Preissteigerungsrate von 2 Prozent sowie ein Produktivitätszuwachs von 4,3 Prozent. Wie es bereits in den Vorjahren zum Unternehmerritual gehörte, so wurden auch in diesem Jahr von Repräsentanten des Bundesverbandes Druck die 7 Prozent als „maßlos“, „überzogen“ und finanziell nicht verkraftbar bezeichnet. Diesem Gejammer widersprechen jedoch Gewinne in Höhe von 3 Mrd. DM (1985), die sich im Vergleich zu 1982 verdoppelt haben.

Drei Tage später, am 23. Februar, fand in Mannheim die erste Verhandlung über die Einführung der 35-Stunden-Woche statt. Mit Losungen wie „Arbeit für morgen – Arbeit für alle“ und „Statt Arbeitsstreß und Hetze – schafft Arbeitsplätze“, demonstrierten am Verhandlungsort Gewerkschafter für die 35-Stunden-Woche. Noch vor Beginn der eigentlichen Gespräche zogen sie in den Verhandlungsraum, um die Unternehmer zu zügigen Verhandlungen aufzufordern. Statt sich jedoch die Forderungen der Drucker sowie deren Argumente anzuhören, verließen die Unternehmervertreter kurzfristig den Saal.

Und so mußte die Resolution vor den Pressevertretern verlesen werden. Darin wird auf die in den letzten vier Jahren eingetretenen Reallohnverluste von über 6 Prozent, die erhöhten Unternehmerrückgewinne sowie auf die Massenarbeitslosigkeit verwiesen. Die Zahl der Arbeitslosen sei in dem genannten Zeitraum um 500 000 gestiegen.

In ihrer Resolution wandten sich die Gewerkschafter auch gegen die Unternehmerforderung nach Flexibilisierung der Arbeitszeit und erklärten: „Wer die Samstagsarbeit als Regelfall einführen und die vollständige Unterwerfung der Menschen unter angebliche Produktions- und Kapitalzwänge will, fordert unseren energischen Widerstand heraus. Sollten die Unternehmer, wie schon 1984, in dogmatischer Starrheit verharren, werden wir unsere Interessen durchzusetzen wissen.“

Aber gerade das fürchten die Unternehmer. Denn anders ist nicht zu erklären, daß der Bundesverband immer neue Gutachten erarbeiten und publizieren läßt, die nachzuweisen versuchen, daß Betriebsbesetzungen „strafbar“ seien. Bekanntlich hatte der letzte Gewerkschaftstag im Oktober 1986 das Verbleiben im Betrieb im Falle von Aussperrungen angekündigt. G.M.

Für 35-Stunden-Woche tragfähige Mehrheit

Die Verwaltungsstelle Hattingen/Ruhr hat in ihrem Bericht zur Vorbereitung auf die Tarifaufeinandersetzung um die 35-Stunden-Woche Ende Oktober 1986 eine Umfrage durchgeführt. Sie wollte damit Diskussionsanstöße geben, indem sie die Erfahrungen der Mitglieder mit der 38,5-Stunden-Woche sowie deren persönliche Interessen und Wünsche an weiterer Arbeitszeitverkürzung in die Vorbereitung einfließen lassen wollte. Befragung und Auswertung waren vertraulich und anonym.

Die Umfrage wurde in 20 Betrieben Hattingens, Sprockhövels und im Hammertal durchgeführt, in denen 4318 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind. Davon sind 3022 in der IG Metall (rund 70 Prozent) organisiert. Es wurden 3182 Fragebogen verteilt, von denen 1540, das sind 48,4 Prozent, ausgewertet wurden. Die IG-Metall-Verwaltungsstelle vertritt sicherlich zu Recht die Auffassung, daß, wenn diese Umfrage auch keinen wissenschaftlichen Anspruch erheben kann, sie dennoch einen repräsentativen Querschnitt der Arbeiter und Angestellten in der Metallindustrie des Verwaltungsstellenbereichs erfaßte.

Was sind nun die Ergebnisse dieser Umfrage? Etwas mehr als 90 Prozent der Befragten sind dafür, daß die 35-Stunden-Woche für alle Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden durchgesetzt wird. Da die Umfrage schon zu Beginn der gewerkschaftlichen Kampagne durchgeführt wurde und noch kaum Informationsmaterial verteilt worden war, schätzte die IG Metall ein, daß sie im Gegensatz zu 1983/84 bessere Startbedingungen hat.

Bei den Erwartungen, die durch die 35-Stunden-Woche erfüllt werden sollen, steht mit 70 Prozent die Sicherung des Arbeitsplatzes an erster Stelle, gefolgt von dem Wunsch nach mehr Zeit für die Familie. Nur 38 Prozent der Befragten erwarten einen Abbau der Arbeitsbelastung. Daraus wird gewerkschaftlicherseits die Notwendigkeit abgeleitet, die Diskussion über geeignete Maßnahmen zur Verhinderung von Leistungsverdrängung – Stichwort: definierte Arbeitsbedingungen – zu beginnen.

Als zusätzliche Maßnahme wird von fast zwei Dritteln Rationalisierungsschutz und von mehr als der Hälfte mehr und bessere Ausbildung gefordert. Aber nur ein gutes Drittel wünscht sich staatliche Beschäftigungsprogramme. Dazu die Meinung der IG-Metall-Verwaltungsstelle: „Das bedeutet, daß diese gewerkschaftliche Forderung von zwei Dritteln der Befragten als zu abstrakt gesehen wird, obwohl wir diese Forderung in vielen Versammlungen – auch Betriebsversammlungen – einfließen lassen. Daraus gilt es für uns Schlußfolgerungen zu ziehen.“

Eine eindeutige Absage erteilten die Befragten der unternehmerischen Flexibili-

sierungsstrategie. Nicht weniger als 93,5 Prozent waren der Auffassung, daß das freie Wochenende erhalten bleiben muß. Der Samstag dürfe nicht zum Normalarbeitstag werden. Tabu ist aber auch der 8-Stunden-Tag.

Bei der Frage nach den künftigen Verkürzungsformen bei Einführung der 35-Stunden-Woche wurde im wesentlichen bekräftigt, was bisher schon im jeweiligen Betrieb praktiziert wurde, also entweder Freischichten bzw. wöchentliche Verkürzung. Allerdings in dem Betrieb, wo bisher täglich verkürzt gearbeitet wird, wollen jetzt mehr als 60 Prozent eine andere Form. Fast drei Viertel der Arbeiter und Angestellten sind auch für den Abbau bzw. die Begrenzung der Überstunden,

und nur 14,4 Prozent lehnen dies ab, wobei sich Arbeiter deutlicher als Angestellte für die Begrenzung der Überstunden aussprachen.

Obwohl die Befragung am Anfang der gewerkschaftlichen Kampagne stattfand, sprachen sich bereits 80,7 Prozent, trotz des veränderten Streikparagraphen 116 AFG, dafür aus, daß sich die IG Metall auf einen Arbeitskampf vorbereiten solle, um die 35-Stunden-Woche durchzusetzen. Als notwendig angesehen wird von mehr als zwei Dritteln der Befragten auch, daß die IG Metall in der anstehenden Tarifrunde eine Aktion gegen Aussperrung und den geänderten § 116 AFG starten sollte. Dadurch sah sich die IG Metall in ihrer Entscheidung bestätigt, die Bürgerinitiative „Streikrecht verteidigen – Demokratie sichern“ Hattingen-Sprockhövel unter dem Motto „§ 116 – Wir vergessen nicht“ wieder zu aktivieren.

Nach Auffassung der IG-Metall-Ortsverwaltung zeigen die Ergebnisse der Umfrage, „daß die 35-Stunden-Woche bei den Arbeitnehmern in der Metallindustrie im Bereich der IG-Metall-Verwaltungsstelle Hattingen auf eine tragfähige Mehrheit trifft und damit den Interessen der Kolleginnen und Kollegen entspricht“. Es wurde angeregt, die Ergebnisse der Umfrage in den Betrieben bekanntzugeben und zum Bestandteil von Betriebsversammlungen zu machen.

H. Sch.

Wenn viele träumen und handeln, beginnt eine neue Wirklichkeit

„Was ich schon immer einmal machen wollte“ – mit dieser Fragestellung denken die Frauen der IG Druck und Papier darüber nach, was ihnen die 35-Stunden-Woche bringen könnte. Seit Mitte Februar läuft in den Aktionsbetrieben der Druckindustrie die „Uhren-Aktion“. Die Gewerkschafterinnen fordern ganz gezielt ihre Kolleginnen auf, einmal nachzudenken, was an einem ganz normalen Arbeitstag alles so ansteht. Im Nu kommt da ein 16stündiger Arbeitstag zusammen, ohne daß man einmal verschnauft hätte.

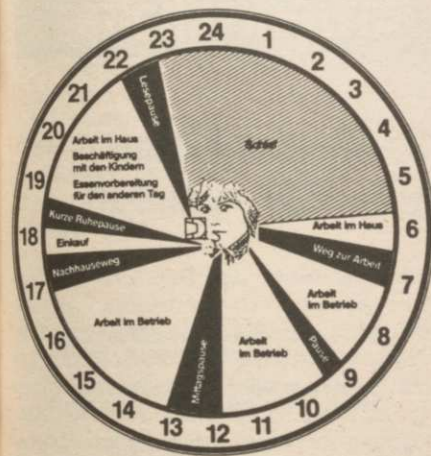
Streß und Hektik regieren den Tagesablauf der berufstätigen Frauen. Nicht selten springt lediglich ein halbes Stündchen heraus, über das man selbst einmal verfügen kann. Oft machen sich die Frauen aber erst beim Ausfüllen der Uhr auf den Flugblättern selbst klar, unter welchem Druck sie stehen und wie notwendig gerade für sie eine Arbeitszeitverkürzung ohne Einbußen beim Lohn ist. Und mit dem Nachdenken darüber, was man mit gewonnener Freizeit alles anstellen könnte, wollen die DruPa-Frauen ihre Kolleginnen mobilisieren für die laufende Tarifaufeinandersetzung um die 35-Stunden-Woche. Auf einem kurzen Fragebogen hat man Möglichkeiten zur Auswahl: vom Lesen,

über Gewerkschaftsarbeit bis „mit dem Partner und Kindern zärtlich sein“.

Die Uhr ist nicht ganz neu. Sie hat sich schon 1984 beim Kampf um Arbeitszeitverkürzung bewährt. Auf diese Weise wurden die speziellen Forderungen von Frauen in der Tarifaufeinandersetzung zur Sprache gebracht und Frauen stärker in die Aktionen einbezogen. Für erste Aufgeschlossenheit und Gesprächsbereitschaft gegenüber der Gewerkschaft sorgte auch in diesem Jahr eine kleine Blume, mit der die Frauen bevorzugt werden. Es ist immer wieder eindrucksvoll zu sehen, welche Eisbrecherfunktion eine solche emotionale Geste haben kann. Ein wichtiger

Schritt zur Verallgemeinerung wird sicherlich dann getan, wenn die Uhr und die Fragebogen möglichst gemeinsam ausgewertet und die Ergebnisse per Wandzeitung oder Flugblatt wiederum veröffentlicht werden.

Um Unterstützung für die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung werben die DruPa-Frauen auch außerhalb der eigenen Reihen mit einer Unterschriftenaktion. Unter dem Motto „Wenn eine träumt, ist es ein Traum ... Wenn viele träumen und handeln, ist es der Beginn einer neuen Wirklichkeit“ werden Unterschriften vor allem unter den Frauen der anderen DGB-Gewerkschaften gesammelt. Als Erstunterzeichner agieren zwar alle Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG Druck und Papier, in der Argumentation wendet man sich aber speziell an Frauen: „Wir fordern den Siebenstundentag für alle, weil wir unsere Freizeit planen wollen, gemeinsam mit unseren Partnern. Wir fordern den Siebenstundentag für alle,



Der Tagesablauf einer berufstätigen Frau – ein Beispiel aus früheren Jahren.

weil Frauen nicht allein zuständig sind für Haushalt und Kindererziehung, sondern wir auch diese Aufgaben partnerschaftlich bewältigen wollen. Mehr Zeit zum Leben – das ist ein langersehnter Wunsch der Arbeiterbewegung.“

Wie von der Gewerkschaftszentrale in Stuttgart zu hören ist, gibt es bereits eine breite Resonanz auf diesen Aufruf. Dabei setzt man nicht nur auf eine möglichst große Zahl von Unterschriften, sondern auch auf Gespräche, Diskussionen und Verbreiterung der gewerkschaftlichen Forderung. Bereits in der Phase der Mobilisierung zielen die Gewerkschaftsfrauen darauf ab, eine Solidarität über die Reihen der Einzelgewerkschaft hinaus herzustellen. Damit greift man Erfahrungen früherer Arbeitskämpfe auf. Ausdrücklich wendet sich der Aufruf aber auch an Frauen in den Parteien und in der Frauenbewegung. Ebenso wie die IG Metall orientiert damit die IG Druck und Papier auf die Herstellung einer sozialen Bewegung zur Unterstützung der Tarifforderung. Die 35-Stunden-Woche sollte zu einem Volksthema werden.

Renate Bastian

DGB Bayern bildet Solidaritätskomitees

Eine Serie gewerkschaftlicher Aktionen zur Unterstützung von IG Metall sowie Druck und Papier in den gegenwärtigen Tarifaufeinandersetzungen hat der Landesbezirksvorsitzende des bayerischen DGB, Jakob Deffner, Mitte Februar angekündigt. Die bisherige Haltung der Unternehmer lasse erkennen, daß sie eine harte Konfrontation suchen, um mit Rückendeckung des neugefaßten § 116 AFG den ihnen zugeschanzten Machtvorteil rücksichtslos auszunutzen. Wie Deffner weiter bekanntgab, hat der bayerische DGB beschlossen, zur Stärkung der gewerkschaftlichen Positionen zahlreiche örtliche Solidaritätskomitees zu bilden, in denen die gesellschaftlich relevanten Gruppen zusammenarbeiten können.

Für Musikerzieher erstmals Tarifvertrag

Ab dem 1. März stehen die Lehrkräfte an kommunalen Musikschulen erstmalig unter dem Schutz eines Tarifvertrages. Bedingung ist, daß sie eine volle Stelle haben oder „mit mindestens der Hälfte des Deputats von Vollbeschäftigten tätig sind“. Zwar gelang es nicht, zu einer generellen wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung zu kommen, positiv fällt aber ins Gewicht, daß die Besitzstände bezüglich der Arbeitszeit tariflich abgesichert sind. Erreicht werden konnte darüber hinaus, daß die allgemeine Zulage wieder gezahlt und eine unterschiedliche Behandlung von Lehrkräften mit staatlicher und Diplomprüfung vermieden wird.

Unternehmer erneut auf dem Prüfstand

Wie schon zur Vorbereitung des Arbeitskampfes 1984 hat die IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart jetzt die Unternehmer erneut auf den Prüfstand gestellt. In dem Ende Februar herausgegebenen Material wird nachgewiesen, daß allein Siemens mit seinen überschüssigen Finanzmitteln im Jahre 1985 in Höhe von 23,8 Mrd. DM in der Lage sei, die Arbeitszeitverkürzung für die gesamte Metallindustrie zu bezahlen. Ein weiteres Argument sind die Gewinne in der gesamten Metallindustrie 1985 in Höhe von 40 Mrd., ein neuer Rekord. Daraus schlußfolgert die Gewerkschaft: „Die 35-Stunden-Woche ist nicht der Ruin der deutschen Wirtschaft. Die 35-Stunden-Woche ist jederzeit bezahlbar.“

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen.

31. März – 5,4 Mio.

Metallindustrie einschl. Gießereien (ohne VW-Werke) Bundesgebiet und Westberlin (3630 100); Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg (681 800); privates Spedition- und Transportgewerbe Schleswig-Holstein, Hamburg; ohne Möbeltransport, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Westberlin (297 400); Druckindustrie Bundesgebiet und Westberlin (159 100); Bäckerhandwerk Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen (61 000); Groß- und Außenhandel Hessen (97 300); einige Fluggesellschaften (38 000); privates Omnibusgewerbe Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, Westberlin (39 100); Brotindustrie Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg (37 200).

30. April – 1,6 Mio.

Einzelhandel Niedersachsen, Bremen, Limburg-Oberlahn, Rheinland-Pfalz, Bayern (590 000); Textilindustrie Bundesgebiet und Westberlin – ohne Saarland – (226 000); Bekleidungsindustrie Bundesgebiet – ohne Niedersachsen, Bergisch-Land, Saarland, Westberlin – (157 900); Maler- und Lackierhandwerk Bundesgebiet und Westberlin – ohne Saarland – (125 400); Kfz-Gewerbe Bremen, Nordrhein-Westfalen (73 200); Groß- und Außenhandel Rheinland-Rheinhausen, Pfalz (52 000).

31. Mai – 0,3 Mio.

Gebäudereinigerhandwerk Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Hessen, Pfalz, Saarland, Bayern (44 600); Wohnungswirtschaft Bundesgebiet und Westberlin (39 300); privates Reisebürogewerbe Bundesgebiet und Westberlin (31 300); Architektur- und Ingenieurbüros Bundesgebiet und Westberlin (35 000); Kfz-Gewerbe Bremerhaven, Hessen, Westberlin (28 000); Schrotthandlung Nordrhein-Westfalen, Hessen/Rheinland-Pfalz, Saarland, Bayern (18 600); Hotel- und Gaststättengewerbe Westberlin (18 200).

30. Juni – 0,9 Mio.

Chemische Industrie Nordrhein, Hessen, Rheinland-Pfalz (389 600); Steinkohlenbergbau Ibbenbüren, Ruhr, Aachen, Saar (167 400); Einzelhandel, Buchhandel, Coop-Unternehmen Westberlin (66 900); Kautschukindustrie Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz/Saarland (53 000); Energieversorgung Elektromark Hagen, GWE-Bereich (41 400).

Bergbau steuert in tiefste Krise seit Anfang der siebziger Jahre

Nach Auffassung der IG Bergbau und Energie (IGBE) steuert der bundesdeutsche Steinkohlenbergbau in seine tiefste Krise seit Anfang der siebziger Jahre. IGBE-Vorsitzender Meyer sieht eine Fülle von Anzeichen dafür, daß es zu weiteren Zechenschließungen kommt. Die Kohleförderung wird gegenwärtig drastisch zurückgefahren, die Halten steigen, und nach zwölf Kurzarbeitsschichten im vergangenen Jahr stehen weitere sechs „Feier“schichten im ersten Halbjahr 1987 an. Nach Angaben des Vorstands der Ruhrkohle AG (RAG) soll die Förderkapazität wegen verminderter Absatzlage um vier Millionen Tonnen zurückgefahren werden.

Da die anvisierte Verminderung der Förderkapazität mit sechs oder mehr Kurzarbeitsschichten nicht erreicht werden kann, ist die Existenz mehrerer Schachtanlagen bedroht. Von Anfang 1983 bis Mitte 1986 ist die Belegschaft der RAG um netto 22000 verringert worden. Es wurden fünf Bergwerke geschlossen und 12000 Bergarbeiter auf andere Schachtanlagen verlegt. Damit mußte jeder dritte Beschäftigte seinen Arbeitsplatz aufgeben oder wechseln.

Es ist geplant, das sogenannte Anpassungskonzept der RAG von 1983, das eine Verringerung des Personalbestandes beinhaltet, noch zu verschärfen. Nach offizieller Lesart sollen bis 1990 weitere 10000 Arbeitsplätze allein bei der RAG vernichtet werden. Vom Eschweiler Bergwerksverein (EBV), der zweiten Bergwerksgesellschaft an der Ruhr und im Aachener Revier, wird hinter vorgehaltener Hand gemunkelt, daß sich dieser Konzern im gleichen Zeitraum völlig aus der Steinkohlegewinnung zurückziehen will. Jeder hier vernichtete Arbeitsplatz bedroht drei bis vier weitere Arbeitsplätze in bergbauabhängigen Branchen. Daraus folgt, daß auch solche Revierstädte, in denen sich längst kein Förderrad mehr dreht, abermals von der Kohlekrise eingeholt und die beschäftigungspolitischen Auswirkungen dieser systematisch betriebenen Kohle- und Bergbauverdrängungspolitik der Energiekonzerne und der Bonner Rechtsregierung empfindlich zu spüren bekommen werden.

Gerade die Kohl-Regierung dringt im jüngsten Energiebericht darauf, die Steinkohleförderung „auf die kostengünstigsten Schachtanlagen“ zu konzentrieren. Damit kommt sie dem profitungrigen Drang der maßgeblichen Energiekonzerne wie der VEBA nach besseren Verwertungsbedingungen für ihre Kapitalien vor allem in der Kernenergie entgegen.

Die besonders von den Großbanken eingeforderte und vorangetriebene Reprivatisierung der letzten staatlichen Besitzanteile an der VEBA muß auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Dies ist ein weiterer strategischer Schachzug gegen den heimischen Steinkohlenbergbau und seine Beschäftigten sowie ganze Re-

gionen an Rhein, Ruhr und Saar. Dieser Kurs wurde gerade in den letzten Monaten von einer großangelegten Anzeigenkampagne gegen die Kohle und für mehr Kernenergie begleitet.

Dieser Kurs brachte selbst das sonst eher auf Sozialpartnerschaft und Ausgleich bedachte IGBE-Organ „einheit“ in Rage. Unter der Überschrift „Die Industrie unterstützt Stimmungsmache gegen die heimische Steinkohle“, wird in der zweiten Januarausgabe beklagt, daß die Tiefschläge gegen die Kohle nicht abreißen und Ängste gegen den Einsatz von Kohle bei der Stromerzeugung nicht abreißen, „während gleichzeitig für die Kernenergie gewonnen“ würde.

Obwohl nach heutigem Stand der Bergbau- und Fördertechnik etwa 24 Milliarden Tonnen Steinkohle, bei einem geschätzten Gesamtbestand von 300 bis 350 Milliarden Tonnen in der Bundesrepublik, als abbaufähig und -fähig gelten, die bei einer Jahresförderung von knapp 80 Millionen Tonnen für 300 bis 400 Jahre ausreichen würden, geraten der Bergbau und seine Beschäftigten zunehmend unter Druck.

Dabei ist bekannt, und das wissen auch die Bergarbeiter, daß der vielseitige Grundstoff Kohle bei weitem nicht nur zum Verbrennen geeignet ist. Bergbauforschung und -technik der Bundesrepublik nehmen international eine führende Stellung ein. Die verbliebenen Schachtanlagen sind hochmodern und produktiv. Daher ist eine an volkswirtschaftlichen Interessen ausgerichtete Konzeption für den Energiesektor und besonders für die Bergbaureviere dringend erforderlich.

Die IG Metall erarbeitet gerade ein solches Alternativkonzept für die Sicherung der Stahlindustrie im Ruhrgebiet. Das ist eine gute Gelegenheit, aus der Interessenidentität zu gemeinsamem Handeln zu kommen. Wie die IG Metall steht die IG Bergbau vor der Frage, ob sie sich angesichts der existenzbedrohenden Situation für diese Schlüsselindustrien als „soziales Aufräumkommando der Konzerne“ oder als Kampforganisation versteht. In diesem Zusammenhang ist dem Essener Oberbürgermeister Reuschenbach (SPD) zu-

zustimmen, der während des Stahlaktionstages am 16. Januar dazu aufrief, daß Stahl- und Bergarbeiter gegen Bonn zusammengehen müßten.

Wenn es so ist, daß durch die Bundesregierung im Bunde mit den Energiekonzernen – wie es der Vorsitzende der IGBE, Heinz-Werner Meyer kürzlich erklärte, „hinter dem Vorhang großartiger Proklamationen stille Demontage betrieben wird“, ist zu fragen, ob dann nicht auch für die Gewerkschaft der Zeitpunkt erreicht sein müßte, um gegenüber der Koalition von Kapital und Kabinett nicht nur andere Töne anzuschlagen, sondern auch zu handeln. Der Marsch auf Bonn vor einem Vierteljahrhundert war doch recht erfolgreich. Es gilt durchzusetzen, daß der heimischen Kohle wirklich und nicht nur in Worten Vorrang eingeräumt wird. Norbert Arndt

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

36-Stunden-Woche beim NDR vereinbart

Erst nachdem die Rundfunk-Fernsehbild-Union (RFFU) Warnstreiks angekündigt hatte, wurde Mitte Februar im Norddeutschen Rundfunk für die Beschäftigten mit erschwerten Arbeitsbedingungen (z. B. Schichtarbeit) eine Arbeitszeitverkürzung vereinbart. Nach diesem Abkommen, das nach Zustimmung des NDR-Verwaltungsrates in sechs Monaten in Kraft treten soll, gilt dann für diesen Beschäftigtenkreis die 36-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich.

Vorruhestand soll auch nach 1988 gelten

Die geschäftsführenden Hauptvorstände der Gewerkschaften Nahrung – Genuß – Gaststätten und Textil – Bekleidung haben Anfang Februar in einer gemeinsamen Sitzung eine Verlängerung und Verbesserung der Vorruhestandsregelung gefordert. In einem Brief an Kanzler und Arbeitsminister Blüm verlangten sie eine „Klarstellung“, ob das entsprechende Gesetz über 1988 hinaus verlängert wird. Die Gewerkschaften erwarten neben der Verlängerung eine bessere finanzielle Ausstattung des Vorruhestandes. Die Bonner Klarstellung sei wichtig, um den tarifpolitischen Handlungsbedarf abstecken zu können, da die nächste Arbeitszeitrunde von NGG und GTB unmittelbar bevorstehe. Aus dieser Begründung kann wohl geschlossen werden, daß für beide Gewerkschaften auch 1988 keineswegs die 35-Stunden-Woche im Vordergrund steht.

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

In dieser Republik wird sich nichts bewegen, wenn wir uns nicht selber bewegen

Wie schon 1984 wird auch 1987 immer deutlicher, daß die Strategie von Kapital und Kabinett darauf gerichtet ist, der IG Metall eine Niederlage zu bereiten. Die IG Metall hat den hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen. In der Dortmunder Westfalenhalle tagte am 13. Februar eine Zentrale Funktionärskonferenz der IG Metall, zu der mehr als 3500 Funktionäre gekommen waren. Am 14. Februar fand dann der „Tag der 35-Stunden-Woche“ statt. Die große Westfalenhalle war überfüllt. Von der IG Metall sprachen Karl-Heinz Janzen, Georg Ippers, Franz Steinkühler und Klaus Zwickel. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit, die Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Monika Wulf-Mathies, der 1. Vorsitzende der dänischen Metallgewerkschaft, Georg Poulsen, das Vorstandsmitglied der Metallsektion des niederländischen Industrieverbandes, David Rijkse sowie der Leiter des Sozialamtes der Evangelischen Kirche Westfalen, Pastor Wörmann, bekundeten der IG Metall ihre Solidarität. Wir dokumentieren die Reden von Franz Steinkühler und Klaus Zwickel auf der Funktionärskonferenz sowie Auszüge aus einigen Reden auf der Großkundgebung.

Franz Steinkühler: Solidarisch kämpfen!

Vor der Wahl haben die Regierungsparteien und ihre Propagandatruppen die Beschäftigungskrise verharmlost und die Wirtschaftsentwicklung verherrlicht. Sie hatten die These von der Solidarität der Konjunktur und von der Robustheit des Aufschwungs ganz in den Vordergrund gestellt. Jetzt, wenige Wochen nach der Wahl, können die Regierungsparteien und ihre Helfershelfer den Propagandabetrug nicht mehr fortsetzen und die Aufschwunglüge nicht mehr aufrechterhalten. Solide war allenfalls die Korrektur der vorhandenen Prognosen nach unten. Robust ist jedenfalls der Umgang der vorherrschenden Politik mit den realen Nöten der Menschen.

Vor der Wahl hat die IG Metall ihre arbeitszeitpolitischen Forderungen aufgestellt, an der ersten Stelle steht die Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.

Sie bedeutet

- mehr Arbeitsplätze
- mehr Menschlichkeit
- mehr Freizeit.

Nun nach der Wahl müssen die arbeitszeitpolitischen Forderungen der IG Metall durchgesetzt werden. Vorrang hat der solidarische Kampf um die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich für alle

- für alle Arbeiter
- für alle Angestellten
- für alle Auszubildenden.

Die alten Arbeitgeber und die neue Regierung, der Rat der Weisen und die Ratgeber der Schwarzen müssen ihren verhängnisvollen Kurs endlich korrigieren. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit der uferlosen Bereicherung der sogenannten guten Gesellschaft, die mit der gnadenlosen Verarmung der ganzen Gesellschaft einherzugehen droht. Die IG Metall muß und wird den begonnenen Weg konsequent fortsetzen. Es muß endlich ein Anfang gemacht werden mit der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zur Überwindung der sozialen Armut.

Die Aktivitäten der internationalen Spekulationen und die Passivität der nationalen Regierung haben den Dollarkurs nach unten, den DM-Kurs nach oben getrieben. Die Defizite der amerikanischen Handelsbilanz und die Versäumnisse der europäischen Wirtschaftspolitik haben vorhandene Währungskonflikte verschärft und drohende Handelskonflikte verursacht. Die Schuldenpolitik der Reagan-Regierung, mit der abenteuerliche Rüstungsprogramme finanziert worden sind, und die Sparpolitik der Kohl-Regierung, mit der gigantische Umverteilungsprogramme finanziert wurden, haben die Aufwärtsbewegung der Weltkonjunktur gestoppt und die Abwärtsbewegung der Weltkonjunktur eingeleitet. Deswegen ist staatliches und gewerkschaftliches Handeln gleichermaßen unauf-schiebbar geworden. Das Gebot der Stunde lautet nicht: Zurückhaltung bei den Löhnen und Verzicht bei der Arbeitszeit. Das Gebot der Stunde lautet statt dessen: Wirtschaftspolitische Offensive für weniger Arbeitslosigkeit und tarifpolitische Offensiven für kürzere Arbeitszeit.

Alle Hoffnungen auf einen neuerlichen exportgetragenen Aufschwung im Jahre 1987 sind von den amtlichen und nichtamtlichen Prognosen längst fallengelassen worden. Alle Hoffnungen auf einen sich selbst tragenden Binnenaufschwung in 1987 haben längst mehr als einen Dämpfer erhalten. Alle Hoffnungen auf die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes werden sich auch 1987, wie all die Jahre zuvor, als Illusion erweisen.

Daran bleibt kein Zweifel möglich

- angesichts von mehr als zwei Millionen registrierten Arbeitslosen im Verlauf des letzten Aufschwungs;
- angesichts von mehr als 2,5 Millionen amtlichen Arbeitslosen am Beginn des laufenden Jahres;
- angesichts von mehr als drei Millionen echten Arbeitslosen am Ende dieses Aufschwungs.

Das Gebot der Stunde lautet nicht: Fortsetzung der alten Umverteilung von unten nach oben und Beginn eines neuen Angriffs auf soziale Rechte und soziale Leistungen. Das Gebot der Stunde lautet statt dessen: Fortsetzung des begonnenen Anlaufs zur gerechteren Verteilung der vorhandenen Arbeit und Start eines neuen Angriffs auf die vorhandene Arbeitslosigkeit.

Inhaltsverzeichnis

Ein echter Handkommentar für die Praxis	15
Klaus Zwickel: Mobilisieren für die 35	18
Auszüge aus Reden der IG-Metall-Kundgebung in Dortmund	22
Die neue Form des Faschismus kommt auf leisen Sohlen	24

„Diejenigen Ausreden, in denen gesagt wird, warum die AG keine Steuern bezahlen kann, werden in einer sogenannten Bilanz zusammengefaßt.“

Kurt Tucholsky



Wer wissen will, wie das Unternehmen wirklich „dasteht“, kommt nicht umhin, „hinter“ die Bilanz zu sehen. Dieses Buch erläutert Schritt für Schritt und für jeden verständlich, wie eine Bilanz aufgebaut ist, wie sie frisiert werden kann und wo die wirklichen Gewinne stecken. Viele Beispiele, Grafiken, Tabellen, Bilanz-Analyse-Schemata helfen dabei, das „eigene“ Unternehmen unter die Lupe zu nehmen.

Die Bremer Ökonomin und Bilanz-Fachfrau Angelina Sörgel hat das erfolgreiche Buch nicht nur aktualisiert, sie präsentiert es in der vierten Auflage in neuer Form und methodisch überarbeitet.

Ein Standardwerk für alle, die sich bei Bilanzen kein X für ein U vormachen lassen wollen.

222 Seiten, br., 22 DM
ISBN 3-88367-066-9



Nachrichten-Verlags-GmbH

Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon: (069) 778079

Diese Republik hat das Ende des importierten Wirtschaftsaufschwungs hinter sich und das Ende der importierten Preisstabilität vor sich. Das ist bislang bloß zum Signal für verschleierte wirtschaftliche Prognosen geworden. Das muß jetzt zum Ziel für eine endlich verbesserte Wirtschaftspolitik werden. Diese Regierung hat das Ende des weltwirtschaftlichen Glücksrittertums hinter sich und den Beginn des binnenwirtschaftlichen Härtetests vor sich. Das ist am Wahltag zumindest nicht zum Signal für einen beschleunigten Rechtsruck geworden. Das muß nach dem Wahltag nun endlich zum Signal für gesteigerten Reformdruck werden.

Das Gesamtergebnis der Bundestagswahl läßt sich sehr leicht auf einen Nenner bringen: Eine neue Mehrheit ist in weiter Ferne geblieben. Die alte Mehrheit ist mit großem Vorsprung bestätigt worden. Die Einzelergebnisse der Parteien aber sind weitaus differenzierter: Die CDU hat das schlechteste Wahlergebnis seit 1949 kassiert. Die FDP hat ein glänzendes Wahlergebnis erreicht. Die Grünen haben das beste Wahlergebnis in ihrer noch jungen Geschichte der parlamentarischen Beteiligung im Bund erzielt. Die SPD hat das schlechteste Wahlergebnis seit 1961 hinnehmen müssen.

Bei den Verlusten von CDU und CSU haben ganz gewiß die politischen und persönlichen Skandale und Pannen eine Rolle gespielt, die die erste Amtszeit der Wenderegierung permanent begleitet haben. Ich erinnere

- an Amnestiepläne und Asylantenhatz;
- an Barzel-Rücktritt und Boenisch-Abgang;
- an Birnen-Blackout und Bitburg-Blamage;
- an Goebbels- und Gorbatschow-Vergleich;
- an die dumme Einmischung in den Arbeitskampf um die Arbeitszeit und an die törichte These von Konzentrationslagern in der DDR;
- an Spendenaffäre und Spranger-Spitzeleien;
- an Tiedtge-Flucht und Tschernobyl-Verharmlosung;
- an U-Boot-Geschäfte und Umweltskandale. Ich könnte eine halbe Stunde weitermachen, ohne daß mir der Stoff ausgeht.

Beim Abschneiden von CDU und CSU sind umgekehrt die Fehlleistungen und die Übergriffe nicht umfassend geahndet worden, die aus Arbeitnehmer- und Gewerkschaftssicht das entscheidende Kennzeichen der ersten Amtszeit der Wenderegierung waren. Das ist der soziale Skandal, den das Schandmal der Massenarbeitslosigkeit darstellt. Das ist der gesellschaftliche Skandal, den die Verabschiedung des Schandparagraphen 116 gegen das Streikrecht bedeutet. Aus dem außenpolitischen Fehlverhalten von CSU-Strauß und CDU-Stahlhelmern hat die FDP enormen Nutzen gezogen. Aus dem umweltpolitischen Versagen der Bundesregierung haben die Grünen massiven Nutzen gezogen. Aus dem beschäftigungspolitischen Versagen der Bundesregierung aber hat die SPD keinen Nutzen gezogen.

Anders als im Frühjahr 1984 gelang es im Bundestagswahlkampf nicht, die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zum beherrschenden innenpolitischen Thema zu machen. Anders als im Frühjahr 1986 gelang es im Bundestagswahlkampf nicht, die Auseinandersetzung um das Streikrecht zum vorrangigen gesellschaftlichen Thema zu machen. Anders als von den Gewerkschaften gewollt und geplant, gelang es auch nicht, den Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und für Vollbeschäftigung zum Zentrum eines sach- und interessenbezogenen Wahlkampfes zu machen.

Das war der Fall, obwohl sich keine andere Grundsatzfrage besser eignet

- die gegensätzlichen Perspektiven der Ellenbogengesellschaft auf der einen Seite und der solidarischen Gesellschaft hier zu thematisieren;
- die grundlegenden Alternativen einer autoritären Zukunftspaltung dort und einer sozialen Zukunftsgestaltung hier zu konkretisieren.

Es war falsch, daß die einen unbeirrt von Versöhnung gesprochen haben und die anderen ungestört Spaltung betreiben konnten.

Wer Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit miteinander in Einklang bringen will, der muß die Konfrontation mit dem Kabinett in Kauf nehmen. Wer Ökonomie und Ökologie miteinander aussöhnen will, der darf dem Konflikt mit dem Kapital nicht ausweichen. Daraus ergibt sich eine doppelte Konsequenz für die praktische Auseinandersetzung mit der Politik der Bundesregierung, für die jetzt die Weichen gestellt werden:

Wir müssen uns gegen die Tatenlosigkeit dieser Regierung auf solchen Feldern wehren, auf denen über das soziale Schicksal großer Arbeitnehmergruppen und ganzer Wirtschaftsregionen entschieden wird. Ich nenne als Beispiel die Stahlpolitik. Hier in Dortmund hat Kanzler Kohl unmittelbar vor der Wahl seine Absage an den Stahlausschuß und an eine „Verstaatlichung“ der Stahlindustrie erneuert. Er hat sich gleichzeitig zu der Behauptung verstiegen, daß „die Bundesregierung beim Thema Stahl keinen Nachholbedarf“ habe.

Hier in Dortmund bekräftigt die IG Metall ihre Forderungen nachdrücklich nach dem Stahlausschuß und nach der Vergesellschaftung der Stahlindustrie. Ich füge hinzu: Wir werden alle Mittel und Möglichkeiten einbringen, um diesem Bundeskanzler und dieser Bundesregierung den stahlpolitischen Handlungsbedarf klarzumachen. Dazu ist der Stahlaktionstag nur ein Auftakt gewesen. Wir müssen uns gegen den Tatendrang dieser Regierung auf solchen Feldern wehren, auf denen nur gesellschaftliche Mittel für den Kampf gegen die Beschäftigungskrise vergeudet und damit politische Chancen für die Verwirklichung der Vollbeschäftigung vertan werden sollen. Ich nenne dafür als Beispiel die Steuerpolitik.

Die Regierungsparteien streiten lauthals über den Zeitpunkt für das Inkrafttreten der zweiten Stufe des sogenannten Steuerentlastungsgesetzes. Dieser Streit geht ausschließlich darum, ob die Umverteilung von unten nach oben früher oder später fortgesetzt werden soll. Unser Ziel aber ist es, die Umverteilung von unten nach oben jetzt zu beenden.

Die Regierungsparteien schwärmen unablässig von der sogenannten Supersteuerreform. Deren vorrangiges Ziel aber ist die Senkung der Staatsquote. Unser vorrangiges Ziel aber bleibt die Senkung der Arbeitslosenquote. Beides ist miteinander unvereinbar.

Wir haben prinzipielle steuerpolitische Alternativen. Sie stehen nicht im Dienste einer abstrakten marktwirtschaftlichen Ideologie, sondern im Dienste konkreter sozialer Gerechtigkeit.

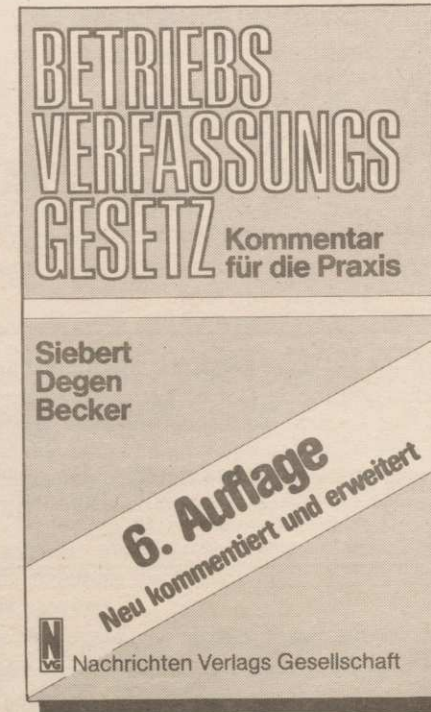
Sie verlangen die Entlastung der unteren Einkommensgruppen und die Belastung der Großverdiener. Wir haben vor allem eine aktuelle Alternative zur konservativen Steuerpolitik nach Gutsherrenart. Das ist unser Programm für qualitatives Wachstum und für Umweltschutz.

Aus alledem ergibt sich eine doppelte Konsequenz für den Umgang mit der neuen Bundesregierung, die auch die alte sein wird: Das ist erstens die Bildung von klaren Prioritäten unter unseren Forderungen an den Staat: Ich nenne die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz muß endlich wieder aus der sozialen Landschaft dieser Bundesrepublik verschwinden. Das Beschäftigungsförderungsgesetz hat sowenig mit Beschäftigung zu tun, wie Gesamtmetall mit Edelmetall oder Diebstahl mit Kruppstahl.

Umfassende gesellschaftliche Beschäftigungs- und Umweltprogramme müssen statt dessen endlich auf die politische Tagesordnung gesetzt werden. Ich nenne die Demokratisierung der Wirtschaft. Alle Pläne zur Revision der Betriebsverfassung, welche unter dem Vorwand des Minderheitenschutzes Splittergruppen und Spalterorganisationen aufwerten wollen, müssen endlich in den Schubladen verschwinden. Unsere Pläne zur Reform der Unterneh-

Ein echter Handkommentar für die Praxis!

Umfangreich, aber noch übersichtlich
Ohne „Juristendeutsch“,
aber an der Rechtslage orientiert
Auf aktuellem Stand, weil gerade neu



Die Autoren haben bei der Kommentierung allein die Belange der Arbeiter und Angestellten im Betrieb anvisiert und wie sich die Betriebsräte bei deren Wahrnehmung gegenüber dem Unternehmer stark machen können. Stark auf der Basis des geltenden Rechts, von Arbeitsgerichtsurteilen und Aktivität im Betrieb. Aber auch mit Hilfe einer offensiven Anwendung des BetrVG.

Dieser Kommentar hilft auf ganz praktische Weise: mit zahlreichen Praxisbeispielen, Musterbriefen, Checklisten, Interpretationshilfen.

Mit umfangreichem Stichwörterverzeichnis. Im Anhang: Wahlordnung, Kündigungsschutzgesetz u.a. Bestimmungen, die das BetrVG tangieren, sowie praktische Arbeitshilfen.

685 Seiten, geb., fester Einband
ISBN 3-88367-068-5

Subskriptionspreis 32 DM
(bis 30. 6. 87; danach 42 DM)



Nachrichten-Verlags-GmbH

Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon: (069) 778079

mensverfassung, die dem Schutz der Mehrheit dienen, müssen endlich aufgegriffen werden. Ich nenne die Verteidigung des gewerkschaftlichen Streikrechts und damit auch den Erhalt der gesellschaftlichen Demokratie.

Unserem gemeinsamen Kampf gegen die Verabschiedung des neuen Paragraphen 116 AFG muß der solidarische Kampf gegen die Anwendung des neuen Paragraphen 116 AFG folgen. Der gemeinsame Kampf gegen den Mißbrauch der kalten Aussperrung muß mit dem solidarischen Kampf gegen das Unrecht der heißen Aussperrung verbunden werden. Wir brauchen ein Netz des Widerstandes. Wir fordern ein erstes Gesetz zur Sicherung des Streikrechts. Wir fordern das Verbot der Aussperrung. Der DGB und alle Einzelgewerkschaften – das ist der zweite und entscheidende Punkt – müssen bei der Umsetzung unserer Forderungen an den Staat eine gemeinsame Sprache sprechen und bei der Durchsetzung unserer Forderungen an den Gesetzgeber einer gemeinsamen Linie folgen.

Das Ergebnis dieser Wahl ist kein Mandat für einen neuerlichen Rechtsruck. Die Interessen der Arbeitnehmer aber geben uns den Auftrag zum konsequenten Reformdruck. Der Weg dorthin führt nicht über die Umarmung der neugewählten Regierung durch den DGB. Der Weg dorthin führt nur über die Entfaltung des gemeinsamen politischen Drucks für die Verwirklichung der gemeinsamen politischen Ziele.

Vor einer neuen Auflage der alten Kumpanei von Kapital und Kabinett in Programm und Praxis gibt es nur einen einzigen wirksamen Schutz: Das ist nicht die Illusion von einer großen Koalition zwischen dieser Bundesregierung und unserem Gewerkschaftsbund, das ist nur die große Koalition der abhängig Beschäftigten unter dem Dach einer starken Einheitsgewerkschaft.

Wir wollen und wir werden die eigene Kraft in die Waagschale werfen. Wir wollen und wir werden zugleich um die Unterstützung einer aufgeklärten Öffentlichkeit und um die Solidarität aller aufrechten Demokraten werben. Wer die Hypothesen der Wendepolitik abtragen und die Verpflichtungen des Sozialstaates einlösen will, der darf nicht gemeinsam mit den Reichen und den Rechten fortfahren, die Arbeitslosen zu diskreditieren und die Gewerkschaften zu diffamieren. Wer die soziale Krise der Gegenwart überwinden und die ökonomische Krise der Zukunft unterbinden will, der muß zusammen mit den Gewerkschaften für staatliche Beschäftigungsprogramme eintreten und gemeinsam mit der IG Metall für attraktive Arbeitszeitprogramme kämpfen.

In dieser Stunde steht fest: Mit mehr als 35 regionalen Verhandlungen sind wir der 35-Stunden-Woche noch keinen Schritt näher gekommen. In dieser Stunde steht damit auch fest: Die Überzeugungskraft der gewerkschaftlichen Argumente muß von nun an durch die Schlagkraft der gewerkschaftlichen Aktion ergänzt werden. Genau wie 1984 – wie vor drei Jahren – stehen wir vor einer tarif- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung, deren Bedeutung weit über die Metallwirtschaft hinausreicht. Genau wie 1984 – wie vor drei Jahren – liegen die tarif- und gesellschaftspolitischen Alternativen klar zutage.

Die Praxis der Metallunternehmen folgt der Grundlinie

- Gewinn geht vor Arbeitsplätze
- Profit geht vor Produktion.

Das Konzept von Gesamtmetall heißt

- Kostensenkung auf den Knochen der Arbeitnehmer
- Arbeitszeitflexibilisierung auf dem Rücken der Familien
- Umverteilung zugunsten der Gewinne und zu Lasten der Gesellschaft.

Die Praxis der IG Metall folgt einer anderen Grundlinie

- Beschäftigung geht vor Ertrag

- Arbeitszeitverkürzung für alle hat Vorrang vor dem Profit für wenige.

Unser Konzept lautet:

- Kürzere Arbeitszeit für alle
- höhere Löhne und Gehälter für jeden
- aktive Tarifpolitik zum Nutzen unserer Gesellschaft.

Die aktuellen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen untermauern die Richtigkeit des gewählten Ziels. Das ist die Absage an die Restaurationsprogramme von gestern und das Engagement für die soziale Gestaltung der Zukunft. Die aktuellen politischen Rahmenbedingungen unterstreichen die Unabdingbarkeit des eingeschlagenen Wegs. Das ist die Absage an sozialpartnerschaftlichen Krampf und die Bereitschaft zum solidarischen Kampf. Anders als 1984 – anders als vor drei Jahren – verfolgen die Metallarbeitgeber ihre alten strategischen Ziele mit neuen taktischen Mitteln. Aus den Kraftmeiern von gestern sind die Leisetreter von heute geworden. Das soll die Mobilisierung der Belegschaften erschweren und die Neutralisierung der Öffentlichkeit erleichtern. Anders als 1984 – anders als vor drei Jahren – verfolgt Gesamtmetall seine alten strategischen Ziele unter neuen rechtlichen Bedingungen.

Die Arbeitgeber haben das vorhandene Kampfmittel der heißen Aussperrung behalten. Dadurch ist die Legende von der Kampfpriorität innerhalb des potentiellen Streikgebiets schon immer auf den Kopf gestellt gewesen. Die Arbeitgeber haben nun das zusätzliche Kampfmittel der bundesweiten kalten Aussperrung bekommen. Dadurch werden die Kräfteverhältnisse außerhalb des potentiellen Streikgebiets vollends aus den Angeln gehoben. Beides zusammen bedeutet die existentielle Bedrohung der Organisation und die existentielle Bedrohung der Organisierten im Falle eines Arbeitskampfes. Beides zusammen bedeutet zugleich, daß die Erfahrungen aus der Vergangenheit nicht auf die Zukunft übertragbar sind.

Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden

- für die Umsetzung unseres Forderungskonzepts
- vor allem aber für die Anlage unseres Mobilisierungskonzepts.

Der Vorstand hat den regionalen Tarifkommissionen empfohlen, für die Erhöhung von Löhnen, Gehältern und Ausbildungsvergütungen Forderungen von bis zu 5 Prozent aufzustellen. Sie wird begründet mit dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs. Er wird für 1987 im Rahmen einer bedingten Prognose auf bis zu 3 Prozent geschätzt. Damit verlangen wir den Ausgleich für die steigende Leistung der Arbeitnehmer. Sie wird begründet mit dem Anstieg der Verbraucherpreise. Er muß für 1987 auf rund 2 Prozent geschätzt werden. Damit verlangen wir den Ausgleich für die steigenden Kosten der Arbeitnehmer.

Beides zusammen bedeutet: Der verteilungsneutrale Teil unseres Forderungsvolumens soll für die Erhöhung von Löhnen, Gehältern und Ausbildungsvergütungen reserviert bleiben, also für die, die noch Arbeit haben. Mit solchen bescheidenen Einkommensforderungen wird der Lohn nicht zur Nebensache degradiert. Mit unseren bescheidenen Einkommensforderungen wird umgekehrt die Solidarität der sogenannten Arbeitsplatzbesitzer mit den vorhandenen Arbeitslosen programmiert. Der Vorstand hat zugleich den tarifpolitischen Vorrang der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich unterstrichen. Ihre Kostenwirkungen sind mit den Beschäftigungseffekten identisch. Sie liegen, wenn man die Laufzeit außer Ansatz läßt, bei 5 Prozent. Sie verteilen sich, weil die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich allerfrühestens zum 1. 4. 1987 in Kraft treten kann,

- zu drei Vierteln, und damit 3,75 Prozent, auf 1987
- zu einem Viertel, und damit zu 1¼ Prozent, auf 1988.

Das bedeutet zweierlei: Die Umverteilungskomponente in unserem Forderungsvolumen soll voll der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung vorbehalten bleiben. Sie ist für 1987 mit maximal 3,75 Prozent anzusetzen. Daran werden auch die Horrorrechnungen von Gesamtmetall nichts ändern können. Die Umverteilung der vorhandenen Arbeitszeit soll durch die Umverteilung der vorhandenen Gewinne finanziert werden. Wir kämpfen für den partiellen Ausgleich von

verteilungspolitischen Fehlentwicklungen der Vergangenheit auch mit tarifpolitischen Mitteln. Wir kämpfen für die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit für die Arbeitnehmer und gesellschaftlicher Solidarität mit den Arbeitslosen. Das werden wir der Spaltungspolitik von Gesamtmetall entgegenhalten.

Gesamtmetall behauptet, mehr Binnennachfrage werde nur durch Lohnerhöhungen und nicht durch Arbeitszeitverkürzung geschaffen. Das ist ökonomisch unsinnig und unhaltbar.

Richtig ist vielmehr: Höhere Löhne und Gehälter schaffen Massenkaukraft und Inlandsnachfrage bei denen, die noch Arbeitsplätze haben. Das wird von den Metallarbeitgebern heute eingestanden, die sich plötzlich als Anhänger des gewerkschaftlichen Kaufkraftarguments hinstellen wollen.

Kürzere Arbeitszeit schafft Massenkaukraft und Inlandsnachfrage durch zusätzliche Arbeitsplätze und zusätzliches Einkommen. Das wird von den Metallarbeitgebern bestritten, die noch immer egoistische Gegner einer solidarischen Arbeitszeitpolitik sind. Gesamtmetall beabsichtigt, unsere künftigen Lohnforderungen gegen die vorhandenen Arbeitszeitforderungen auszuspielen. Die Metallindustriellen wollen den Beschäftigten nur deswegen ein bescheidenes Zubrot andienen, damit die Arbeitslosen vollends leer ausgehen. Das ist politisch unzumutbar und moralisch verwerflich.

Daraus ergeben sich zwei Schwerpunkte für unsere Agitation gegen die Positionen der Arbeitgeber und für unsere Argumentation mit anderen gesellschaftlichen Gruppen. Wir werden die gesellschaftliche Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Einkommensverteilung anprangern.

Wo bleibt die Legitimation der konservativen Marktapostel und der reaktionären Umverteilungspäpste in einer Situation

- in der nach vier Jahren Wendepolitik die bereinigte Gewinnquote den höchsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht hat;
- in der in vier Jahren Konjunkturaufschwung gleichzeitig die amtliche Arbeitslosenzahl auf dem höchsten historischen Niveau in dieser Republik geblieben ist?

Arbeitszeit verkürzen heißt Arbeitsplätze schaffen



Wie kann es ein Metallarbeitgeber noch fertigbringen, einem Arbeitslosen in die Augen zu sehen und vor der Öffentlichkeit seine Verbandsposition zu vertreten,

- nachdem die Metallunternehmen in den letzten vier Jahren ihre Bruttogewinne mehr als verdoppelt haben und im vergangenen Jahr die höchste Gewinnsumme ihrer Nachkriegsgeschichte in die Scheuer gefahren haben;
- nachdem Gesamtmetall trotzdem in diesem Jahr abermals die generelle Wochenarbeitszeitverkürzung verhindern und damit den überfälligen Beitrag zur Eindämmung der Beschäftigungskrise verweigern will?

Wir werden die gesellschaftliche Solidarität mit den Arbeitslosen einfordern. Die Umverteilungskomponente, die wir fordern, ist nicht für den eigenen Geldbeutel gedacht. Die 35-Stunden-Woche, für die wir kämpfen, ist die soziale Komponente unserer solidarischen Tarifpolitik.

Wir haben ein doppeltes Ziel, nämlich

- Gerechtigkeit für die Arbeitnehmer
- und Solidarität mit den Arbeitslosen.

Dafür müssen wir auf doppelte Weise jetzt rüsten, nämlich

- mit dem Beweis der gewerkschaftlichen Konfliktfähigkeit und Bereitschaft als dem einzigen Mittel zur Schaffung von unternehmerischer Kompromißfähigkeit;
- mit der Vorbereitung auf den Arbeitskampf als den besten Weg zur Vermeidung des Arbeitskampfes.

Wir haben die Diskussion über unser Mobilisierungskonzept auf einen gemeinsamen Nenner gebracht:

Mit dem Ende unseres Dortmunder Tags der 35-Stunden-Woche wird das Signal gegeben

- für die Beschleunigung der regionalen Verhandlungen
- für die Begleitung der regionalen Verhandlungen
- durch demonstrative Aktionen vor Ort und in der Region.

Von Stund an muß der alte gewerkschaftliche Satz mit neuem Leben erfüllt werden, daß Verhandlungstage immer auch zugleich Aktionstage sind. Dem Ende der tariflichen Friedenspflicht bei der vorhandenen Arbeitszeit muß der Auftakt folgen für eine Welle von Warnstreiks für die Verkürzung der Arbeitszeit. Jeder von uns weiß, daß die finanziellen Opfer eines gewerkschaftlichen Warnstreiks in der Gegenwart ungleich geringer sein werden als die persönlichen und politischen Belastungen, die den Mitgliedern und der Organisation im Falle eines Arbeitskampfes in der Zukunft abverlangt werden. Das muß als Mobilisierungshilfe überall wirken.

Keiner von uns kann umgekehrt garantieren, daß die Inkaufnahme der Opfer aus der Beteiligung an den gewerkschaftlichen Warnstreiks einen Ersatz bilden könnte für die unkalkulierbaren Opfer im Falle eines Arbeitskampfes. Das darf nicht zur Mobilisierungsbremse werden.

Warnstreiks hatten und haben stets eine zweifache Funktion:

- sie dienen der Ausübung unmittelbaren Drucks auf den einzelnen Arbeitgeber unterhalb der Schwelle des tariflichen Großkonflikts. Damit sollen sie die Chance einer Lösung auf dem Verhandlungswege schaffen
- sie sind zugleich die Demonstration der gewerkschaftlichen Kampffähigkeit nach außen und der Test auf die gewerkschaftliche Kampffähigkeit nach innen.

Beide Ziele sind nur erreichbar, wenn die Beteiligung an den gewerkschaftlichen Warnstreiks von Anfang an auf breiter Basis steht und wenn die Anlage der gewerkschaftlichen Aktionen Steigerungsmöglichkeiten für den weiteren Verlauf der Tarifbewegung offenhält. Beide Ziele machen es für jeden von uns, für alle haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre, zur solidarischen Pflicht dafür zu sorgen,

- daß von Anfang an kein Bezirk und keine Verwaltungsstelle abseits steht;
- daß von Anfang die Lasten des kollektiven Engagements für die gemeinsame Sache auf möglichst viele Schultern verteilt werden und möglichst viele Betriebe sowie möglichst viele Arbeitnehmer einbezogen werden.

Zu diesem Mobilisierungskonzept, das zugegebenermaßen nicht bequem ist, gibt es nur eine theoretische Alternative. Das wäre die kampflose Kapitulation im Vorfeld mit allen ihren katastrophalen Folgen im nachhinein. Zu dieser Mobilisierungsstrategie gibt es keine praktische Alternative für unsere IG Metall, die vor den Herausforderungen der Gegner noch niemals die Segel gestrichen hat und das auch unter den erschwerten Bedingungen von heute dazu niemals bereit sein wird.

Wir haben die Diskussion über die denkbare Anlage eines aufgezwungenen Arbeitskampfes begonnen und wollen sie auch weiterführen. An zwei bitteren Wahrheiten aber führt schon heute kein Weg mehr vorbei:

Erstens: Die Anlage eines Arbeitskampfes kann nicht mit Blick auf eine Flucht vor der kalten Aussperrung geplant werden. Sie muß mit Blick auf die Durchsetzung des Streikziels konzipiert werden. Das entscheidende Kriterium für die Auswahl eines Kampfgebietes kann nicht die Minimierung des politischen Drucks auf die Organi-

sation sein. Der entscheidende Maßstab muß die Maximierung des ökonomischen Drucks auf die Arbeitgeber sein.

Zweitens: Kein Arbeitskampfkonzzept kann die Eskalation der finanziellen Lasten für die Organisation durch das Willkürmittel der heißen Aussperrung und die Eskalation der politischen Lasten für die Organisierten durch den Mißbrauch der kalten Aussperrung umgehen oder gar ausschließen.

Das Kartell von Kapital und Kabinett hat mit dem Paragraphen 116 AFG ganze Arbeit geleistet. Gesetzgeber und Rechtsbrecher haben kein Schlupfloch offengelassen. Wir müssen uns darauf einstellen, daß im Falle eines Arbeitskampfes Hunderttausende von Arbeitnehmern außerhalb des Kampfgebietes ohne Geld dastehen

- weil die IG Metall nicht zahlen kann,
- weil die Arbeitgeber nicht zahlen wollen,
- weil die Arbeitsämter nicht zahlen werden.

Hier sind soziale Konflikte denkbar, von deren Radikalität heute noch keiner träumt. Sie könnten das Ende der Tarifautonomie und des Streikrechts einläuten. Dann wären alle Gewerkschaften die Verlierer. Sie könnten aber auch das Ende des sozialen Kompromisses auf Dauer bedeuten. Dann wären auch die unter den Verlierern, die sich heute noch als die sicheren Sieger fühlen.

Wir müssen jetzt von Stund an dafür sorgen, daß wir im Falle eines Arbeitskampfes trotzdem nicht hilflos und trotzdem nicht wehrlos ausgeliefert sind. Deswegen können wir uns nicht auf die juristische Gegenwehr gegen den neuen Schandparagraphen beschränken. Sie ist mit der Verfassungsbeschwerde der IG Metall eingeleitet worden. Die richtet sich gleichermaßen gegen den Anschlag auf die individuellen Eigentumsrechte der Arbeitnehmer und gegen den Angriff auf die kollektiven Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften.

Die Verweigerung des Kurzarbeitergeldes für die Opfer der kalten Aussperrung ist mit der gegenwärtigen Verfassung unvereinbar. Deswegen dürfen wir uns nicht auf die Vorbereitung der betriebsverfassungsrechtlichen Gegenwehr allein zurückziehen. Sie ist mit der gewerkschaftlichen Unterstützung der betrieblichen Checklisten in Angriff genommen worden. Das hat nichts mit einem Ausspähen und einem Ausspionieren von Betriebsgeheimnissen zu tun, von denen Gesamtmetall redet. Das hat um so mehr mit der Wahrnehmung betrieblicher Informationsrechte zu tun, die der Gesetzgeber eingeräumt hat. Das hat nichts mit einer Verletzung betriebsverfassungsrechtlicher Friedenspflichten zu schaffen, von denen Gesamtmetall phantasiert. Das hat nur mit der Wahrnehmung gesetzlicher Vorsorgepflichten der Arbeitgeber zu tun, auf deren Einhaltung die Betriebsräte drängen und gegen deren Verletzung die Betriebsräte Position beziehen müssen. Das kann kein Allheilmittel sein, welches den Rechtsbruch der Rechtsregierung ungeschehen macht. Das muß aber der Notnagel werden, der die schlimmsten Auswüchse des unternehmerischen Mißbrauchs der kalten Aussperrung eingrenzt und ausschaltet.

Deswegen müssen wir die Kraft finden zur betriebspolitischen und zur gesellschaftspolitischen Gegenwehr: Das muß jetzt geschehen durch die Vorbereitung einer umfassenden Aktion zur Ächtung der Aussperrung in allen ihren Formen. Das soll im Ernstfalle mithelfen, unter den Opfern der kalten Aussperrung

- die Zahl der passiv Leidenden zu verringern,
- die Zahl der aktiv Handelnden zu vergrößern.

Der Angriff der Arbeitgeber auf die Existenz der Organisation

- wird nicht mit Geld abzuwenden sein,
- wird nur mit Überzeugungsarbeit und Mobilisierungsarbeit abzuwenden sein.

Ich nenne dazu die organisatorischen Ansatzpunkte: Das ist zum einen die Mobilisierung unserer betrieblichen und örtlichen Aktionsausschüsse. Sie müssen das Bewußtsein für die prinzipielle Unabdingbarkeit und für die praktische Möglichkeit der offenen und offensiven Auseinandersetzung mit der kalten Aussperrung vertiefen und verbreiten. Sie müssen die Infrastruktur für den politischen Widerstand gegen die kalte Aussperrung erst schaffen, die

nicht im Betrieb liegen kann, sondern am Ort zu erstellen ist. Sie können zugleich die Keimzelle und der Kristallisationskern des Bürgerprotests gegen die Aussperrung schlechthin werden.

Das ist zum anderen die Gründung von örtlichen und regionalen Solidaritätskomitees. Sie sollen das Bewußtsein von der fundamentalen Bedrohung einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung und damit einer demokratischen Gesellschaft durch die Aussperrung und durch die Anwendung des Paragraphen 116 AFG über unsere eigenen Reihen hinaus schärfen. Sie können zugleich konkrete Solidarität mit den kalt Ausgesperrten vorbereiten.

Ich nenne aber auch inhaltliche Ansatzpunkte: Das ist zum einen die Personalisierung des Konflikts um die kalte Aussperrung. Es sind nicht anonyme Kräfte, die den Angriff auf die materielle Existenz von Menschen durch die kalte Aussperrung vorbereiten. Es sind die konkreten Arbeitgeber, die jetzt bereit sind, das Mitglied der IG Metall als Instrument gegen seine eigene Organisation zu mißbrauchen.

Das ist zum anderen die Politisierung des Konflikts um die Aussperrung als Ganzes. Die Arbeitgeber müssen spüren, daß sie es – anders als früher – auch nötigenfalls mit einer unkalkulierbaren IG Metall zu tun bekommen, wenn sie unter den neuen Bedingungen ihre alte Tabupolitik fortsetzen und einen Arbeitskampf provozieren wollen. Die Gesellschaft muß erkennen, daß ein solcher Arbeitskampf nicht innerhalb, sondern außerhalb des Kampfgebietes entschieden zu werden droht, daß damit aber auch politische Unwägbarkeiten von einer nie gekannten Dimension verbunden sein werden.

Die Transparenz dieser Risiken mag die Einsicht der Arbeitgeber fördern und die Unterstützung durch die Öffentlichkeit wecken. Sie kann unseren internen Zusammenhalt, unser entschlossenes Engagement, unsere geschlossene Aktion jedoch auf keinen Fall ersetzen.

Hier und heute wollen wir uns gegenseitig versprechen, daß wir uns aufeinander verlassen können

- alle Funktionäre der IG Metall,
- alle Gewerkschaften im DGB.

Hier und heute wollen wir den Brückenschlag beginnen zur umfassenden Solidarität

- zur Solidarität im Ziel
- zur Solidarität im Weg und auch
- zur Solidarität im Kampf.

Wir waren gestern nicht allein, und wir werden morgen nicht allein sein im Ringen

- um Reform statt Restauration
 - um Solidarität statt Spaltung
 - um Arbeitszeitverkürzung für alle statt Arbeitslosigkeit für viele.
- Aber: Es wird sich in dieser Republik nichts bewegen, wenn wir nicht selbst anfangen, uns zu bewegen.

Klaus Zwickel: Mobilisieren für die 35

I.

Alle Ortsverwaltungsmitglieder und Ausschußvorsitzenden, betrieblichen und hauptamtlichen Funktionäre in so großer Zahl zu einer solchen Konferenz einzuladen, macht deutlich, vor welchen wichtigen Aufgaben wir stehen. Diese Aufgabe lauten: Sozialen Fortschritt durchzusetzen und gesellschaftlichen Rücktritt in der Arbeitszeitfrage zu verhindern:

- Die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich muß verwirklicht werden.
- Die unternehmerischen Angriffe auf den freien Samstag und den 8-Stunden-Tag müssen abgewehrt werden!

Auf der Tagungsordnung steht aber auch der Erhalt unserer Kampffähigkeit unter veränderten Bedingungen: Unseren Kampf gegen Aussperrung in jeder Form gilt es fortzusetzen und zu verstärken. Unser Ziel ist unverändert: Verbot der Aussperrung! Rücknahme des geänderten § 116 AFG!

Die politischen Mehrheiten wurden bei der Bundestagswahl nicht so verändert, daß wir diese Ziele auf der politischen Ebene kurzfristig erreichen. Dies kann nicht bedeuten, bis dahin abzuwarten. Dies muß bedeuten, daß wir jetzt Kampf- und Konfliktfähigkeit entwickeln, wenn wir die Verweigerungshaltung der Arbeitgeber in der Arbeitszeitfrage überwinden wollen. Bei all dem geht es nicht nur um eine Entscheidung in dieser Tarifaufseinerseitzung des Jahres 1987. Auch welche tarifliche und gewerkschaftliche Gestaltungsmacht wir in den nächsten Jahren an den Tag legen können, steht auf dem Spiel.

Die Konservativen wollen die Gewerkschaften an die Kette legen. Würden wir aufgeben, wäre die Änderung des § 116 AFG nicht der einzige, sondern nur der erste Schritt gewerkschaftliche Handlungsfreiheit einzuschränken und aktive Interessenpolitik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verhindern. Dann beginnt nicht nur die Frage der Arbeitszeit, sondern auch bei allen anderen tariflichen Gestaltungsfragen Stillstand und Rückschritt.

Von Dortmund muß ein Signal ausgehen:

Wir lassen uns nicht in Ketten legen! Wir kämpfen für Gewerkschaftsfreiheit und gesellschaftliche Reformpolitik! Und: Wir mobilisieren für die 35!

II.

Unsere Ziele sind unverändert richtig: Mehr Arbeitsplätze, mehr Menschlichkeit, mehr Freiheit durch die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dies ist gleichzeitig unsere Antwort gegen die Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe.

Arbeitslosigkeit teilt die Gewerkschaft. Arbeitslosigkeit schwächt alle abhängig Beschäftigten und stärkt die Kapitaleseite. Jede andere Beschreibung vernebelt den Grundwiderspruch dieser Gesellschaft. Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Einschränkung demokratischer Rechte, damit sind die an uns gestellten Herausforderungen und die Bedingungen, unter denen wir unsere Forderung durchsetzen müssen, umschrieben. Jammern oder gar anpassen hilft uns nicht: Wir müssen die eigene Kraft organisieren, über verbale Kraftakte hinaus, um die Hauptaufseinerseitzung in das Zentrum der Erwerbsarbeit, in den Betrieb zu führen.

Es gibt keine Zauberformel, den Gefahren des § 116 zu entkommen. Die geltende Fassung war Gegenstand bei der Anlage dieser Tarifbewegung im vergangenen Jahr. Alle Möglichkeiten wurden sowohl unter gewerkschaftspolitischen als auch unter juristischen Gesichtspunkten geprüft und diskutiert. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen: Wir hatten in der Arbeitszeitfrage mit keinem anderen Forderungskonzept der Verweigerung von Kurzarbeitergeld im Falle der kalten Aussperrung entgegen können.

Heute wie damals gilt: Geringe Unterschiede in den Forderungen, totale unterschiedliche Forderungen in den verschiedenen Tarifgebieten, zeitlich versetzte Kündigung, Kündigung und Forderung nur in einigen Tarifgebieten – das alles hätte keine juristische Sicherheit für die Zahlung von Kurzarbeitergeld gebracht. Es hätte gleichzeitig für die Mobilisierung ungeheure zusätzliche Risiken zur Folge gehabt. Oder wer kann sich in einer auf Solidarität, Identifizierung mit Forderungen und Zielen aufgebauten Gewerkschaft vorstellen, in einem Tarifgebiet die 35-Stunden-Woche zu fordern, in dem anderen Vorruhestand und im dritten nur Lohn- und Gehaltserhöhungen, aber gleichzeitig hinter der vorgehaltenen Hand sagen: Wir wollen überall die 35, und dafür wird gekämpft.

Damals wie heute gilt die Erkenntnis: Nicht im Forderungskonzept, sondern in einem bundesweit organisierten Durchsetzungs- und Widerstandskonzept müssen wir auf den neuen § 116 AFG reagieren. Wir wissen, nicht die Art der Forderung, sondern nur der Weg der Durchsetzung gibt uns angesichts der veränderten Kampfbedin-

dingungen eine Chance. Somit stehen wir heute nur da, wo wir schon seit Aufstellung der Forderungen mit rechnen mußten. Und somit heißt unsere Aufgabe: Jetzt gilt es, alle Kräfte für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche anzuspinnen. Wir waren und sind entschlossen, für die 35-Stunden-Woche zu kämpfen. Weil wir wissen, daß dieser Schritt richtig und notwendig ist. Weil Verlauf und Ergebnis die Richtung bestimmen, welche Rolle die Gewerkschaften in Zukunft in der Bundesrepublik spielen werden.

III.

Das Verhalten der Metallarbeitgeber kommt für uns nicht überraschend. Seit Monaten sagen Gesamtmetall-Präsident Stumpfe und Hauptgeschäftsführer Kirchner in der Öffentlichkeit: Keine weitere allgemeine Arbeitszeitverkürzung. Ihre Worte in der Öffentlichkeit klangen bis vor kurzem etwas moderater als 1983/84. In der Sache und am Verhandlungstisch ist die Ablehnung der Arbeitgeber unseren Forderungen gegenüber unverändert eindeutig. In allen regionalen Verhandlungen sagen sie „Nein“ zu genereller Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich.

Unserem Wunsch, die Arbeitszeit für alle zu regeln, stellen die Arbeitgeber Vorstellungen von der Ausweitung der Differenzierung, also noch mehr unterschiedliche Arbeitszeit entgegen. Unserem Willen, den freien Samstag zu sichern, begegnen sie mit den Vorstellungen, den Samstag überall dort und dann als Regelarbeitszeit einzuführen, wenn es ihren Auftrags- und Produktionsinteressen entspricht. Unser Ziel, den 8-Stunden-Tag als Regelarbeitszeit zu verteidigen, beantworten sie mit Schichtmodellen für 9- und 10-Stunden-Schichten. Unseren Forderungen nach zusätzlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen von bis zu 5 Prozent stellen die Unternehmer einen sogenannten Verteilungsspielraum von 2 Prozent gegenüber, wohlgerne für Arbeitszeitverkürzung und Einkommensverbesserungen!

Wenn nunmehr, nach Bekanntwerden unserer Forderungsempfehlung für Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen, verantwortliche Leute von Gesamtmetall davon reden, was die IG Metall wolle, könne sie nur mit Streik erreichen, dann wird damit die ganze Arroganz der Macht offenkundig. Die Kirchner-Fraktion hatte Gesamtmetall 1983/84 auf das Tabu – keine Minute unter 40 – einbetoniert. Der Streik wurde ausausweichlich, oder wir hätten kapitulieren müssen. Materiell hatte das Ergebnis dieses Kampfes unsere Erwartungen und den wegen der Massenarbeitslosigkeit notwendigen Umfang an Arbeitszeitverkürzung nicht erfüllt. Politisch aber war die Auseinandersetzung für Gesamtmetall eine Niederlage.

Es scheint, dieselbe Betonfraktion bei Gesamtmetall tut wieder alles, um eine Kompromißlösung am Verhandlungstisch von vornherein auszuschließen. Solche Leute demonstrieren eiskalte Interessenpolitik. Gefährlich daran ist, daß sie kein Maß haben. Sie nutzen jede Chance, um ihre Macht zu festigen, und ihre Maßlosigkeit kennt keine Grenzen.

Moralische Appelle nutzen nichts.

Die Konsequenz für uns lautet nach wie vor: Tarifrägen sind Machtfragen.

Tariffbewegungen sind daher immer auch politische Bewegungen, die über den Tag hinaus Perspektive und Orientierung für die Arbeitnehmer anzeigen. Dies draußen zu vermitteln, darum geht es ab heute.

IV.

Vor zwei Monaten haben die Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung begonnen. Seit Mitte Dezember sind bislang fast 40 regionale Verhandlungstermine ins Land gegangen. Außer langatmigen volkswirtschaftlichen Vorlesungen ist bisher nichts passiert. Über angeblichen und zusätzlich eintretenden Mangel an Facharbeitern bei der 35-Stunden-Woche reden sie. Sie werden nicht müde, gleichzeitig zu wiederholen, Arbeitszeitverkürzung schaffe keine Arbeitsplätze. Über die angeblichen Schwierigkeiten qualifizierter Berufsausbildung bei kürzerer Ausbildungszeit wollen sie sprechen – obwohl sie jeder Form von Arbeitszeitverkürzung eine eindeutige Absage erteilen.

Wir stellen fest: Die Zeit der Vorlesungen und der unnützen Reden ist vorbei. Wir fordern die Metallarbeitgeber in allen regionalen Verhandlungen auf, endlich konkrete Angebote zu unseren Forderungen nach der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und nach sozialer Arbeitszeitverkürzung zu machen. Sie müssen klar Farbe bekennen: Entweder sind sie zu wirklichen Verhandlungen und Kompromissen bereit, oder sie machen deutlich, daß sie wie 1984 bei ihrer Verweigerungshaltung bleiben. Klar ist dann, sie haben kein Interesse an der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Sie haben nur Interesse, ihre Gewinne zu steigern und die Gesellschaft reaktionär umzugestalten, und dafür ist ihnen die Massenarbeitslosigkeit eine wichtige strategische Größe. Die einzigen, die ihnen noch hinderlich im Wege stehen, sind die Gewerkschaften.

Diese Republik soll vollends zum Unternehmerstaat umgestellt werden. Auch um diese Fragen geht es in der anstehenden Auseinandersetzung. Unsere erste Konsequenz kann jetzt nur lauten: in allen Bezirken und Tarifgebieten das Tempo der Verhandlungen zu forcieren. Darauf haben wir uns im Vorstand, darauf haben wir uns mit allen Bezirksleitern verständigt. Als einen Grund für ihre Verzögerungshaltung haben die Arbeitgeber bislang immer angeführt: Das absehbare Volumen der Gesamtbelastung aus unseren Arbeitszeitforderungen und den Lohn- und Gehaltsforderungen sei nicht bekannt.

Auch dieses Scheinargument ist jetzt endgültig hinfällig, auch wenn noch nicht in allen Tarifgebieten die konkreten Forderungen aufgestellt sind: Klar ist, daß sie sich im Volumen von bis zu 5 Prozent bewegen werden. Damit liegen die Gesamtbelastungen auf dem Tisch. Damit haben die Arbeitgeber die von ihnen gewollte Klarheit.

In Wahrheit geht es den Arbeitgebern aber nicht um Klarheit als Voraussetzung für ihre Angebote. Es geht ihnen auch darum, die Verhandlungen zu verzögern. Weil sie wissen, daß der Zeitraum, der uns für die Lösung dieses Tarifkonflikts zur Verfügung steht, nicht unbegrenzt ist! Gerade deswegen müssen wir diese Hinhaltenaktik durchkreuzen. Wir wollen jetzt konkrete Angebote sehen! Die Zeit der Vorlesungen ist vorbei!

V.

Unsere weitere Aufgabe heißt: Metallerinnen und Metaller machen Druck, weil sich von selbst am Verhandlungstisch nichts bewegt! Die Entschiedenheit am Verhandlungstisch muß auf die Entschlossenheit der Mitgliedschaft bauen. Die Kompromißfähigkeit der Metallarbeitgeber am Verhandlungstisch setzt die Konfliktfähigkeit der organisierten Metallarbeitnehmer in den Betrieben voraus. Deshalb müssen jetzt in allen Verwaltungsstellen Warnstreiks organisiert werden. Die Arbeitgeber müssen wissen: Die Unruhe findet in den Betrieben statt. Mit den Aktionen „Unternehmer auf dem Prüfstand“ haben wir diesen Weg begonnen, Betrieb für Betrieb die Auseinandersetzung zu führen. Den einzelnen Arbeitgeber, die Geschäftsleitung mit unseren Forderungen zu konfrontieren. Den Begleitschaften konkret unsere Forderungen anschaulich zu machen! Auf die positiven Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung, auf die Gewinn- und Beschäftigungslage, auf die Arbeitnehmerwünsche hinsichtlich der Arbeitszeitgestaltung gegen unternehmerische Flexibilisierungsvorstellungen Betrieb für Betrieb hinzuweisen.

Nicht im formalen Abfragen und Wiedergeben betrieblicher Daten liegt der Sinn der Aktion „Unternehmer auf dem Prüfstand“, sondern daß die damit verbundenen Erfahrungen zur Auseinandersetzung um gegenseitige Interessen im Betrieb deutlicher werden. Die Verweigerungshaltung der Arbeitgeber zwingt uns zu Warnstreiks, und das bedeutet: Wenn sich Anfang März nichts Entscheidendes geändert hat, dann starten spätestens in der zweiten Märzhälfte überall Warnstreiks. In allen Regionen, in allen Branchen, in den Betrieben der unterschiedlichsten Größenordnungen muß für die Arbeitgeber und für die Öffentlichkeit sichtbar werden: Metaller sind entschlossen zu kämpfen. Metaller stehen hinter den aufgestellten Forderungen.

Was wir am Verhandlungstisch fordern, wie wir am Verhandlungstisch argumentieren, das wird nur Eindruck machen, wenn sich in den Betrieben etwas bewegt. Bewegungen wir uns ab sofort. Warnstreiks bekommen aber auch ein zusätzliches Gewicht, weil wir andere Kampfbedingungen haben. Wir wissen: Wenn wir streiken

müssen, wird es schwerer sein. Denn ein Streik nach Urabstimmung ist nach dem geänderten § 116 AFG mit noch größeren Risiken behaftet. Darum müssen wir auch vor einer Urabstimmung mehr Druck an den Tag legen, mehr Einsatz und Opferbereitschaft verwirklichen, einen höheren Grad der Politisierung erreichen als je zuvor. Darum müssen Warnstreiks genutzt werden für die Information und um Widerstand gegen die Anwendung des § 116 AFG zu mobilisieren.

Warnstreiks müssen das Ergebnis politischer Einsicht in die geänderte Situation sein. Um in einem Bild zu sprechen: Diese Tarifbewegung gleicht einem sehr hohen Berg, den wir überwinden müssen. Aber keiner darf sich darauf verlassen, bequem in einer Seilbahn hochfahren zu können, die andere für ihn gebaut haben. Diesen Aufstieg schaffen wir entweder gemeinsam, oder keiner erreicht den Gipfel.

Unsere Devise bei Warnstreiks muß heißen: Nicht wenige viel, sondern alle müssen mehr machen. Und wir müssen uns bei den Warnstreikaktionen steigern können

- in der Dauer der Warnstreiks
- in der Zahl der Betriebe
- und in der Art der begleitenden Aktionen.

Warnstreiks von kurzer Dauer im Betrieb können am Anfang stehen. Warnstreiks mit Protestversammlung am Werksgelände oder vor dem Werkstor müssen die zweite Phase kennzeichnen. Regionale und branchenmäßige Warnstreiks mit Demonstrationen und Kundgebungen müssen folgen. Es muß über Wochen Bewegung sein in den Metallunternehmen dieser Republik. Dem Zufall kann man dies nicht überlassen. So was muß geplant und organisiert werden. Verantwortlich dafür sind die Verwaltungsstellen. Laßt nicht zu, daß Rechtsverdrehen und Rechtsvertreter aus dem Arbeitgeberlager unsere Kolleginnen und Kollegen verunsichern!

Es gilt eindeutig:

- Die Friedenspflicht aus den Arbeitszeitbestimmungen war am 28. Januar 1987 zu Ende.
- Warnstreiks sind unser gutes Recht! Warnstreiks mit Wiederholung sind zulässig!
- Das einzelne Mitglied kann wegen einer Teilnahme an einem gewerkschaftlichen Warnstreik vom Arbeitgeber nicht belangt und zur Rechenschaft gezogen werden! Natürlich dürfen wir uns nicht allein auf das juristische Gleis verlassen.

Auch hier gilt: Je mehr sich beteiligen, desto geringer ist das Risiko. Auch deshalb haben wir darauf hinzuwirken: Alle müssen mehr tun, damit nicht wenige viel tun müssen. Damit nicht nur wenige das Risiko tragen. Damit die Lasten gleich verteilt sind. Und weil die Chance bei bundesweiter Mobilisierung steigt, einen Kompromiß am Verhandlungstisch zu erreichen. Also, Kolleginnen und Kollegen, das zweite Signal von Dortmund heißt: Wir machen Druck in allen Betrieben.

VI.

Unsere Antwort heißt aber nicht nur organisieren, sondern auch politisieren. Wir haben es nicht geschafft, die Themen Massenarbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung und Gewerkschaftsfreiheit so in das Bewußtsein zu bringen, wie wir das wollten und wie es notwendig gewesen wäre. Es ist uns nicht ausreichend gelungen, der Unrechtspolitik dieser Regierung eine Gerechtigkeitskampagne, die Massen bewegt sowie Mehrheiten verändert hätte, entgegenzustellen. Unrecht zum Beispiel in der Steuerpolitik, die die Reichen begünstigt und die Ärmern leer ausgehen läßt. Unrecht zum Beispiel in der gesellschaftlichen Einkommensverteilung, wo der Gewinnanteil immer größer wird und der Lohnanteil insgesamt immer stärker schrumpft. Und schließlich Unrecht durch die Verweigerung von Kurzarbeitergeld im Falle der kalten Aussperrung!

Was aber offenkundig vor allem fortwirkt, ist der geänderte § 116 AFG. Er erzeugt Verunsicherung und auch Angst. Angst, die läh-

men kann. Auch deshalb, weil offensichtlich die schlimmsten Vorstellungen in den Köpfen sind. Als ob zwangsläufig eine fast generalstreikähnliche Situation bei kalter Aussperrung entstehen müßte. Daraus entsteht dann eine Abwehr- und Verdrängungshaltung. Und am Ende heißt es dann: Streiken können wir ohnehin nicht mehr.

Dem müssen wir entgegenhalten. Verunsicherung und Angst werden wir nicht dadurch überwinden, daß wir sie verdrängen, sondern dadurch, daß wir über sie reden. Daß wir diese Angst und ihre Ursachen zum Thema machen. Wir müssen danach fragen, haben wir andere Möglichkeiten, als kampflös aufzugeben oder vom Schrecken der kalten Aussperrung gelähmt zu sein? Ich bin überzeugt, daß wir diese Möglichkeiten haben!

Ganz klare Feststellungen gilt es aber in Erinnerung zu rufen:

1. Der Verweigerung von Kurzarbeitergeld im Falle der Aussperrung hätten wir durch ein anderes Forderungskonzept nicht entgegen können.
2. Wenn es zur kalten Aussperrung kommt, werden jene, die dieses Gesetz gemacht haben, es auch gegen uns anwenden.
3. Die IG Metall kann und wird an kalt Ausgesperrte keine Unterstützungsleistung zahlen.
4. Nach intensiven Diskussionen ist auch folgendes ganz klar. Wir können durch kein noch so kluges Streikkonzept im Ernstfall die kalte Aussperrung ausschließen. Natürlich werden wir alles daran setzen, falls es zum Streik kommt, durch das Streikkonzept die Wirkungen der kalten Aussperrung zu verringern und zu verzögern. Verhindern werden wir die kalte Aussperrung nicht können – wenn ein Streik wirksam sein soll.
5. Wir können nicht mit einem so raffiniert angelegten Streikkonzept einerseits wirtschaftlichen Druck auf die Unternehmer in einem Kampfbezirk ausüben und gleichzeitig finanziellen Druck von unseren Mitgliedern außerhalb des Streikgebietes nehmen. Die brutale Waffe der Aussperrung ist so umfassend, daß nicht wir, sondern die Unternehmer die Fernwirkungen eines Arbeitskampfes bestimmen.

So ist die Situation. Es ist wichtig, daß wir illusionslos und nüchtern in die Auseinandersetzung gehen. Theoretisch hätten wir in dieser Situation zwei Möglichkeiten: kampflös zu resignieren, die Hände in den Schoß zu legen, unsere Forderung nach der 35-Stunden-Woche in den Wind zu schreiben – das wäre die eine Möglichkeit. Ich brauche und will nicht die Folgen einer solchen Haltung darstellen. Wir Metaller müssen Gegenmacht bleiben, damit wir und der DGB nicht zu Ordnungskammern abgedrängt werden. Wir wollen Gestaltungsmacht in den Betrieben und in der Gesellschaft behalten! Worüber wir Klarheit schaffen müssen, ist nicht, ein anderes Streikkonzept schafft uns Bewegungsmöglichkeiten, sondern Entschlossenheit und Solidarität.

Unser Kampfkonzzept sieht so aus:

1. Vor einer möglichen Urabstimmung beweisen wir Konfliktfähigkeit in massenhaften Warnstreiks. Ziel ist, die Arbeitgeber kompromißfähig zu machen.
2. Auf einen möglichen Arbeitskampf mit heißer und kalter Aussperrung bereiten wir uns so gut wie irgend möglich vor, dazu ist notwendig,
3. die Frage der Aussperrung zu politisieren, die Aussperrung zu ächten. Es ist wichtig, daß wir diese schreiende Ungerechtigkeit erneut zum Volksthema machen.

Das ist das dritte Signal, das hier von Dortmund ausgehen muß: Der Beginn einer Bewegung zur Ächtung der Aussperrung in jeder Form.

In den Betrieben und in der ganzen Gesellschaft werden wir eine umfassende Gegenwehr gegen Aussperrung organisieren!

Natürlich treiben wir zunächst die juristische Klärung weiter, mit allen Mitteln. Vor dem Bundesverfassungsgericht liegt unsere Beschwerde gegen den geänderten § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes. Und wenn es zur kalten Aussperrung kommt, ziehen wir auch alle rechtlichen Register, um unsere Ansprüche durchzusetzen.

Auch die betriebsverfassungsrechtliche Seite ist berücksichtigt. Stichwort: Checklistenaktion im Zusammenhang mit dem § 72 la des Arbeitsförderungsgesetzes. Wenn wir dabei auch nicht viel in der Hand haben, muß auch das wenige genutzt werden. Anhand der vorhandenen oder bisher unterlassenen Informationen, z. B. über die Lagerhaltung im Betrieb, muß die Aussperrung personalisiert werden. D. h., jeder Unternehmer muß im Betrieb die Frage beantworten, was er tut, um die Lagerhaltung so zu gestalten, daß im Falle des Streiks anderer Belegschaften die Produktion weitergeführt werden kann. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, Vorsorge zu treffen. Sie sind verpflichtet, alle Möglichkeiten der Beschäftigung zu schaffen, bevor sie kalte Aussperrung praktizieren. Wir müssen weg von der Anonymität der Aussperrung. Der einzelne Unternehmer ist der Urheber. Ihm müssen wir die Maske vom Gesicht reißen.

Unsere Ächtungskampagne zielt daher zunächst auf die betriebliche Ebene. Wir müssen unsere Aktionsausschüsse, die wir jetzt für die Aktionen „Unternehmer auf dem Prüfstand“ gebildet haben, als Netz des Widerstandes und des Abwehrkampfes gegen kalte Aussperrung fortentwickeln. In den Betrieben und in allen Verwaltungsausschüssen. Die Aktionsausschüsse müssen jetzt die betriebliche Aktion und, wo es notwendig ist, auch die betriebliche Konfrontation in Sachen Aussperrung im Auge haben. Die Aktionsausschüsse auf örtlicher Ebene müssen dafür sorgen, daß die Organisation überall handlungsfähig bleibt, wenn die Unternehmer aussperren.

Wir sind es gewohnt, unsere Mitglieder im Betrieb anzusprechen. Nun müssen wir organisieren, daß wir sie auch an ihren Wohnorten erreichen. Denn wir wären sonst aufgeschmissen, wenn die ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen über Tage, über Wochen, nicht in den Betrieben zu erreichen sind. Wie fangen wir dann Diskussionen auf? Wie sprechen wir Mitglieder an? Wie bringen wir Informationen an die Mitglieder? Wie verhindern wir, daß sich möglicherweise Empörung und Zorn, von konservativen Medien geschürt, gegen die eigene Organisation richten? Wie erfahren die Mitglieder, wohin sie sich um Rat und Hilfe wenden können. Wie gewährleisten wir rasche und praktische Solidarität?

Dies alles muß jetzt vorbereitet werden! Dazu laßt uns die Aktionsausschüsse nutzen und weiterentwickeln. Sie sind die Träger der konkreten betrieblichen Auseinandersetzung um die Aussperrung und ihre Verhinderung. Aber sie sollen auch der Motor aller organisatorischen und politischen Vorbereitung für den Umgang mit den Ausgesperrten sein, wenn es dazu kommt. Sie sind kein unnützer bürokratischer Aufwand.

Die Aktionsausschüsse sollen auch nicht die Entscheidungskompetenzen von den Ortsverwaltungen und den Vertrauenskörperleitungen wegverlagern. Sie sind aber ein Instrument, mehr Aktive zu gewinnen, viele Einsatzbereite herauszufordern, allen Engagierten Möglichkeiten zu geben. Und mit den Aktionsausschüssen wollen wir auch eines deutlich machen: Die Industriegewerkschaft Metall steht vor einer ungeahnten Herausforderung. Sie macht es auch notwendig, daß wir uns neue Instrumente, zusätzliche Strukturen für unseren Abwehrkampf schaffen.

Auch in der Gesellschaft müssen wir eine breite Widerstands- und Abwehrmauer gegen Aussperrung errichten. Wir bitten euch, überall daran mitzuwirken, daß vor Ort „Solidaritätskomitees gegen Aussperrung“ entstehen. Komitees zur gesellschaftlichen Ächtung des Unrechts der Aussperrung. Allen sozial und demokratisch denkenden Menschen muß dieses Unrecht zu Bewußtsein kommen. Diese Komitees können auch praktische Solidarität mit den Ausgesperrten vorbereiten.

Wir fordern alle gesellschaftlichen Gruppen, denen soziale Zukunftsperspektive, gewerkschaftliche Handlungsfreiheit und ein halbwegs ausgewogenes Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit in dieser Gesellschaft am Herzen liegt, dazu auf, sich in diesen Solidaritätskomitees zu beteiligen. Damit der geänderte AFG 116 nie eingesetzt wird. Damit die politischen Instanzen den Druck spüren. Und damit wir eine breite Solidaritätsbewegung haben, wenn Kolleginnen und Kollegen kalt ausgesperrt sind.

Das ist unser Kampfkonzept unter den Bedingungen des geänderten § 116 AFG. Das ist auch unser Abwehrkonzept gegen die reaktionäre Umgestaltung der Gesellschaft, gegen die Einschränkung gewerkschaftlicher Handlungsfreiheit. Aktionsausschüsse und Solidaritätskomitees sind das Mittel, um diese Auseinandersetzung in den Betrieben und in der Öffentlichkeit in einem noch nicht dagewesenen Ausmaß zu politisieren. Die Keule der Aussperrung muß zum Bumerang für seine Urheber werden. Gelingt uns dies, so können wir auch bestehen.

VII.

Eine Erfolgsgarantie gibt es auf diesem Wege nicht. Aber eine Chance, die wir nutzen müssen. Dazu ist auch Solidarität im Rahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes unerlässlich.

Unser Kampf für die 35-Stunden-Woche betrifft nicht nur die Industriegewerkschaft Metall. Was wir in dieser Auseinandersetzung durchsetzen, aber auch, was wir gegebenenfalls nicht verhindern können, das bestimmt die Arbeitszeitpolitik und den Gestaltungsumfang für alle Gewerkschaften, für alle Bereiche der Wirtschaft. Wir entscheiden mit dieser Auseinandersetzung über die Arbeitszeitpolitik in der Bundesrepublik für die nächsten Jahre! Darum ist eine gemeinsame Haltung aller Gewerkschaften in dieser Frage, wie vom DGB-Bundeskongreß im Mai 1986 beschlossen, nicht nur eine Frage der Solidarität, sondern auch eine Frage des wohlverstandenen eigenen Interesses.

Aber nicht nur für die Arbeitszeitfrage, sondern auch für die Gestaltung der Durchsetzung und Kampfbedingungen gilt dies. Denn hier mag sich der geänderte § 116 AFG direkt zunächst nur für die IG Metall auswirken. Indirekt bestimmt er die Handlungsmöglichkeiten aller Gewerkschaften.

Der DGB-Bundesvorstand hat auf seiner Klausurtagung in dieser Woche eine erste Antwort gegeben: Solidarität '87 ist die Aktion, die der deutsche Gewerkschaftsbund starten wird. In die Solidaritätskomitees gegen Aussperrung müssen zuallererst die anderen Einzelgewerkschaften und der DGB vor Ort einbezogen sein.

Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche und die Erhaltung gewerkschaftlicher Kampffähigkeit müssen als Ziele aller Einzelgewerkschaften und des gesamten Deutschen Gewerkschaftsbundes deutlich werden. Wir werden allen klarmachen: Es geht um mehr als nur 3 1/2 Stunden weniger! Es geht darum, durchsetzungsfähige, kampffähige Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhalten.

Für beide Ziele, für kürzere Arbeitszeit und mehr Arbeitsplätze sowie für eine starke Interessenvertretung und freie Gewerkschaften lohnt der ganze Einsatz! Auch nach der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 gilt: Wir dürfen der politischen und sozialen Reaktion nicht das Feld überlassen! Wir dürfen den Marsch in eine andere Republik nicht hinnehmen.

Versuchen wir von hier aus, in allen Verwaltungsstellen und in den Betrieben initiativ zu werden, damit klar wird:

1. Metallerinnen und Metaller haben erkannt, worum es geht. Wir sind bereit zu kämpfen – ohne Illusion, aber auch ohne Resignation.
2. Die Zeit der Vorlesungen ist vorbei. Die Metallarbeitgeber müssen jetzt Angebote machen, müssen jetzt ihre Bereitschaft zu vernünftigen Lösungen zu erkennen geben, wenn sie in der Tat anstelle von Verweigerungsstrategie Verhandlungsbereitschaft setzen wollen!
3. Metallerinnen und Metaller machen Druck, in den Betrieben und in der Öffentlichkeit. Durch Warnstreiks. Durch Mobilisierung in den Betrieben.
4. Wir starten eine Kampagne, die Aussperrung in jeder Form zu ächten und die Solidarität mit Ausgesperrten schafft. In den Betrieben und in der Gesellschaft. Dazu nutzen wir die Aktionskomitees auf betrieblicher und örtlicher Ebene als Netz des Widerstandes gegen die Anwendung der Aussperrung. Dazu gründen wir Solidaritätskomitees in allen Regionen und an allen Orten, um politisch Druck zu machen gegen die Aussperrung und Solidarität mit den Ausgesperrten für den Ernstfall vorzubereiten!
5. Der gesamte Deutsche Gewerkschaftsbund ist gefordert. So-

wohl im Blick auf die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche als auch im Blick auf den Erhalt der Handlungsfähigkeit sind alle Einzelgewerkschaften betroffen. Daher ist eine gemeinsame Aktion des gesamten Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Gegenwehr notwendig. Wir praktizieren Solidarität, das ist die Parole.

Wir stehen vor einer großen Bewährungsprobe, in der es gilt, Menschen zu überzeugen, Massen zu mobilisieren und unterschiedliche Formen des Kampfes zu wählen. Die Dynamik eines solchen Prozesses ist offen. Sicher ist, daß das Ergebnis von der Vorbereitung des Kampfes und der Kampferfahrung zugleich entscheidend abhängt.

Jeder entscheidet über seine Zukunft und die der nächsten Generation mit. Wir sind verantwortlich für das, was wir tun, aber auch für das, was wir nicht tun. Alle sind verantwortlich, ob wir auf der Stelle treten oder vorwärts gehen. Es wird sich zeigen, daß die Vorstellung von einer humaneren Welt, einem Leben ohne Existenzangst und mehr Zeit für uns und andere keine Utopie bleibt.

Mobilisieren wir für die 35!

Auszüge aus Reden auf der Dortmunder Kundgebung

Karl-Heinz Janzen:

... In unseren Verwaltungsstellen und in den Betrieben sind zum Teil die Aktivitäten bisher nur zögerlich angelaufen ... Um so wichtiger ist es, daß wir mit unserem „Tag der 35-Stunden-Woche“ eine wichtige, eine schubkräftige Stufe der Rakete zünden. Unsere Devise muß ab heute lauten: Mit voller Kraft voraus – auf die 35-Stunden-Woche. Höchstes Engagement in unserer Überzeugungsarbeit nach innen wie nach außen und Konzentration der Kräfte, rege Phantasie wie auch Realitätssinn, und zwar von allen ...

Wir lassen uns nicht in die Defensive drängen von jenen, die ständig über

- marktwirtschaftliche Erneuerungen,
- Individualität und Leistung,
- geistige Wende und Dynamik reden.

Wir müssen hinein in eine gesellschaftspolitische Offensive. Wir müssen die Begriffe

- Mitbestimmung,
- sozialverantwortliche Planung und Kontrolle von Wirtschaft und Umwelt,
- kollektiver Schutz und Solidarität

zeitgemäß und zukunftsorientiert mit Inhalten erfüllen.

Franz Steinkühler:

Im Februar 1947 – vor vierzig Jahren – wurde das Ahlener Programm der CDU verabschiedet. Es hatte die Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien und die Demokratisierung der Großwirtschaft zum Eckpfeiler einer schrittweisen Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft erklärt. Dieses Erbe wird heute von solchen Christdemokraten verraten, welche

- die Privatisierung von Bundesunternehmen betreiben
- und der Abschaffung der Montanmitbestimmung tatenlos zusehen.

Dagegen kämpfen IG Metall und DGB gemeinsam.

Im Februar 1957 – vor dreißig Jahren – ist der Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein beendet worden. Mit dem längsten Ar-

beitskampf in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik ist damals die gesetzliche Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle erzwungen worden. Daran wollen konservative Politiker und autoritäre Arbeitgeber heute wieder rütteln,

- mit ihren Programmen der Demontage des Sozialstaates,
- mit der Politik des sozialen Kahlschlages
- und mit der Neueinführung von Karenztagen.

Im Jahre 1967 – vor zwanzig Jahren – ist in der Metallverarbeitung die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und für alle Arbeitnehmer in Kraft getreten. Damit war eine neue Etappe der Wochenarbeitszeitverkürzung in der gesamten Bundesrepublik und in ganz Europa eröffnet worden. Diesen Triumph der gewerkschaftlichen Solidarität wollen die Arbeitgeber jetzt durch einen Siegeszug der gesellschaftlichen Spaltung zurückdrehen

- durch die Differenzierung der Arbeitszeit nach Arbeitnehmergruppen;
- durch die Flexibilisierung der Arbeitszeit nach Arbeitgeberinteressen und
- durch die Zementierung der Massenarbeitslosigkeit im Dienste des privaten Profits.

Dagegen wehren sich IG Metall und DGB gemeinsam.

Im Jahre 1977 – vor zehn Jahren – sind die Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung beschlossen worden. Sie sind bis zur Stunde von den Politikern nicht verwirklicht und von den Arbeitgebern nur verteuelt worden. Sie haben gerade heute an Aktualität nicht verloren, sondern nur gewonnen.

Wir fordern:

- qualitatives Wachstum,
- soziale Gestaltung des technischen Wandels;
- Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Für diese Ziele treten IG Metall und DGB geschlossen und entschlossen gemeinsam ein.

Im Februar 1987 – hier und heute – bekräftigen Tausende und aber Tausende von Metallern, über 15000 allein in dieser Halle, ihre Bereitschaft zum solidarischen Engagement für das große Ziel der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Sie muß in der Praxis durchgesetzt und umgesetzt werden, erst in der Metallindustrie und dann auch in der übrigen Wirtschaft. Dafür müssen und dafür werden die IG Metall und der DGB gemeinsam stehen

- Hand in Hand,
- Arm in Arm,
- Schulter an Schulter ...

Monika Wulf-Mathies:

Solidarität wird zur Floskel, wenn sie nicht praktiziert wird. Solidarität heißt Beistand, heißt praktische Hilfe, wenn jemand von uns in Bedrängnis kommt. Schon einmal, am 17. Mai 1984, habe ich hier in Dortmund den kämpfenden Metallern die Solidarität der ÖTV überbracht. Wie ihr wißt, ist das kein Lippenbekenntnis geblieben. Wir haben gehandelt, als ihr unter Druck wart, und gemeinsam sind wir dabei stärker geworden.

Was damals galt, gilt auch heute. Damals wie heute ging es um das gleiche Ziel: die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche. Damals wie heute ging es darum, den Arbeitgebern zu zeigen, daß die IG Metall nicht allein steht, wenn sie als Eisbrecher für alle neue Ziele angeht. Damals wie heute ging es darum, das Kampfmittel Aussperrung als Angriff auf Grundrechte der Arbeitnehmer zu ächten. Damals wie heute ging es darum, die Arbeitslosen in die Solidarität der gewerkschaftlichen Tarifpolitik einzuschließen ...

Es kommt alles darauf an, daß wir heute unsere Solidarität deutlich sichtbar zeigen, damit die Arbeitgeber sich nicht der falschen Hoff-

nung hingeben, die IG Metall stünde in der bevorstehenden Auseinandersetzung allein. Wir stehen gemeinsam

- für die Ächtung der Aussperrung,
- für die 35-Stunden-Woche,
- für starke Gewerkschaften.

Die IG Metall kann sich auch auf die Unterstützung der ÖTV verlassen.

Ernst Breit:

... Tarifaueinandersetzungen sind Machtkämpfe: Nirgendwo sonst beweist sich diese Erkenntnis so deutlich wie bei der Arbeitszeitverkürzung. Dafür gibt es einen einfachen Grund: Jede Arbeitszeitverkürzung schränkt die Herrschaftsansprüche eines Unternehmers ein. Seine Verfügungsgewalt über den einzelnen Arbeitnehmer wird mehr oder weniger eingeengt.

Diese Einschränkung von Unternehmermacht ist es, gegen die sich die Unternehmer schon immer zu wehren mußten. Und diese Einschränkung von Unternehmermacht ist es auch, die durch gezielte Unterstützung aus dem politischen Raum verhindert werden soll. Ob im Kaiserreich, in der Weimarer Republik oder in der Gegenwart: Stets hat sich bei Fragen der Arbeitszeitverkürzung die herrschende Politik einzumischen versucht. Und – wie ich hinzufügen möchte – fast immer zugunsten der Arbeitgeber. Dumme und törichte Formeln und Bewertungen sind uns noch aus der letzten Tarifrunde zur Arbeitszeitverkürzung in frischer Erinnerung.

Für die Arbeitnehmer hingegen ist die Arbeitszeitverkürzung ein Stück Befreiung, ein Stück Freiheit auf dem Weg der Emanzipation der Arbeitnehmerschaft. Die Gewerkschaften sind im vorigen Jahrhundert angetreten, um mit den Arbeitnehmern und für die Arbeitnehmer mehr Freiheit zu erobern. In dieser Tradition stehen wir. Auf diesem Weg gehen wir weiter. Und auf diesem Weg wollen wir in diesem Frühjahr ein erhebliches Stück vorankommen. Unser Ziel ist die 35-Stunden-Woche für alle bei vollem Lohnausgleich. Und weiter: Aufhören mit 58. Diese Ziele wollen wir erreichen.

Das Gesamtergebnis der Tarifrunde 1984 hat bereits über 200 000 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. Das Gesamtergebnis straft zugleich diejenigen Lügen, die uns lautstark einreden wollten, es gäbe einen Klassenkampf zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen. Unverändert gilt heute wie damals: Wir wissen, was wir erreichen können, wenn wir uns einig sind.

Die Notwendigkeit zu umfassenden Arbeitszeitverkürzungen ist gegenwärtig stärker denn je gegeben. Die Triebkräfte, die den Aufschwung der Wirtschaft in den letzten Jahren wesentlich getragen haben, sind mittlerweile erlahmt. Aller Wahrscheinlichkeit nach besteht eine reale Gefahr, daß unsere Wirtschaft in einen neuen Abschwung auf der Basis von 2 1/2 Millionen Arbeitslosen hineingleitet. Die Folgen sind: noch weiter ansteigende Arbeitslosigkeit, erneute Anspannungen im System der sozialen Sicherung, zusätzlicher Raum für Spaltungstendenzen in der Arbeitnehmerschaft und in der Gesellschaft. Und Arbeitszeitverkürzung für einige, aber ungewollt und in ihrer brutalsten Form. Nämlich durch Reduzierung auf null Stunden, bei gleichzeitigem unverändertem oder gar verstärktem Streß für diejenigen, die Arbeit haben.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit 1984 war erfolgreich, weil das Arbeitgebertabu der 40-Stunden-Woche durchbrochen werden konnte. Die positiven Wirkungen der 38,5-Stunden-Woche auf Beschäftigung und Freizeit haben dazu geführt, daß die Zustimmung zum Ziel der 35-Stunden-Woche in der Bevölkerung deutlich zugenommen hat. Viele haben deshalb 1984 geglaubt, nach diesem Durchbruch sei der weitere Weg in Richtung auf die 35-Stunden-Woche leicht. Richtig ist, daß die positiven Wirkungen der Tarifverträge heute unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unumstritten sind. Erfreulich ist auch, daß sich das in der veröffentlichten Meinung hergestellte Bild gewandelt hat. Gleichwohl müssen wir feststellen, daß die Arbeitgeberverbände offenbar nichts hinzugelehrt haben. Denn schon wieder ist prinzipieller Widerstand angekündigt. Schon wieder wurden Propagandaformeln hervorge-

holt, die schon einmal wie Seifenblasen geplatzt waren. Und schon wieder wurde versucht, die gewerkschaftliche Führung von der Basis zu trennen.

Da wird das freie Wochenende in Frage gestellt, aber gleichzeitig wird das Ideal der Familie hochgelobt. Da werden noch mehr Nacht- und Spätschichten gefordert – aber gleichzeitig wird der Begriff der Zeitsouveränität für Arbeitgeberstrategien in Anspruch genommen. Und da wird schließlich – zum Teil noch versteckt – eine Erhöhung der Stundenzahl über 40 Stunden hinaus für bestimmte Arbeitnehmergruppen, speziell für Facharbeiter, für sinnvoll gehalten. Alles das im Geleit der Diskussion um den Begriff der Flexibilität...

Arbeitszeitflexibilisierung nach Unternehmerart heißt: zeitliches Biegen und Anpassen der Arbeitskraft an sogenannte betriebliche Notwendigkeiten. Wie das Wasser aus der Leitung, so soll die Arbeitskraft in den Betrieb kommen: Je nach Bedarf wird zu- oder aufgedreht, je nach Bedarf wird die Arbeitskraft geholt oder weggeschickt. Und: Je nach Einsichtsfähigkeit der Vorgesetzten ändern sich die sogenannten betrieblichen Gegebenheiten von heute auf morgen.

Eine derartige Flexibilisierung widerspricht nicht nur unseren Ansprüchen auf humanere Arbeitsorganisation, sondern ist auch kaum geeignet, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Im Gegenteil: Durch die angestrebte möglichst totale Anpassung des Arbeitskräfteeinsatzes an unterschiedliche Arbeitsmengen wird nur eins erreicht: noch bessere Ausnutzung des Faktors Arbeit, Arbeitsintensivierung, Produktivitätserhöhung, Kostensenkung. Bei gleichbleibenden oder nicht nennenswert steigenden Arbeitsmengen, wie wir sie gegenwärtig erwarten müssen, heißt dies am Ende weniger, nicht hingegen mehr Arbeitsplätze. Ein derartiges Ergebnis kann niemand anstreben wollen und muß deshalb wirksam verhindert werden...

Mehr noch als 1983/1984 ist in dieser Tarifrunde von vornherein die organisierte Solidarität des gesamten DGB und aller Menschen, die für den sozialen Fortschritt und die gesellschaftliche Vernunft eintreten, notwendig. Wir können es uns gar nicht genug bewußt machen: Die Verkürzung der Arbeitszeit beeinflusst maßgeblich auch die künftige Gestaltung unserer Gesellschaft und unserer Lebensbedingungen. Die gerechte Verteilung der Arbeit ist eine gesellschaftspolitische Schlüsselfrage für den Rest dieses Jahrhunderts. Arbeitszeitverkürzung ist notwendiger denn je.

Die neue Form des Faschismus kommt auf leisen Sohlen

Mit der Fragestellung „Was kann man tun gegen die ‚offizielle Entsorgung‘ der faschistischen Vergangenheit und für die Entwicklung einer antifaschistischen Identität“ veranstaltete die VVN – Bund der Antifaschisten am 31. Januar in Frankfurt eine Podiumsdiskussion. Zu den acht Diskussionsteilnehmern gehörte Werner Pfennig, Landesbezirksvorsitzender der IG Druck und Papier in Baden-Württemberg. Nachfolgend dokumentieren wir die Aufgaben, die der Gewerkschaftsfunktionär den Gewerkschaften angesichts der Versuche konservativer Kräfte stellt, die Greuel des Faschismus zu verdrängen.

Wir lernen aus der Geschichte, denn wir wissen: „Der Schoß ist fruchtbar.“ Unsere Gegner haben ihre Lektion gelernt. Heute verzichten sie auf Uniformen und genagelte Stiefel. Synagogen und Bücher werden nicht verbrannt. Die neue Form des Faschismus kommt auf leisen Sohlen und aus den vollklimatisierten Räumen der Konzernzentralen, der Ministerien, der Justiz und des Militärs.

Zur Schaffung einer antifaschistischen Identität gehört immer wieder das Aufwerfen der Fragen: Was ist nach 1945 geworden aus der Entnazifizierung, was ist geworden aus der Entmilitarisierung, was ist geworden aus der Sozialisierung? Das waren die drei Forderungen derer, die 1945 überlebt haben. Wirtschaftsaufschwung, kalter Krieg, Bedrohungslügen und Antikommunismus machten diese Verdrängung mit möglich. Nun hören wir immer wieder die sattsam bekannten Stimmen: Man solle doch die alten Sachen endlich einmal ruhen lassen. Aber wir geben keine Ruhe, bis unsere Vorstellungen von einer humanen Gesellschaft Wirklichkeit werden. Alte und neue Nazis haben darin keinen Platz.

In der Satzung der IG Druck und Papier heißt es, daß sie sich einsetzt für die Demokratisierung der Wirtschaft und Sicherung der Demokratie, Bekämpfung von faschistischen, militaristischen und reaktionären Einflüssen und aller sonstigen antidemokratischen Bestrebungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Diese Frage hat also als Selbstgesetzgebung mit höchste gewerkschaftliche Priorität. Einheitsgewerkschaft heißt für uns auch Einheit gegen rechts, gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus. Wir setzen uns ein für die verstärkte Aufklärung über Faschismus in Schule und Öffentlichkeit. Dabei muß stärker auf den Zusammenhang von Faschismus, Rolle der Industrie, Krieg und Wirtschaftskrise hingewiesen werden.

Es ist sicher kein Beitrag zur Herstellung antifaschistischer Identität, wenn zum Beispiel der baden-württembergische Ministerpräsident Späth die 10jährigen in den Schulen alle drei Strophen des Deutschlandlieds lernen läßt. Deshalb fordern wir Friedenserziehung an den Schulen, und jede Schulklasse sollte auch einmal die Gedenkstätten ehemaliger KZs besuchen, um die notwendige Einsicht, die dazugehörige Wut auf die ungeheuerlichen faschistischen Verbrechen sowie die Handlungsbereitschaft, selbst etwas zu tun, zu fördern.

Wir müssen überall deutlich machen, daß es unsere Aufgabe ist, gegen jede faschistische Tendenz, gegen jeden Angriff von rechts anzugehen. Dazu gehört, sich in Richtung der Neonazis und ähnlicher Verbrecher nicht blind zu stellen. Schon vor Jahren hätte man Leute, die das größte Verbrechen der Hitlerdiktatur verherrlichten, härter anfassen müssen. Alte Nazis, SS-Leute, Rassisten und Antisemiten treiben noch ihr Unwesen. Aber es hat auch ein Generationswechsel stattgefunden. Die Neofaschisten sind Fleisch vom Fleisch der Bundesrepublik.

Wir protestieren auch weiterhin gegen Vorgänge, wie die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die VVN – Bund der Antifaschisten. Baden-Württemberg durch das Finanzamt Stuttgart und fordern die endgültige Bereinigung dieses politischen Skandals. Schließlich war es dasselbe Finanzamt, welches den SS-Kameradschaftsverbänden „Leibstandarte Adolf Hitler“ und „Hitlerjugend“ die Gemeinnützigkeit vor Jahren verliehen hatte. Es ist kein Geheimnis, daß faschistische Bewegungen vom Staat erstaunlich schonend behandelt werden, weil sie auch eine Reihe vom System unentbehrlicher Funktionen erfüllen. So dienen sie zum Beispiel als Alibi für konservative bis reaktionäre Regierungspolitik. Auf diese Art und Weise kann sich Helmut Kohl immer noch als Mann der Mitte verkaufen. Sollte das auch ein Grund sein, warum bis heute die tausend noch amtierenden Nazirichter nicht aus dem Amt gejagt worden sind? Generalbundesanwalt Rebmann und andere Beamte sollten von Zeit zu Zeit daran erinnert werden: Sie sind auf die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland vereidigt. Und unser Grundgesetz hat einen antifaschistischen, nicht aber einen antisozialistischen Auftrag! Auch das müssen wir immer wieder – auch in unserer Alltagsarbeit – in Erinnerung rufen.

Man sollte auch darüber nachdenken: Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der wenigen Länder in Europa, das keine staatliche Auszeichnung für antifaschistischen Einsatz kennt. Diese zu schaffen wäre aber auch ein Beitrag zur Erreichung einer antifaschistischen Identität. Weiterhin gehört dazu die Aufhebung der Berufsverbote. Berufsverbote sind immer auch Verbote, die Welt zu ändern; ihre Opfer sind nicht nur die, die den Arbeitsplatz verlieren, sondern wir alle. Wer Neonazismus beklagt und gleichzeitig Lehrer feuert, die für eine antifaschistische Schulerziehung kämpfen, macht sich absolut unglaublich. In unserer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit müssen das Problembewußtsein und die hi-

storischen Zusammenhänge über Ziele und Formen faschistischer Herrschaft vermittelt werden.

Die IG Druck und Papier hat auch durch die Verleihung eines Journalistenpreises für die Behandlung des Themas Faschismus in Deutschland mit den Untertiteln: „Ursachen und Folgen des 30. Januar 1933; Verfolgung und Widerstand im Hitlerdeutschland; Ausländerfeindlichkeit und neofaschistische Gefahren in der Bundesrepublik“ einen Beitrag zur Entwicklung einer antifaschistischen Identität geleistet. Hier ging es um die Behandlung des Themas, den Alltag und das Fortwirken des deutschen Faschismus bis in die Gegenwart. Prämiert wurden die Verfasser einer Serie „Unna in der Nazizeit“, einer Serie über den Widerstand in Dachau; eine Artikelserie über das Thema Krieg und Medien; eine Arbeit über Ausländerverfolgung in der Nazizeit am Beispiel Schwäbisch Hall; eine Arbeit über die Geschichte der IG-Farben, also für einen Beitrag zu den Ursachen des Faschismus in Deutschland. Eine Rundfunkserie „Bremen 1933“. Wir verurteilen das Verbreiten von nationalsozialistischem und faschistischem Gedankengut und fordern ein Verbot der Publikationen, die nazistische Verbrecher und ihre Organisationen verherrlichen.

Unsere neu gegründete IG MEDIEN – Druck und Papier, Publizistik und Kunst hat sich am 7. November 1986 ein Gründungsprogramm gegeben. Darin heißt es unter anderem, und das ist ebenfalls ein wichtiger Punkt: Ausländerhaß und Diskriminierung von Minderheiten sind zu bekämpfen; faschistische und neonazistische Organisationen müssen verboten werden. Wir verlangen, daß die nach dem zweiten Weltkrieg erlassenen Gesetze zur Beseitigung des Nationalsozialismus ebenso wie das Grundgesetz ernst genommen werden und alle neofaschistischen Gruppen und Organisationen aufgelöst werden und nicht noch Millionen Wahlkampfgelder kassieren.

Die Gewerkschaften müssen politisch handelnde Organisationen gegen die Gewalttaten des Kapitals und für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen sein. Wir müssen uns auf unseren Gegner konzentrieren, und der steht rechts. Wir müssen eigenständig und frei von sozialpartnerschaftlichen Illusionen handeln. Die Vorstellung einer sogenannten gesamtgesellschaftlichen Verabredung aber weisen wir als illusionär zurück.

Unsere vorrangige Aufgabe ist der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit. Über 2 Millionen registrierte und 1,1 Millionen nicht registrierte Arbeitslose sind ein niemals hinnehmbarer Tatbestand. Vor allem auch den vielen hunderttausend arbeitslosen Jugendlichen müssen wir zu einer lebenswerten Perspektive verhelfen. Der Neofaschismus hat in der Arbeitslosigkeit eine wesentliche Wurzel, also ist die Reduzierung und Abschaffung der Arbeitslosigkeit auch ein Schlüssel zu seiner Beseitigung.

Wir stehen wieder in diesem Frühjahr vor einer harten Tarifrunde, und gemeinsam mit der IG Metall und dem ganzen DGB werden wir alles daransetzen, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen! Schon 1984 kämpften Frauen und Männer, Ausländer und Deutsche solidarisch für die gemeinsamen Ziele. Aussage eines Kollegen während des Streiks 1984: „Ich habe mich beim Streik sicher gefühlt. Ich wurde sehr nachdenklich. Jetzt habe ich begriffen, was Gewerkschaft und Einigkeit heißt. Man sollte in Zukunft nicht wegen jeder Kleinigkeit streiten unter den Kollegen. Wir müssen noch besser zusammenhalten. Ich fand die türkischen Kollegen prima, man sollte endlich die Hetze gegen sie bestrafen und den Hetzern eins aufs Maul hauen. Die Hetzer sind primitiv. Es war einfach einmalig, wie wir den Streik erlebt haben.“ Das ist ein Beweis, wie Forderungen miteinander verbunden werden müssen, um zu einer klassenbewußten und antifaschistischen Identität zu gelangen.

Geschichtsbewußtsein heißt auch, daß wir das Verbot der Aussperrung von den Gerichten und vom Gesetzgeber fordern. Solange wir das nicht bekommen, ist es aber auch unsere Pflicht und Schuldigkeit, nach eigenen Mitteln zu suchen, um uns unserer Haut zu wehren. Familien durch Aussperrung, ob heiß oder kalt, ohne Lohn und Brot zu stellen, um eine Gewerkschaft in die Knie zu zwingen, ist ein glatter Verstoß gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik.

Wir brauchen auch die internationale Solidarität und treten ständig dafür ein. Denn es sind doch die gleichen Unternehmer und Politiker, die hier gegen die 35-Stunden-Woche antreten, die hier den § 116 AFG geändert haben und die Gewerkschaften schwächen wol-

len, die gleichen, die in England die Drucker und die Bergarbeiter bekämpft und die Antistreikgesetzgebung durchgesetzt haben; die gleichen, die in den USA die schwarzen Arbeiter unterdrücken und die gleichen, die in Südafrika mit multinationalen Konzernen Profite machen und als Politiker die Apartheid unterstützen. Das Kapital scheut kein Verbrechen, wenn es um die Profitrate geht. Bezeichnenderweise hat sich doch der Rassistenfreund Strauß besonders für die ungeheuerliche Aktion des Verkaufs von U-Boot-Konstruktionsplänen an Südafrika eingesetzt. Biedermann und die Brandstifter lassen grüßen.

Als Mediengewerkschaft weisen wir auch auf die Gefahren der ökonomischen und politischen Machtkonzentration durch die Veränderungen der demokratischen Medienordnungen (so sie es überhaupt noch sind) auf nationaler und internationaler Ebene hin. Wir fordern eine neue internationale Informationsordnung, die die informationelle und kulturelle Souveränität und Identität aller Länder achtet, auch und gerade der Schwellen- und Entwicklungsländer. Diese brauchen keine Sendungen wie „Dallas“.

Wir treten ein in unserer Alltagsarbeit für die Überwindung von Feindbildern und Bedrohungslegenden in den Medien. Der Friedensauftrag des Grundgesetzes muß auch Gegenstand von Veranstaltungen über Selbstverständnis und gesellschaftliche Wirkung von Medien und Kunst sein. Die Aktion der Gewerkschaftsjugend „Mach meinen Kumpel nicht an“ ist ebenfalls ein aktiver Beitrag zur Entwicklung einer antifaschistischen Identität, am Beispiel der Solidarität mit unseren ausländischen Kolleginnen und Kollegen.

Wir müssen unsere Gewerkschaftsbeschlüsse umsetzen, ermuntern wir die Zögernden in den eigenen Reihen. Wir müssen aber auch immer und überall deutlich machen: Wir haben andere moralische Maßstäbe und gesellschaftliche Wertvorstellungen als die Flicks, Lambsdorffs und Hans-Otto Scholz! Wer Arbeitnehmerinteressen vertreten will, muß sich auch mit unserer Meßlatte messen lassen, der der vielen unbestechlichen, gradlinigen, ehren- und hauptamtlichen Funktionäre! Für Großwildjäger ist bei uns kein Platz.

Gerade die Bundestagswahlen haben wieder deutlich gemacht, welch großen Stellenwert die außerparlamentarische Opposition weiter in diesem Land haben wird. Wir wollen eine Wirtschaftsordnung, in der der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht. Dazu brauchen wir Mitbestimmung, Investitionslenkung und -kontrolle und die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien in der Bundesrepublik, wie es im DGB-Grundsatzprogramm steht. Sonst wird es keine Beseitigung der Arbeitslosigkeit und auch keinen Frieden geben. Raus mit der Pershing II und her mit der 35-Stunden-Woche!

Laßt uns entschieden und in einem breiten Bündnis unsere Einheit verteidigen und der Politik des Sozialabbaus, der Reaktion und der Kriegstreiberei Widerstand entgegensetzen. Laßt uns niemals Ruhe geben

- solange die Greuel des Faschismus verdrängt werden;
- solange man sich weigert, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und abermals blind ist gegen die Gefahren von rechts
- und solange abermals Kräfte emporkommen, die bereit sind, die Völker in die Armut zu treiben und in den Krieg.

Die Konservativen in diesem Lande reden gerne vom schwindenden Einfluß der Gewerkschaften und der Friedensbewegung. So hätten sie es gerne. Aber: Wir werden auch noch bestehen, wenn von Kohl, Lambsdorff und Otto Esser niemand mehr spricht, wenn es keine Atomwaffen mehr gibt und keine SDI-Weltraumrüstung, wenn wir die 35- oder 30-Stunden-Woche haben.

Es geht um unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder. Sie werden uns fragen: Was habt ihr für uns getan? Das einheitliche Handeln auf der Basis gemeinsamer Ziele ist nötig, und es ist auch schön! Machen wir solidarisch Front gegen die alten und neuen Nazis, die Sozialabbauer, die Verkabler, die Geldwäscher, die Umweltverschmutzer, die Raketenaufrücker. Denken wir daran, daß es letzten Endes um die gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven, d. h. auch um die Frage der Überwindung des Kapitalismus, der allein im 20. Jahrhundert die Welt mit zwei fürchterlichen Weltkriegen überzogen hat, geht.

In der Berufsausbildung konnte die IG Metall Erfolge erzielen

Interview mit Hans Preiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

IG Metall und Gesamtmetall haben sich nach langjährigen Verhandlungen auf neue Ausbildungsgänge geeinigt. Nachdem Anfang des Jahres im Bundesgesetzblatt die Neuordnung der Berufe in der Metall- und Elektroindustrie veröffentlicht wurde, kann nunmehr die Ausbildung in den neuen Berufen beginnen. Zu diesem Problemkreis stellte unser Redakteur Heinz Schäfer dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans Preiss, einige Fragen.

NACHRICHTEN: Der IG Metall ist es gelungen, die industriellen Metall- und Elektroberufe neu zu ordnen. Wie sieht dieses Ergebnis aus, und wie wird es von Ihnen eingeschätzt?

Hans Preiss: Zum Beginn des Ausbildungsjahres 1987 können rund 200 000 Jugendliche der Metall- und Elektroindustrie ihre Berufsausbildung in neuen Berufen beginnen. In achtjährigen Verhandlungen haben sich Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer auf ein Reformkonzept für die Metall- und Elektroberufe geeinigt, die ja bekanntlich den Kern der industriellen Ausbildung darstellen. Die Jugendlichen lernen in neuen Berufen, von denen wir erwarten, daß es sich um moderne und zukunftssträchtige Ausbildungsgänge handelt.

Die IG Metall verfolgte drei Ziele mit der Neuordnung:

- jede einseitige Spezialisierung während der Berufsausbildung war zu vermeiden,
- unter Berücksichtigung mehrfach verwertbarer Inhalte galt es, die bestehenden Metallberufe zusammenzufassen, also ihre Zahl entscheidend zu reduzieren,
- die notwendige Spezialisierung sollte nicht in der Erstausbildung erfolgen. Sie sollte vielmehr im Rahmen der Weiterbildung durch institutionalisiertes lebenslanges Lernen erworben werden.

Gleichzeitig lehnte die IGM jede weitere Überarbeitung von Ausbildungsordnungen in gestufter Form ab. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall verfolgte andere Ziele. Er legte ein „differenziertes Ausbildungsmodell“ vor. Der Vorschlag zielte auf eine Teilung der bisher einheitlichen Facharbeiterausbildung, und zwar in zwei- und mehrjährige Ausbildungsberufe. Gesamtmetall forderte, eine differenzierte Ausbildung einzuführen, „die nicht mehr aufeinander aufbauend, sondern parallel nebeneinander zweijährige und dreijährige Monoberufe mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau umfaßt“.

Eine zweijährige Ausbildungszeit zum Industriemechaniker sollte z. B. dazu führen, „bei schwierigen Aufgaben unter Anleitung und Aufsicht mitzuarbeiten“. Umfangreichere Kenntnisse, insbesondere in der neuen Technologie, sollten dagegen in

einer dreijährigen Berufsausbildung vermittelt werden. Der Vorschlag eines „differenzierten Ausbildungsmodells“ war verbunden mit entsprechenden Lohndifferenzierungen.

Die neuen Ausbildungsberufe erhöhen die Qualität der Berufsausbildung und verbessern die Arbeits- und Berufschancen der Metallarbeitnehmer. Was die Gewerk-



schaften jahrelang gefordert und Bildungspolitikern in wortreichen Empfehlungen und Bekenntnissen als vernünftig befunden haben, konnten wir jetzt endlich gemeinsam mit vielen Ausbildungspraktiken verwirklichen.

Aus 250 000 erhobenen Ausbildungsdaten gelang es, sechs neue Metallgrundberufe herauszukristallisieren. Sechs Berufe anstatt 37: Dies ist nach unserer Auffassung ein gewaltiger Schritt nach vorne. Weg von Monoberufen, hin zu Ausbildungsgängen, die mehr und breiteres Wissen vermitteln.

Auch bei den Elektroberufen gibt es gegenüber 1972, dem Jahr der letzten Überarbeitung, eine weitere Konzentration: Anstatt der 12 Berufsabschlüsse gibt es jetzt nur noch vier mit acht Fachrichtungen. Der Start in die Berufsausbildung ist für al-

le Jugendlichen gleich: Am Anfang, im 1. Ausbildungsjahr, steht die gemeinsame inhaltlich identische einjährige berufliche Grundausbildung. Nicht mehr gelten soll in Zukunft das Prinzip „Eisen erzieht“. Den Umgang mit der Feile, das oft monatelang dauernde und monotone Arbeiten am U-Eisen wird es in Zukunft nicht mehr geben.

Die Stufenausbildung in der Elektroindustrie – also die Ausbildung von Facharbeitern erster und zweiter Klasse –, im übrigen ein ständiges Ärgernis in den Betrieben, verschwindet endgültig. Alle Jugendlichen bekommen von Anfang an einen Ausbildungsvertrag über 3½ Jahre und nicht wie bisher über den ersten und dann eventuell über den zweiten Ausbildungsabschnitt.

NACHRICHTEN: Die IG Metall hat sich stets dafür eingesetzt, daß auch Hauptschüler in der beruflichen Bildung eine Chance erhalten. Ist dies nunmehr durch die neuen Ausbildungsordnungen gewährleistet?

Hans Preiss: Die Ausbildungsordnungen sind so gestaltet, daß auch Schüler von Hauptschulen die neuen Ausbildungsberufe absolvieren können. In den gemeinsam vereinbarten Eckdaten zur Neuordnung steht, daß die neuen Ausbildungsinhalte nicht dazu führen dürfen, von der Hauptschule kommende Jugendliche „quasi auszugrenzen“. In den Eckdaten heißt es dazu: „Die Ausbildung ist so zu gestalten, daß ein Auszubildender nach Absolvierung der Abschlußklasse der Hauptschule ohne zusätzliche Hilfen das Ausbildungsziel erreichen kann.“

Dies schließt jedoch nicht aus, daß einige Arbeitgeber versuchen werden, diese Vereinbarung zu unterlaufen. Nach dem Motto: Ein Hauptschüler kann die neuen Qualitätsmaßstäbe der Ausbildung nicht erbringen, deshalb können wir ihn nicht einstellen. Eine solche Position ist unvereinbar mit dem Wortlaut der Absprachen und darf auch in der betrieblichen Praxis nicht Platz greifen.

NACHRICHTEN: Hat die Vereinbarung Auswirkungen auf den Berufsschulunterricht, und welche Konsequenzen ergeben sich aus Ihrer Sicht auf Lernmethoden und Ausbildungsablauf?

Hans Preiss: Die inhaltlichen und organisatorischen Veränderungen der Neuordnung haben erhebliche Auswirkungen auf die Berufsschulen. Die Berufsschule erhält nach den Vereinbarungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine zusätzliche Chance. Wir gehen davon aus, daß in allen Ländern zwei Berufsschultage mit mindestens 12 Wochenstunden in Zukunft angeboten werden. Derzeit werden im Bundesdurchschnitt nur acht Stunden erteilt. Nur jede 10. Klasse erhält 12 Stunden Unterricht, also die von uns für alle vorgesehene Stundenzahl. Dies ist viel zu wenig.

Die Neuordnung bietet den Schulpolitikern in den Ländern die Chance, die Aus-

stattung der Berufsschulen mit modernen Maschinen zu verbessern, die Klassenfrequenzen zu senken, d. h., mehr Leute für die Ausbildung der Jugendlichen einzustellen. Die Lehrer-Schüler-Relation beträgt in der Berufsschule 1:50,7, somit entfallen rund 51 Schüler auf einen Lehrer, im Gymnasium sind es dagegen nur 12 Schüler pro Lehrer. Dies ist eine durch nichts gerechtfertigte Benachteiligung.

Die Vorarbeiten in den Kultusministerien kommen jedoch nur schleppend voran. Zwar ist der schulische Lehrplan fertig, aber die übrigen gerade von mir genannten Punkte sind nach wie vor ungeklärt. Soweit zur Berufsschule, nun zur Lernmethode.

Bislang wurde in der Berufsausbildung so verfahren: Der Ausbilder macht vor, der Jugendliche macht nach! Das reicht in der Zukunft nicht mehr. Vielmehr geht es darum, individuelle Handlungsfähigkeiten zu vermitteln, die auf selbständiges Planen, Durchführen und Kontrollieren von Arbeitsaufgaben abzielt. Deshalb hat die Neuordnung erhebliche Konsequenzen auf die Lernmethoden und auf die Gestaltung des Ausbildungsablaufes. Die Methoden müssen so angelegt sein, daß der Auszubildende selbständig seine Ausbildungsschritte planen, gestalten und kontrollieren kann.

Auch neue Technologien sind verstärkt in die Berufsausbildung aufgenommen worden. So entstanden neue Ausbildungsberufe für die Steuerung und Wartung automatisierter Produktionsanlagen und von Robotern. Aufgrund der technischen Entwicklung ging es nicht zuletzt auch darum, die Grenzlinien zwischen den Berufen neu zu bestimmen. Deshalb findet z. B. die Mikrocomputertechnik ihren Niederschlag nicht nur bei den Elektroberufen, sondern auch im Bereich der Metallausbildung.

Dabei kommt es allerdings nicht nur darauf an, neue Techniken – also deren pure Handhabung – zu vermitteln. Vielmehr geht es bei einer arbeitsorientierten Qualifizierungspolitik auch um das „Wie“ und das „Warum“ einer technischen Veränderung. Deshalb stehen die Gestaltung von Arbeits- und Produktionsprozessen, und damit der Weg in die Fabrik der Zukunft, im Rahmen der Berufsausbildung ebenfalls zur Diskussion. Dem Risiko des beruflichen Abstiegs und den negativen sozialen Folgen, die heute oft mit Rationalisierungsmaßnahmen einhergehen, wird durch die neue Ausbildung besser vorgebeugt.

NACHRICHTEN: Was unternimmt die IG Metall, damit die Vereinbarung auch in den Betrieben so schnell wie möglich realisiert wird?

Hans Preiss: Die Betriebsräte, Jugendvertreter und die IG Metall werden darauf drängen, daß die in der Neuordnung vereinbarte Ausbildungsqualität ab 1987 möglichst allen Jugendlichen zugute kommt. Dies bedeutet, daß es erhebliche sachliche und personelle Umstellungen in

Regierung geht weiter mit der Axt an die Wurzeln der Eisenbahn

Auf die Gefahr, daß der „Bund seine eigene Eisenbahn zerstört“, wies Ernst Haar, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) kürzlich auf einer Pressekonferenz in Frankfurt hin. Mit „Brachialgewalt“ werde der Plan „DB 90“ verfolgt. Bekanntlich sieht dieser Plan, über den wir unsere Leser bereits in der Juli-Ausgabe 1986 informiert hatten, vor, daß die Zahl der Eisenbahner bis zum Ende dieses Jahrzehnts um weitere 40 000 reduziert wird, verbunden mit einer enormen Leistungssteigerung für die noch Verbleibenden.

Schon vor vielen Jahren ist die Axt an die Wurzeln der Bundesbahn gelegt worden. Die Zahl der Eisenbahner, die 1970 bei rund 414 000 lag, hat inzwischen mit unter 280 000 einen neuen Minusrekord erreicht. Das Durchschnittsalter der Eisenbahner liegt inzwischen bei 44 Jahren. Zwar gibt es in diesem Jahr eine Übernahmegarantie für alle 4 500 auslernenden Azubis, allerdings noch nicht für den erlernten Beruf. Das aber fordert die GdED. Von Fahrplanwechsel zu Fahrplanwechsel wurde das Schienennetz, besonders auf dem flachen Lande, reduziert: im Personenverkehr um rund 7 000 Kilometer. Ein Ende der Fahnenstange ist noch nicht in Sicht. Als letzte Hiobsbotschaft bezeichnete Ernst Haar die nach der Wahl geplanten Streichungen von Zuschüssen für den Bau von Neubaustrecken. „Selbst rosarote Elefanten helfen dann nicht mehr weiter.“

den Betrieben geben muß. Für die Betriebe heißt das also konkret an Vorbereitung:

- Weiterbildung für die Ausbilder anbieten,
- bessere Ausstattung für die Lehrwerkstätten,
- welche Ausbildungsinhalte sind zusätzlich zu vermitteln,
- Lernkonzepte sind anzuwenden.

Die Betriebe kommen also nicht umhin, mehr als bislang in die Berufsausbildung zu investieren. Ich verkenne nicht, daß auf den einen oder anderen Betrieb damit Probleme zukommen. Nicht zuletzt deshalb haben wir eine andere Form der Ausbildungsfinanzierung vorgeschlagen. Diese Konzepte werden jetzt durch die Neuordnung wieder aktuell.

In der Metallindustrie ist es nicht anders als in den anderen Bereichen der Wirtschaft: In der beruflichen Bildung gibt es viel zu viele Trittbrettfahrer. Alle wollen gute Facharbeiter haben, aber dafür zahlen wollen nur wenige. Natürlich braucht nicht jeder Betrieb auszubilden. Aber wer nicht ausbildet, muß wenigstens seinen finanziellen Beitrag zur Heranbildung des notwendigen Facharbeiternachwuchses leisten.

Weitere Gefahren für die Arbeitsplätze drohen durch die von der Bundesregierung in Brüssel kräftig unterstützte Liberalisierung des Güterfernverkehrs. Danach soll sich im EG-Raum die Zahl der Lkws bis 1991 versechsfachen. Dies führe nicht nur zu einer weiteren Schädigung der Umwelt, sondern mittelfristig zum Ruin vieler kleiner Spediteure und zum Verlust Zehntausender Arbeitsplätze.

Gefahren für die Bundesbahn sieht der GdED-Vorsitzende auch in den Planungen der Lufthansa zur Intensivierung des Binnenflugverkehrs mit kleineren Flugzeugen. Die Eisenbahner seien nicht gegen den Fortschritt eingestellt, sie fragten sich aber in großer Sorge, ob die vielen Milliarden Mark für Neu- und Ausbaustrecken „nicht in den Sand gesetzt“ seien, wenn der Flugverkehr ausgerechnet zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme von Neubaustrecken mit erheblichen Reisezeitverkürzungen diese Verbesserungen auf der Schiene zu unterlaufen versuche. „Bahn und Lufthansa sind beides Bundesunternehmen. Hier verlangen wir, daß die Methode nicht Chaos, sondern systematische Politik heißt“, sagte Haar. Es sei endlich an der Zeit, „staatsmännisch gedachte Trostworte“ von Bundeskanzler Kohl durch eine aktive nach vorn führende Bahnpolitik zu ersetzen.

Ein weiteres Thema, das vom GdED-Vorsitzenden angesprochen wurde, war die Schuldenlast, die zur Zeit bei 38 Milliarden DM liegt, und wofür jährlich 3 Milliarden DM Zinsen gezahlt werden müssen. Dieses hohe Defizit hat seine Ursache in der Weigerung der Regierungen – ob von CDU oder SPD geführt –, die Bahn von ihren Altschulden aus der Wiederaufbauzeit nach 1945 zu befreien. Wäre dies geschehen, so wäre das Defizit nur halb so hoch wie gegenwärtig, meinte Haar. Im Gegensatz zur Bahn würde die Air-Bus-Industrie mit hohen Subventionen unterstützt.

Ernst Haar ging auch auf die bevorstehende Tarifrunde ein, wo in der Zwischenzeit die Forderung feststeht. Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes verlangt die GdED 6 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhungen. Ein Tarifabschluß müsse inhaltlich und zeitgleich auf die Beamten übertragen werden. Keinesfalls würden sich die Eisenbahner von der allgemeinen Einkommens-

Schwierigkeiten mit der Einheit H. Niggemeier und die Geschichte

Zum 40. Jahrestag der Gründung des „Industrieverbandes Bergbau“, des Vorgängers der IG Bergbau und Energie (IGBE), wird in der „Einheit“ unter anderem darüber berichtet, daß der Sozialdemokrat August Schmidt seinerzeit mit nur 13 Stimmen Mehrheit gegenüber dem Kommunisten Willi Agatz zum Vorsitzenden gewählt wurde und daß Agatz dann 2. Vorsitzender wurde. Auch Heinz-Werner Meyer, derzeitiger IGBE-Vorsitzender, macht in einem Artikel in „Die Mitbestimmung“ 12/86 Aussagen über die Rolle von Kommunisten bei der Bildung der Einheitsgewerkschaften: „Eines war allerdings nach dem 8. Mai 1945 ... für Sozialdemokraten wie Christlich-Soziale und nicht wenige Kommunisten klar: Die Zersplitterung der Gewerkschaften in parteipolitische Richtungen und berufsständische Organisationen mußte zugunsten einer einheitlichen Interessenorganisation für alle Arbeitnehmer verhindert werden.“

Natürlich beläßt es weder Horst Niggemeier noch Heinz-Werner Meyer bei diesen Aussagen über die Kommunisten. Niggemeier bezeichnet die Nichtwahl von Agatz zum Vorsitzenden als „deutlich gewordenen Widerstand gegen den Versuch der Entrechtung der Arbeitnehmerschaft durch die freiheitsfeindlichen KP-Apparate“ – und nennt in gleichem Zusammenhang die Ereignisse um die Solidarnosc in Polen.

Meyer weist sofort nach Nennung von Kommunisten, die für Einheitsgewerkschaften waren, darauf hin, daß in der Sowjetischen Besatzungszone deutsche Kommunisten unter Anleitung sowjetischer Militärs den Einheitswillen von Gewerkschaften zur Herstellung ihrer Parteidiktatur genutzt hätten und behauptet, daß die KPD mit der These 37 ihres Parteitag von 1951 beschlossen hätte, daß für Kommunisten die Parteibeschlüsse Vorrang vor Gewerkschaftsbeschlüssen hätten. Dies sei, so der Autor, „der schärfste Angriff auf die parteipolitische Unabhängigkeit der Einheitsgewerkschaft, der bis

entwicklung abkoppeln lassen. Auf eine Frage von NACHRICHTEN erklärte sich der GdED-Vorsitzende mit den zur Zeit der Pressekonferenz streikenden französischen Eisenbahnern solidarisch, nur würde diese Solidarität nicht an die große Glocke gehängt.

Zwei Tage nach der Pressekonferenz demonstrierten in Gießen mehrere hundert Eisenbahner gegen die „Vernichtung der Bahn und der Arbeitsplätze“. Bereits im November fanden zahlreiche Protestkundgebungen in mehreren Städten statt. Nach Angaben der GdED beteiligten sich daran über 10 000 Eisenbahner. Die Aktionen standen unter dem Motto „Kursänderung der Bahnpolitik! Gegen Privatisierung! Für sichere Arbeitsplätze!“ Und da wollen die Beschäftigten der Bundesbahn „endlich Taten sehen“. Gisela Mayer

heute unerreicht geblieben ist und mit dem die KPD sich demonstrativ in die Kontinuität ihres Kampfes gegen freie und unabhängige Gewerkschaften der Weimarer Republik stellte“.

Daß man in der IG Bergbau über die Rolle von Kommunisten bei der Gründung der Einheitsgewerkschaften spricht, muß man insoweit positiv vermerken, als von ihrer wie von anderer Seite sonst oft behauptet wird, daß die Kommunisten mit der Herausbildung und Gründung der Einheitsgewerkschaften nichts zu tun hätten. Daß in gleichem Atemzug diese Rolle wieder relativiert und von Freiheitsfeindlichkeit der KP-Apparate und Mißbrauch von Gewerkschaftsfunktionen für Parteipolitik geredet wird, ist nicht neu, soll aber nicht unwidersprochen bleiben.

Zunächst zum Mythos um die These 37 der KPD von 1951. Sie enthält Aussagen zur Haltung von Gewerkschaftsführern, die nicht in Übereinstimmung mit eigenen Gewerkschaftsbeschlüssen handelten.

Gemeint ist die Zustimmung von Gewerkschaftsführern zur Wiederbewaffnungspolitik von westlichen Alliierten und deutschem Monopolkapital. Wenn man die Aussagen der These 37 im Lichte heutiger Erfahrungen und Erkenntnisse betrachtet, muß die Art und Weise, wie in ihr die Auseinandersetzung mit diesen Gewerkschaftsführern geführt wurde, als falsch bewertet werden. Unhistorisch wäre es jedoch, außer acht zu lassen, in welcher politischen Situation, in welchem Klima die These 37 der KPD zustande gekommen ist.

Man darf nicht übersehen, daß es Anfang der 50er Jahre, also nur fünf Jahre nach der Niederschlagung des Faschismus, der schlimmsten Ausgeburt des deutschen Militarismus, erneut um die Frage der Militarisierung unseres Landes ging und daß die Gewerkschaften angetreten waren mit der Grundüberzeugung, daß alles nur Menschenmögliche getan werden muß, damit von deutschem Boden nie wieder

Krieg ausgeht. Dies ändert nichts an der obengenannten Einschätzung, mag aber helfen, den gesellschaftlichen Hintergrund auszuleuchten, auf dem die These 37 entstanden ist.

Nicht jedoch steht in der These 37, daß für Kommunisten die Parteibeschlüsse Vorrang vor Gewerkschaftsbeschlüssen hätten. Eine solche Behauptung ist schlichtweg falsch. Betrachtet man das Verhältnis von Partei- und Gewerkschaftsbeschlüssen, so wird es natürlich immer – das gilt für jede Partei, deren Mitglieder in DGB-Gewerkschaften organisiert sind – ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen Gewerkschaftsbeschlüssen und solchen Parteibeschlüssen geben, die mit diesen nicht in Übereinstimmung stehen. Darüber muß man sich im klaren sein, und das muß auch einen Teil der Toleranz ausmachen, die in den Einheitsgewerkschaften gegenseitig notwendig ist. Daß Kommunisten sich untereinander über Gewerkschaftspolitik austauschen, erscheint mir genauso selbstverständlich, wie dies bei SPD oder in der CDU geschieht. Dies allerdings darf in keinem Fall die Souveränität

Verbündete suchen

„Wenn wir uns die Chance offenhalten wollen, in Zukunft noch erfolgreicher Widerstand zu leisten gegen diese Politik der Regierung, dann müssen wir wie beim Paragraphen 116 Verbündete suchen. Das aber setzt die Bereitschaft zum Dialog mit anderen gesellschaftlichen Gruppen voraus... Wir brauchen keine Abgrenzerei, sondern, positiv formuliert, den Anspruch an andere, unsere Forderungen zu unterstützen...“

(Horst Schmitthenner, IG Metall, auf dem 13. ordentlichen DGB-Kongreß, 25. bis 31. Mai 1986 in Hamburg)

der allein für die gewerkschaftlichen Beschlüsse zuständigen Gewerkschaftsgremien berühren.

Horst Niggemeier akzeptiert in Worten, daß Kommunisten Mitglied der Einheitsgewerkschaften sind, wenn sie sich allerdings um Funktionen bewerben, so sieht er dies als Angriff „freiheitsfeindlicher KP-Apparate“ – denn wenn ein Kommunist etwas tut, macht er das „im Auftrag“. Dahinter steckt: Man hat Schwierigkeiten mit der Einheit. Einerseits sagt man, daß man Kommunisten in den Gewerkschaften toleriert, doch wenn sie so richtig aktiv werden, wie es einem Kommunisten eigen ist, passen sie einem auch nicht. Dann steckt hinter ihren Aktivitäten der Apparat, und der ist freiheitsfeindlich.

Niggemeier hat nichts gegen Kommunisten. Aber daß sie in der kommunistischen Partei sind, das findet er schlecht. Und da schlägt er schnell den Bogen der Gleichheit von der KPD zur PVAP (Polen) und zur DKP. Der DKP werden vorgebliche Sünden „roter Großväter“ oder von Bru-

derparteien vorgeworfen. Zu ihrer eigenen Politik wird nichts gesagt. Das liegt auf der gleichen „Sorgfaltsebene“ wie die Stereotyp dem DKP-Vorsitzenden Mies von der „Einheit“ in den Mund gelegte Formulierung „Die DDR ist unser Vorbild“, die suggerieren soll, alles wolle die DKP ganz genauso machen wie die DDR.

In der Logik der Dinge liegt, daß die Schwierigkeiten mit der Einheit in der Einheitsgewerkschaft für Niggemeier und einige andere nicht bei der DKP aufhören. Es geht um mehr. So wird die Westberliner SPD in der „Einheit“ getadelt, daß sie eine gemeinsame Aktion mit den Kommunisten gemacht habe zur Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Und führenden Sozialdemokraten wird vorgeworfen, daß sie sich nicht eine große Koalition, sondern eine rot-grüne Koalition als Ausweg aus der neokonservativen Wendepolitik vorstellen.

Niggemeier liegt auf einer Linie mit Hermann Rappe, der auf dem letzten DGB-Bundeskongreß im Mai 1986 im Zusammenhang mit den Anträgen 43 und 44 sagte: „Unser Verfassungs- und Staatsverständnis und unser in jeder Hinsicht zu bewahrender Charakter als Einheitsgewerkschaft verbieten Bündnisaktionen, die diese Abgrenzung vermissen lassen.“ – Natürlich ging es ihm um die Abgrenzung zu den Kommunisten, wie es anderen in dieser Diskussion um die Grünen ging.

Im Grunde wollen Niggemeier, Rappe und andere ein Verfassungs- und Staatsverständnis in den Gewerkschaften verankern, das grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen ausschließt. Es steckt ein Verständnis der Gesellschaft dahinter, das von der Versöhnlichkeit der Interessen von Arbeit und Kapital ausgeht, sie zum Nonplusultra der Gewerkschaftsarbeit macht. – Legitim ist es natürlich, daß solche Auffassungen vertreten werden. Sie zum alleinigen Maßstab gewerkschaftlicher Arbeit zu machen und alle, die darüber hinausgehende Auffassungen vertreten, an den Rand drängen zu wollen, hätte jedoch mit dem Verständnis der Einheitsgewerkschaft, wie es sich im Grundsatzprogramm und den anderen Dokumenten des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Einzelgewerkschaften wiederfindet, nichts mehr zu tun.

Kommunisten sind keine Randgruppe in den Gewerkschaften. Sie gehörten von vornherein zu jenen, die die Einheitsgewerkschaften gründeten. Man sollte nicht vergessen, daß es die Erfahrungen waren, die deutsche Kommunisten, Sozialdemokraten, christlich orientierte und andere Kreise der Arbeiterschaft im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus machten, Erfahrungen aus den Konzentrationslagern und aus der Emigration, die die verschiedenen Kräfte der Arbeiterbewegung zur Überwindung von Gewerkschaftsspaltung und zur Herstellung von Einheitsgewerkschaften bewegten.

Für Kommunisten – und das ist bei einer historischen Betrachtung das Wesentliche

Deppe/Müller/Pickshaus/Schleifstein

Einheitsgewerkschaft

Quellen – Grundlagen – Probleme

Hier wird so manche Legende bürgerlicher Geschichtsschreibung allein mit Dokumenten widerlegt. Zeugnisse aus der Entstehungsgeschichte der Einheitsgewerkschaft, Briefe, Fotos, programmatische Darlegungen usw., zum Teil erstmals veröffentlicht, bilden den größten Teil des Buches.

285 Seiten, DIN A5, 15,- DM
ISBN 3-88367-043-X, Bestell-Nr. 043

– ist der antifaschistisch-demokratische Auftrag der Einheitsgewerkschaft seit der Gründung der Einheitsgewerkschaften bis heute die durchgängige Orientierung gewesen. So wie es bei der Herausbildung der Einheitsgewerkschaften darum ging, die Folgen des Faschismus zu überwinden, eine antifaschistisch-demokratische Ordnung aufzubauen, den Widerstand gegen die Restauration des Kapitalismus zu entwickeln, so geht es heute darum, ange-

DPG will bei Aussperrung Patenschaften übernehmen

Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG), fünftstärkste DGB-Gewerkschaft, kann mit 463 000 in ihren Reihen Organisierten einen neuen Mitgliederrekord verbuchen. Darauf verwies Vorsitzender Kurt van Haaren auf der schon traditionellen Jahrespressekonferenz am 12. Februar in Frankfurt. Im Mittelpunkt standen u. a. Solidaritätsbekundungen für IG Metall sowie Druck und Papier, der erzwungene Streikbrechereinsatz von Beamten – der § 116 für den öffentlichen Dienst – sowie die Aktion „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen.“

Van Haaren bedauerte, daß seine Gewerkschaft tarifrechtlich gehindert sei, die Wochenarbeitszeitverkürzung in dieser Tarifrunde zu fordern, denn die entsprechenden Manteltarifvertragsbestimmungen laufen erst Ende dieses Jahres aus. Er versicherte aber, daß der Kampf um Wochenarbeitszeitverkürzung sobald als möglich weitergeführt und die Mitgliedschaft entsprechend darauf vorbereitet werde. Das sehen auch Beschlüsse vor, die der letzte DPG-Kongreß Ende November 1986 angenommen hatte. Den Industriegewerkschaften, die bereits in diesem Jahr um die 35-Stunden-Woche ringen, bekundete der DPG-Vorsitzende die Solidarität seiner Organisation.

Konkret plant die DPG im Falle heißer und kalter Aussperrungen im Metall- sowie im Druck- und Papier-Bereich die Übernahme von Patenschaften, die auch finanzielle Unterstützung einschließen. In dieser Fra-

sichts der Notwendigkeit der Sicherung des Friedens, des Kampfes gegen die Massenarbeitslosigkeit die Gemeinsamkeiten, die die Stärke der Einheitsgewerkschaften ausmachen, weiterzuentwickeln. Um die uneingeschränkte Unterstützung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich müßte es heute allen gehen, die an einer Stärkung der Gewerkschaften interessiert sind, und nicht um gegenseitige Ausgrenzungsdebatten.

Es ist nicht uninteressant, daß Niggemeier und Meyer in der Rückbetrachtung auf die Ursprünge ihrer IG Bergbau und Energie von der Rolle der Kommunisten sprechen und sichtbar machen, daß an der Gründung des „Industrieverbandes Bergbau“ Kommunisten nicht unwesentlichen Anteil hatten. In ihrer Beurteilung der Politik der Kommunisten allerdings sollten sie die Dokumente der Kommunisten selbst sorgfältiger studieren und sich vor allem besser in der politischen Landschaft und dem Wirken der Kommunisten darin umsehen. Und sie sollten bei allem Staatsverständnis nicht vergessen, daß es ein sozialdemokratisch organisierter Gewerkschaftsführer war, der davon sprach, daß das Kapital nie seinen Frieden mit den Gewerkschaften gemacht hätte und daß es auch umgekehrt nie friedlich zugehen könne. Harry von Bergen

ge bestehen nach Aussage des DPG-Vorsitzenden auch im DGB-Bundesvorstand keine Differenzen. Man sei sich einig wie noch nie, und „einen Glaubenskrieg wie 1984 wird es nicht geben“.

Verständlicherweise blieb auch das Wahlergebnis vom 25. Januar nicht unerwähnt. Der DPG-Vorsitzende bezeichnete die „Wahlschlappe der Unionsparteien, die vor allem auf große Stimmenverluste bei Arbeitnehmern zurückzuführen ist“, als „ermutigendes Warnsignal“. Der Bundesregierung riet er, ihren arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlichen Kurs zu korrigieren. „Tut sie dies nicht, dann zeichnen sich neue Konflikte zwischen DGB-Gewerkschaften und Bundesregierung, zwischen Postgewerkschaft und politischer Spitze der Bundespost deutlich ab. Wir werden solchen Konflikten nicht ausweichen, sondern – da wo notwendig – selbstbewußt die politische Auseinander-

setzung führen", sagte Kurt van Haaren. Und solche Konfliktfelder sind bereits sichtbar, so z. B. die geforderte Stärkung der Massenkaukraft durch „kräftige Einkommenserhöhungen" oder die Übernahme von rund 5000 Fernmeldehandwerkern und 500 Kfz- und Elektromechnikern, die in diesem Jahr ihre Ausbildung beenden. Hier verfolgt die Postgewerkschaft das Ziel, diese jungen Menschen möglichst ausbildungsgerecht und in einem Dauerarbeitsverhältnis zu beschäftigen. Flexibilisierung und Teilzeitmodelle und dem damit verbundenen Lohnverlust werden als unakzeptabel abgelehnt, ebenso auch das massenhafte Abschieben in ausbildungsfremde Berufe. Nötigenfalls ist die DPG-Jugend bereit, mit Unterstützung der Gesamtorganisation Aktionen durchzuführen.

Sorgen bereiten der Postgewerkschaft auch sich wiederholende Versuche, den tarifvertraglichen Rationalisierungsschutz zu unterlaufen, sowie durch „machtpolitisch motivierte Verbeamtung" streikfreie Räume zu schaffen und dadurch die Tarifautonomie auszuhöhlen. Dagegen sollen alle gewerkschaftlichen Mittel eingesetzt werden.

In diesem Zusammenhang verwahrte sich Kurt van Haaren gegen den „Nachhilfeunterricht" von Bundesinnenminister Zimmermann, der die Beschlüsse des 15. DPG-Kongresses zur Achtung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten als „verfassungswidrigen Aufruf zum Beamtenstreik" bezeichnet hatte. Dazu erklärte van Haaren: „Wer unsere Mitgliedergruppen gegeneinanderhetzen will, wer Beamte entgegen aller Solidarbindungen zum Streikbrechereinsatz mißbrauchen will . . . , der darf sich wahrhaftig nicht wundern, daß Beamte sich gegen diesen Mißbrauch wehren wollen und wehren müssen". Denn „wer uns einbetonierte, muß mit Befreiungsschlägen rechnen".

Vor den Journalisten zog der DPG-Vorsitzende auch eine Zwischenbilanz der Aktion „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen". Zwar gibt es Zusagen von CDU/CSU, SPD und Grünen, daß die Post in ihrer jetzigen Form erhalten bleibt, trotzdem aber seien die Sorgen der Postgewerkschaft angesichts der stärker gewordenen FDP nicht kleiner geworden. Kurt van Haaren wertete es „im höchsten Maße alarmierend", daß nach monatelangem Schweigen und pünktlich zum Ende des Bundestagswahlkampfes der Privatisierungsdruck von seiten des US-Botschafters Burt und der europäischen Industrieverbände verstärkt wurde.

Um die Privatisierung zu verhindern und die Post als einheitliches Unternehmen zu erhalten, hat die DPG jetzt die zweite Phase der Aktion zur Sicherung der Post und zur Rettung des Fernmeldewesens mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog eingeleitet. Falls sich die Gefahren akut zuspitzen, dann will sich die Gewerkschaft mit ihrer ganzen Kraft wehren. Darauf sei sie politisch und organisatorisch vorbereitet.

G. M.

DGB Hessen hat neuen Vorsitzenden und einen „Pakt der Solidarität"

Einstimmig und mit Beifall verabschiedeten die 70 Delegierten der außerordentlichen Delegiertenkonferenz des hessischen DGB am 27. Januar im Frankfurter Gewerkschaftshaus einen „Pakt der Solidarität" zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche und zur Ächtung der Aussperrung. Nacheinander bekräftigten die Mitglieder des geschäftsführenden DGB-Landesbezirksvorstands sowie die Landesbezirksvorsitzenden der 17 Einzelgewerkschaften durch ihre Unterschrift die Forderungen: „Statt Arbeitslosigkeit für viele – Arbeitszeitverkürzung für alle . . . Deshalb: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Früher in Rente mit einer besseren und sozial gerechten Vorruhestandsregelung."

Anlaß der Konferenz war die Wahl eines Nachfolgers für den bisherigen DGB-Landesbezirksvorsitzenden Jochen Richert, der seit dem 3. Dezember vergangenen Jahres Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands ist. Zwei Kandidaten stellten sich zur Wahl: Karl-Heinz Jungmann, 42, langjähriger Geschäftsführer und Vorsitzender der ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt, und Ulrich Mignon, 47, Leiter der Abteilung Organisation beim Vorstand der IG Metall. DGB-Landesbezirksvorstand sowie DGB-Bundesvorstand hatten keinem der Kandidaten den Zuschlag geben wollen.

Und so hatte die Konferenz die Wahl. Dennoch rechnete man mit der Wahl Ulrich Mignons. Für ihn hatte sich die Mehrheit der Landesbezirksvorsitzenden der Einzelgewerkschaften ausgesprochen, und auch die „Welt der Arbeit" vom 26. Februar hatte ihn aufgrund der Vorabstimmung bereits als Richert-Nachfolger gesehen. Zur großen Überraschung wurde jedoch Karl-Heinz Jungmann mit einer überzeugenden Mehrheit von 45 zu 25 Stimmen gewählt. Eine Personaldebatte hatte es nicht gegeben, ein entsprechender Antrag war mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Bestenfalls in Nuancen hatten sich die Vorstellungsreden beider Kandidaten unterschieden. Jungmann wie Mignon betonten den Wert der Einheitsgewerkschaft. Beide sprachen sich für die Ächtung der Aussperrung und für die Beseitigung der Streikrechtseinschränkung durch den neugefaßten § 116 AFG aus, und beide räumten übereinstimmend der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich Priorität ein. Folglich kann davon ausgegangen werden, daß die bewährte gewerkschaftliche Arbeit fortgesetzt wird.

Zum letzten Mal in seiner Funktion als hessischer DGB-Landesbezirksvorsitzender hatte Jochen Richert die Konferenz eröffnet. Scharfe Kritik übte er an der Bonner Regierungskoalition. Für diese scheine „die wesentlichste gesellschaftliche Herausforderung, nämlich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, offenbar kein Thema

zu sein". Er sprach sich für einen Strukturwandel in der Wirtschaft und dafür aus, „daß die Gesellschaft der Zukunft nicht der maßlosen Gewinnsteigerung, des bedingungslosen Technikeinsatzes unterworfen" würde, sondern „Humanität und Solidarität" Vorrang hätten.

Als gemeinsames Ziel für alle Arbeitnehmer bezeichnete Jochen Richert die 35-Stunden-Woche in allen Bereichen: „Das bedeutet 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze, weniger Streß, mehr Freizeit und mehr Menschlichkeit für alle abhängig Beschäftigten". Auch an dem freien Wochenende dürfe nicht gerüttelt werden. Richert lehnte jegliche Änderung des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetzes ab; die Montanmitbestimmung, die noch im Wahlkampf zum „Urgestein des Sozialstaates" erklärt worden sei, müsse dauerhaft gesichert werden. Abgelehnt wurde von ihm aus „wirtschaftlichen und Arbeitnehmerschutzgründen" auch der sogenannte „Dienstleistungsabend". Die Gewerkschaften rief er auf, „geschlossen und inhaltlich abgestimmt zu arbeiten".

Und hier gibt es in Hessen gute Ansätze. Das zeigen der Pakt der Solidarität und auch konkrete gewerkschaftliche Beschlüsse. So wollen beispielsweise je drei Eisenbahnerfamilien die Patenschaft für einen ausgesperrten Metallarbeiter übernehmen, eingeschlossen die finanzielle Unterstützung. Gemeinsamen Widerstand wollen die DGB-Gewerkschaften gegen die von den „Flexibilisierungspropagandisten in Wirtschaft und Politik" beabsichtigte Einführung von Spätöffnungszeiten im Einzelhandel leisten, wurde einstimmig beschlossen.

Ebenso einstimmig rief die Konferenz alle hessischen Männer und Frauen auf, am 5. April ihr Wahlrecht wahrzunehmen und für eine „sozialgerechte Politik zu sorgen". Gegen den Sozialabbau, gegen den Antistreikparagraphen 116 AFG, für die Sicherung des Aussperrungsverbotes der hessischen Verfassung, für weitere Arbeitszeitverkürzung. Denn „wer nicht wählt, läßt andere über sich entscheiden"! G. M.

DPG-Jugendkampagne „Arbeit und Umwelt"

Die Jugend der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) wird das vom Europäischen Rat für 1987 ausgerufene „Europäische Umweltjahr" zum Anlaß nehmen, ihr umweltpolitisches Engagement mit einer Kampagne „Arbeit und Umwelt" noch zu steigern. Wie der stellvertretende DPG-Vorsitzende Klaus-Dieter Zemlin am 24. Februar nach einer DPG-Bundesjugendausschußsitzung in Frankfurt mitteilte, seien über 600 Veranstaltungen geplant, mit denen Umweltbewußtsein bei der Post gestärkt sowie Vorschläge für ein umweltorientiertes Verhalten popularisiert werden sollen. Als Höhepunkt plane die DPG-Jugend ein internationales Jugendtreffen mit jungen Post- und Fernmeldegewerkschaftern aus der Europäischen Gemeinschaft.

Argumente zu Arbeitszeit und Belastung

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) hat in einer Sonderausgabe der regelmäßig erscheinenden „Informationsblätter Arbeit – Gesundheit – Humanisierung" übersichtlich Zahlen, Daten und Fakten zur Entwicklung von Arbeitszeit und gesundheitlicher Belastung zusammengestellt, die sich geradezu für die Argumentation in der derzeitigen Tarifaufeinandersetzung eignen. Behandelt werden u. a. Arbeitszeitentwicklung, Rationalisierung und Belastung, Überstunden, Nacht-, Schicht-, Wochenend- und Teilzeitarbeit. Die Broschüre zum Preis von 3 DM (Staffelpreise auf Anfrage) kann über das WSI, Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf 30, bezogen werden.

Arbeitslose mischen mit

Berührungsgängste abzubauen und Wege zur Erreichung des gemeinsamen Ziels, die 35-Stunden-Woche, zu erörtern, standen im Mittelpunkt des Treffens von 17 Vertretern aus Arbeitsloseninitiativen sowie dem DGB Baden-Württemberg und der IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart Anfang Februar. „Wir haben einen gemeinsamen Gegner und ein gemeinsames Ziel", stellte Norbert Sorg, Sprecher des Stuttgarter Arbeitslosenzentrums SALZ, fest, der in den Gewerkschaften den „einzigen Bündnispartner" der Arbeitslosen sieht.

DGB-Vorsitzender Siegfried Pommerenke appellierte an die Arbeitslosen, im DGB mitzumischen. Sie wollten sich nicht als Manövrierermasse des Kapitals und zur Lohnrückerei mißbrauchen lassen, stellte Arbeitslose fest, die zugleich ankündigten, daß Unternehmer bei den näch-

sten Tarifverhandlungen einiges von ihnen zu hören bekämen. Sie wollen künftig außerdem bei Betriebsversammlungen auftreten und in gewerkschaftlichen Gremien mitarbeiten. Die IGM-Bezirksleitung stellte den Arbeitsloseninitiativen ihre nächste Wechelseite in der Mitgliederzeitschrift Metall zur Selbstdarstellung zur Verfügung.

DGB warnt Regierung vor Konfrontationskurs

Vor einer Fortsetzung der Konfrontation mit den Gewerkschaften hat Gerd Muhr, stellvertretender DGB-Vorsitzender, Mitte Januar in Düsseldorf die Regierungsparteien gewarnt. Die bei den Koalitionsverhandlungen bekanntgewordene Absicht, die alten Pläne „überspitzter" Minderheitenregelungen im Bereich des Betriebs- und Personalvertretungsrechts sowie einer gesetzlichen Verankerung für Sprecherausschüsse leitender Angestellter wieder aufzugreifen, würden auf entschiedene gewerkschaftlichen Widerstand stoßen. Wer Konkurrenzorgane zum Betriebsrat schaffe, so Muhr, betreibe die Zersplitterung der einheitlichen betrieblichen Interessenvertretung und stelle sich gegen das Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Muhr kritisierte auch, Betriebsräten bei der Einführung und Anwendung neuer Technik keine Mitbestimmung, sondern nur mehr Informations- und Beratungsrechte geben zu wollen. Wer den Arbeitnehmern eine wirksame Mitgestaltung verweigere, wende sich gegen sie und zementiere damit den Herr-im-Hause-Standpunkt der Arbeitgeber.

Besser informiert durch NACHRICHTEN

denen gewerkschaftlichen Widerstand stoßen. Wer Konkurrenzorgane zum Betriebsrat schaffe, so Muhr, betreibe die Zersplitterung der einheitlichen betrieblichen Interessenvertretung und stelle sich gegen das Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Muhr kritisierte auch, Betriebsräten bei der Einführung und Anwendung neuer Technik keine Mitbestimmung, sondern nur mehr Informations- und Beratungsrechte geben zu wollen. Wer den Arbeitnehmern eine wirksame Mitgestaltung verweigere, wende sich gegen sie und zementiere damit den Herr-im-Hause-Standpunkt der Arbeitgeber.

DGB weist CDU-Forderung zurück

Der baden-württembergische DGB-Landesbezirksvorsitzende Siegfried Pommerenke hat am 23. Februar die Forderung des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises der CDU-Landtagsfraktion nach einer „flexibleren Handhabung" des Arbeitsrechtes zurückgewiesen und als „Rückfall in frühkapitalistische Denkweisen" bezeichnet. Dahinter verberge sich der Versuch, „Arbeitnehmerschutzrechte konsequent weiter abzubauen". De facto wolle die CDU das Arbeitsrecht durch ein Unternehmerrecht ersetzen.

PERSONALIEN

Christiane Albrecht, bisher Beisitzerin im Landesvorstand Hamburg der GEW, ist am 24. Februar von der Landesvertreterversammlung mit 197 Stimmen zur neuen GEW-Landesvorsitzenden gewählt worden. Ihr Gegenkandidat **Frieder Bachteler** unterlag mit 167 Stimmen. 1. stellvertretender Vorsitzender wurde **Hans-Peter de Lorent**. Die Sozialdemokratin Albrecht, Nachfolgerin des im Dezember zurückgetretenen **Rainer Griep**, setzte sich damit auch in ihrer Orientierung für die Schwerpunkte Arbeitszeitverkürzung sowie einer Bildungspolitik, die eine Integration beruflicher und schulischer Bildung anstrebt und im Bündnis für deren Durchsetzung stärker auf die DGB-Gewerkschaften setzt, durch gegen jenen Flügel, der eine stärkere Öffnung der GEW-Arbeit hin zu sozialen Bewegungen favorisiert. Gleichwohl sind im neuen Vorstand auch diese Kräfte repräsentiert. Dazu zählt z. B. die 2. stellvertretende Vorsitzende **Anna Ammonn**.

Karl-Ludwig Dieckerhoff, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, ist am 3. Februar nach langer Krankheit im Alter von 51 Jahren gestorben. Der gelernte Industriekaufmann wurde 1965 stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der Hoesch AG, 1972 Vorsitzender. Ein Jahr später wurde Dieckerhoff erstmals in den geschäftsführenden Vorstand gewählt und war dort für Betriebsräte- und Vertrauensleutearbeit zuständig. Nach dem letzten Gewerkschaftstag im Oktober 1986 sollte er das Stahlbüro seiner Gewerkschaft in Düsseldorf übernehmen, war aber schon von seiner schweren Krankheit gezeichnet.

Helmut Pirkel, von 1966 bis 1974 Beiratsmitglied der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten (NGG), anschließend bis 1982 Vorsitzender des NGG-Hauptausschusses, ist am 17. Januar im Alter von 62 Jahren gestorben.

Dieter Schmidt, Chefredakteur der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit" seit sieben Jahren, wurde am 12. Februar 50 Jahre alt. Zunächst im Bergbau tätig, dann zum Journalismus gewechselt, entwickelte Schmidt Anfang der 70er Jahre die Konzeption des DGB-Jugendmagazins 'ran und leitete es bis 1979.

Günter Schröder, 49, bis November letzten Jahres Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), hat im Februar auch den Vorsitz des GdP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen niedergelegt. Ein außerordentlicher Delegiertentag am 11. Februar in Dortmund wählte den 39 Jahre alten Hauptkommissar **Klaus Steffenhagen** zu seinem Nachfolger. Steffenhagen, bisher Stellvertreter Schröders in NRW, war vom 18. GdP-Bundeskongreß im November in Mannheim auch zu einem der drei stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden gewählt worden.

IG BSE erklärt: „So nicht! Leisten wir Widerstand.“

Die zwei Auftaktveranstaltungen der IG Bau – Steine – Erden (IG BSE) zur bevorstehenden Betriebsratswahl am 31. Januar in den Stadthallen von Bremen und Fürth fanden in einer kämpferischen Atmosphäre statt. In Bremen sprachen der Stellvertretende Bundesvorsitzende Bruno Köbele und das Mitglied des Bundesvorstandes Kurt Herforth, und in Fürth der Bundesvorsitzende Konrad Carl sowie das Mitglied des Bundesvorstandes Jürgen Jöns.

Auf das Ergebnis der Bundestagswahlen eingehend, die der Regierungskoalition erhebliche Stimmenverluste brachte, meinte Konrad Carl, daß dies „ein Dämpfer für rechts“ war. Es komme für die Gewerkschaft jetzt darauf an, erst recht die Stimme zu erheben: „Unsere Probleme und Forderungen müssen noch deutlicher formuliert und vorgetragen werden.“

Bei der Situationsbeschreibung zu Beginn des Jahres 1987 stellte Carl fest, daß immer mehr Bauarbeitern das Etikett „nicht verwertbar“ aufgeklebt werde, daß 1986 über 35000 Bauarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren hätten, daß die Bonner Sparpolitik auf dem Rücken der Bauarbeiter ausgetragen werde und die Unternehmer angetreten seien, die Sozialkassen aufzubrechen und tarifvertragliche Vereinbarungen auszuhöheln.

Der BSE-Vorsitzende nannte es unerträglich, daß zur Jahreswende wieder rund 160000 Bauarbeiter auf der Straße stünden. Für Ältere und all diejenigen, die sich auf dem Bau kaputtgeschuffet hätten, sei kein Platz mehr. Nach harter Arbeit folge nun der Tritt in den Hintern. Mit illegaler Leiharbeit – Carl nannte die Zahl von 200000 illegalen Leiharbeitern – würden Tarifverträge ausgehöhlt und die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe verschärft.

Zu den Plänen der Unternehmer, das 13. Monatseinkommen abzubauen, sagte Carl, daß die IG BSE dies unter keinen Umständen zulassen werde. Wer den Kampf suche, könne ihn bekommen. Unter dem Beifall der Teilnehmer rief er aus: „Wir sagen: So nicht! Leisten wir Widerstand.“ Nur wer nicht zurückweiche, sondern standfest seine Interessen formuliere und seine Rechte auch wahrnehme, habe die Chance, sich zu behaupten. Jürgen Jöns hatte zur Einleitung der Veranstaltung in Fürth erklärt, daß die Gewerkschaft die Errungenschaften eines hundert Jahre dauernden Kampfes nicht widerstandslos aufgeben werde.

Bruno Köbele wertete in Bremen den Versuch, das 13. Monatseinkommen über die sogenannte Umverteilung auf den Stundenlohn zu verändern, als einen Schritt zurück in das letzte Jahrhundert. Wer heute versuche, das 13. Einkommen der Arbeiter und Angestellten in der Bauwirtschaft in Frage zu stellen, der werde mor-

gen nicht davor haltmachen, die Sozialkassen in ihren Grundfesten zu erschüttern, um sie dann zum gegebenen Zeitpunkt als faule Frucht auf den Müll zu werfen. An die Bundesregierung gewandt, forderte Köbele, diesem Wirtschaftszweig eine gesicherte Zukunftsbasis durch staatliche Wirtschaftsprogramme zu geben, die den Umweltschutz und die Stadterneuerung beinhalten.

Kurt Herforth hatte seinem Referat das Motto: „Gewerkschaftliche Gegenmacht als Antwort auf Sozialabbau“ gegeben.

Chemie und Umweltschutz

Die Chemie-Gewerkschaften der Anliegerländer des Rheins sind durch die wiederholten Flußverseuchungen durch Chemieunternehmen der Schweiz und der Bundesrepublik in besonderer Weise alarmiert worden. Die skandalösen Rheinverschmutzungen haben die Arbeitnehmerorganisationen der Beschäftigten in dieser Branche geradezu genötigt, eigene Konzepte für den Schutz der Umwelt und der Arbeiter und Angestellten zu entwickeln. Ende Januar wurden die Chemie-Gewerkschaften in der EG in Brüssel bei der EG-Kommission vorstellig, um auf schnelle Initiativen für einen verbesserten Umwelt- und Arbeitsschutz in der chemischen Industrie zu drängen.

Schon am 8. Januar hatten sich die in der Internationalen Vereinigung der Chemie-, Energie- und Fabrikarbeiter-Gewerkschaften (ICEF) organisierten Chemie-Gewerkschaften der Rheinanliegerstaaten in Basel getroffen, um eine abgestimmte Ausgangsposition zu entwickeln, die dann in Brüssel die Basis der Forderungen an die EG bildete. Diese sehen u. a. folgendes vor:

- Bildung von Umweltausschüssen in den chemischen Betrieben und Mitwirkung der Arbeitnehmervertretungen darin.

- Schaffung von Informations-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten bei Umweltschutzmaßnahmen für die Gewerkschafts- und Betriebsvertretungen.

- Einführung und Stärkung der Position des betrieblichen Beauftragten für Störfälle, für Abfall, Abwässer und Immissions-

Die Angriffe auf die Sozialkassen des Baugewerbes, meinte er, gälten nicht nur den am Bau Beschäftigten. Würde hier etwas zerstört, gingen die Angriffe auf breiter Front gegen alle tarifvertraglichen Sozialleistungen los. Bei den Sozialkassen stünde viel auf dem Spiel. Würden die Urlaubsansprüche nicht mehr über die Urlaubskassen abgesichert, bestünde die Gefahr, daß viele keinen Urlaub mehr bekämen. Das Beschäftigungsförderungsgesetz würde eine solche negative Entwicklung noch beschleunigen. Wer den Lohnausgleich zerschlage, rief er aus, vernichte damit zugleich die Schlechtwetterregelung und die ganzjährige Beschäftigung mit all ihren Folgen.

Würde die Gewerkschaft nichts tun und den Protest nur bei Worten bewenden lassen, beginne der Abbau der Sozialleistungen, Urlaubsgeld und Urlaubsregelung würden danach abgeschafft, und dann sei es nur noch eine Frage der Zeit, bis das Gebäude der sozialen Sicherheit zusammenbreche. Herforth: „Sind wir aber bereit uns zu wehren, für unser Recht zu kämpfen, dann ist der Tarifvertrag 13. Monatseinkommen zu retten. Dann werden die Arbeitgeber ihre Finger auch vom Urlaubsgeld lassen. Dann kann der soziale Kahlschlag in unserem Bereich gebremst werden.“

Heinz Schäfer

schutz. Verbesserter Kündigungsschutz für diese Beauftragten sowie klare Definition ihrer Stellung und Aufgaben. Mitbestimmung der Arbeitnehmervertretung bei Bestellung und Abberufung sowie bei Festlegung der Aufgaben.

- Bessere Ausbildung und Informationsrechte der Beschäftigten; Schaffung eines Arbeitsverweigerungs- und Beschwerde-rechts bei offensichtlichen Verstößen gegen Umweltschutz- und Arbeitssicherheitsauflagen.

- Strengere Produktionsauflagen, die Überprüfung der betrieblichen Alarm- und Gefahrenpläne nicht nur in der chemischen Industrie, sondern für alle Wirtschaftszweige.

- Verschärfte Strafbestimmungen bei Umweltdelikten gegen die für die Produktion Verantwortlichen.

- Speziell für den Gewässerschutz sollen verstärkt geschlossene Kreisläufe eingesetzt und die Kläranlagentechnik verbessert werden. Nichtgenehmigte Gewässer-einleitungen seien künftig als Straftat zu verfolgen.

Nach Meinung des Vorsitzenden des europäischen Industrieausschusses Chemie der ICEF-Gewerkschaften, Peter Kripzak, müßten auch im Interesse der über zwei Millionen Beschäftigten in der chemischen Industrie des EG-Bereichs rechtzeitig alternative Produktionsmethoden und Produkte entwickelt werden. Das mache die Chemie-Arbeitsplätze sicherer. G. S.

Gibt es wieder Flickschusterei bei der Montanmitbestimmung?

40 Jahre sind vergangen, seit in den Hüttenwerken Haspe AG in Hagen-Haspe die Stahlbarone unter dem Eindruck ihrer Mitschuld an Faschismus und Krieg und entscheidender Forderungen der Betriebsräte die paritätische Mitbestimmung zugestanden: das, was später Montanmitbestimmung genannt wurde und 1951 Gesetzesform erlangte. Nach der folgenden Restauration der Macht des deutschen Großkapitals unter US-Schirmherrschaft auf dem Boden der Bundesrepublik riskieren heute deren wirtschaftliche und politische Vertreter wieder eine dicke Lippe. Sie wollen die Montanmitbestimmung sterben lassen.

Wenn nichts geschieht, endet mit diesem Jahr die Montanmitbestimmung bei Mannesmann und Peine-Salzgitter. Thyssen würde 1989 folgen, nachdem Krupp durch Ausgliederung der Stahl-AG schon längst ausgeschieden ist. Auch Klöckner plant, sich der Montanmitbestimmung durch Ausgliederung des Stahlbereichs zu entledigen. Keine Probleme in dieser Hinsicht gibt es derzeit bei Hoesch, ARBED-Saarlautern und der Ruhrkohle AG.

Die Frage nach der Zukunft der Montanmitbestimmung, die in der Mitbestimmungskonzeption des DGB sowohl programmatisch als auch in der Realität die am weitesten entwickelte Mitbestimmungsvariante ist, stellt sich zwangsläufig durch das 1981 von der sozial-liberalen Koalition beschlossene Mitbestimmungsergänzungsgesetz. Es enthält die Festlegung, daß bei Fortfall des Kriteriums für die Anwendung der Montanmitbestimmung – mindestens 30 Prozent Umsatz im Montanbereich – diese noch sechs Jahre fortgelten muß. Diese sechs Jahre sind jetzt um.

Nach Einführung dieser Mitbestimmungsform 1951 in allen Unternehmen mit mindestens 1000 Beschäftigten und 50 Prozent Umsatz in Eisen, Stahl und Steinkohle gab es mehrere gesetzliche Eingriffe, um ihre Fortgeltung zu sichern. Nachdem nun aber auch die Galgenfrist von sechs Jahren bei den ehemals klassischen Montanunternehmen endet, geht es darum, wie die Montanmitbestimmung überhaupt erhalten werden kann – weniger speziell in diesen Unternehmen, sondern als Instrument der Interessenvertretung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften.

Bei aller Bedingtheit ist das Montanmodell mit der paritätischen Besetzung des Aufsichtsrates, dem „neutralen Mann“, der das Vertrauen beider Seiten genießen muß, und dem Arbeitsdirektor im Vorstand, der in der Regel von der Gewerkschaft benannt wird, noch die wirksamste Beteiligungsform. Die anderen Varianten, ob nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 oder nach dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952, bleiben weit dahinter zurück. Kein Wunder also, daß die notori-

schen Mitbestimmungsgegner im Unternehmer- und Regierungslager nichts sehnlicher als das Ende der Montanmitbestimmung erwarten. Und das könnten sie durch bloßes Nichtstun bewirken.

Nun hat allerdings die CDU, weil sie zur Regierungsfähigkeit auf Arbeitnehmerstimmen angewiesen ist, in ihrem Wahlprogramm die Bestandssicherung für die

Wo bleiben Taten?

„... Minister Blüm (hat) die Montanmitbestimmung Urgestein unseres Sozialstaates genannt. Hoffentlich wird da kein Urgesteinsmehl daraus. Und weiter hat er ausgeführt, daß diese Montanmitbestimmung ‚Fleisch aus unserem Fleisch‘ ist, und daß man diese Montanmitbestimmung nicht ab-saufen lassen darf. Das sind große Worte! Aber wo bleiben denn die Taten? Sprüche alleine helfen uns nicht weiter...“

(Rudolf Judith auf dem 15. Gewerkschaftstag der IG Metall, Oktober 1986, in seinem mündlichen Geschäftsbericht)

Montanmitbestimmung versprochen. Die FDP hingegen, die allein dem Besitzbürgertum verpflichtet ist und ihren sozialen Flügel 1982 – der CDU/CSU zuliebe – abgehackt hat, versprach eben dieser Klientel den Tod der Montanmitbestimmung. Die Sterne stehen da für deren Fortbestand wenig günstig, und – überließen die Gewerkschaften den Dingen ihren Lauf – am Ende käme vermutlich nichts oder irgendeine neue Flickschusterei heraus. Sogar Franz Josef Strauß hat sich für eine Fortgeltung der Montanmitbestimmung in den betreffenden Unternehmen durch weitere Quotenabsenkung des Montanumsatzes ausgesprochen.

Auch Arbeitsminister Blüm hat sich als Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse für die Beibehaltung der Mitbestimmung erklärt, allerdings mit der salomonischen Formel, CDU und CSU würden bemüht sein, „im Benehmen mit den Tarifpartnern“ die Montanmitbestimmung zu sichern. Der eine „Partner“, Tyll Necker, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), hat das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ (8. 1. 87) wissen lassen, daß dies „im Widerspruch zu dem vor sechs Jahren von der damaligen Bundesregierung beschlossenen Auslaufgesetz“ stehe und ihm obendrein „auch verfassungsrechtlich problematisch“ erscheine.

Mit anderen Worten: Für die Unternehmer ist die Sache klar; sie sagen nein. Aber auch für die Gewerkschaften ist die Sache klar: „Angesichts des drohenden Auslaufens der Montanmitbestimmung bei fast allen Konzernobergesellschaften ist eine politische Initiative zur Sicherung und Weiterentwicklung der Mitbestimmung auf Unternehmensebene dringend notwendig. Die bisherigen Sicherungsgesetze haben keine dauerhafte Sicherung der Montanmitbestimmung bewirkt. Sie ist nur durch eine umfassend angelegte allgemeine Mitbestimmungsregelung auf Unternehmensebene herbeizuführen, die auf dem in der Praxis bewährten Modell der Montanmitbestimmung aufbaut.“

Das erklärte der DGB aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 am 1. Juli 1986. Im Mai davor hatte auch der DGB-Bundeskongreß in Hamburg diese Position bekräftigt. Der DGB will also keine zweifelhafte „Sicherung“ der Montanmitbestimmung durch erneute zeitlich begrenzte Fortschreibung des Gesetzes, durch Quotenabsenkung oder sonstiges Flickwerk, sondern durch Ausdehnung über die jetzt erfaßten Unternehmen hinaus auf alle Branchen der Wirtschaft. Die Unternehmensmitbestimmung soll allgemein, nicht nur im Montanbereich, weiterentwickelt und gesichert werden.

Auf dem DGB-Kongreß hatte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit versichert: „Eines kann ich heute schon ankündigen: Der Versuch, der Montanmitbestimmung ein stilles Begräbnis zu bereiten, wird scheitern. Wir werden alles daransetzen, die Sicherung und den Ausbau der Montanmitbestimmung zu einem Volksthema zu machen.“ Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach, CDU-Mitglied, will ebenfalls an diesem Strang ziehen. Der „Welt der Arbeit“ (29. 1. 87) versicherte er, der Arbeitnehmerflügel in seiner Partei sehe die Sicherung der Montanmitbestimmung als einen Hauptpunkt: „CDA-Politik muß es sein, in dieser Frage hart zu bleiben.“ Allerdings hat sich beim § 116 AFG gezeigt, daß die CDA und Blüm in der CDU für Gewerkschafter kaum ernstzunehmende Bündnispartner sind, wenn es um Substantielles geht. Im Sinne von Ernst Breits Ankündigung wird der DGB nun bald selbst was unternehmen müssen. Gerd Siebert

Arbeitsrecht im Umbruch – aber in welche Richtung?

Rund 80 Arbeitsrechtler und am Arbeitsrecht Interessierte, zumeist Gewerkschafter, waren am 21. Februar in Frankfurt zusammengekommen. „Arbeitsrecht im Umbruch“ war ihr Thema und das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) der Veranstalter. Das Arbeitsrecht müsse man als „Waffenstillstandslinie“ zwischen Arbeit und Kapital verstehen, meinte Prof. Wolfgang Däubler. Aber sie sei nicht unverrückbar.

In seinem Einleitungsvortrag beleuchtete Klaus Pickshaus vom IMSF den Zusammenhang zwischen der Rücknahme von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten, wie mit der Änderung des § 116 AFG geschehen und des Betriebsverfassungsgesetzes geplant, und der Strategie des „konservativen Umbaus“ der Gesellschaft durch diese Bundesregierung. Deregulierung und Flexibilisierung seien dafür Stichworte. Und das Arbeitsrecht sei dabei nicht ausgeklammert.

Zurückverlegung der „Waffenstillstandslinie“ also, näher heran an den Nerv zentraler Arbeitnehmerinteressen, um dem Kapital mehr Spielraum zu verschaffen. Genau diese Absicht wurde auch in den Koalitionsverhandlungen des Februars deutlich, etwa – um im arbeitsrechtlichen Bereich zu bleiben – mit der Übereinkunft zwischen CDU/CSU und FDP, gesetzlich Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten vorzuschreiben und durch Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes Außenseitern und DGB-Gegnern leichteren Zugang zu den Betriebsräten zu verschaffen.

Däubler befaßte sich speziell mit den Wirkungen und Möglichkeiten, die sich für das arbeitsrechtliche Gefüge aus den neuen Produktionstechniken ergeben. Dadurch, daß sie die Auflösung der klassischen Beschäftigungsstrukturen in immer mehr kleine Kern- und große Randbelegschaften ermöglichten, werde nicht nur die herkömmliche Form der inner- und überbetrieblichen Konfliktlösung, sondern auch das Arbeitsrecht selbst in weiten Bereichen ausgehebelt.

So werden im Bereich der gefährlichen Technologien, z. B. Atomkraftwerke, arbeitsrechtliche Bestimmungen weitgehend durch behördliche Anordnungen überlagert. Bei Einstellungen finden Sicherheitsüberprüfungen auf die „soziale Verlässlichkeit“ statt, die in regelmäßigen Abständen wiederholt werden. An den Werkstoren werden strenge Eingangskontrollen durchgeführt, die Arbeitsplätze können jederzeit durch bereits installierte Fernsehkameras überwacht werden. Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie stark Mitbestimmung und Arbeitsrecht durch hoheitliche Verfügungen ersetzbar sind. Parallelen finden sich in der chemischen Großindustrie.

Die Anwendung der Informationstechnologie ermöglicht die Auflösung der sozialen Einheit Betrieb, räumliche Entfernung und die Zersplitterung von Produktionseinheiten bilden keine technischen Probleme mehr. Auf diese Entwicklung hat das Arbeitsrecht kaum reagiert, so daß z. B. mit der elektronischen Fernarbeit freie, ungeschützte Beschäftigungszonen entstanden. Das erfordert, daß der Betriebsbegriff den gewandelten Strukturen angepaßt wird. Mitbestimmung darf sich nicht mehr nur auf die Auswirkungen der neuen Technik auf den Menschen erstrecken, sondern muß bereits dessen objektive Handhabung erfassen.

Erhebliche Gefahren ziehen mit der Gentechnologie herauf, denn sie ermöglicht die vollkommen erfaßte und durchleuchtete Arbeitskraft. Auf dem Arbeitsmarkt könnten neue Gruppen von Behinderten entstehen, die den „Zuchtnormen“ der Gentechnologie nicht mehr gerecht werden. Alle drei Beispiele legen die Schluß-

folgerung nahe, daß nicht mehr nur die Verhältnisse, unter denen produziert wird, sondern auch die Stofflichkeit der Produktivkräfte Themen gewerkschaftlicher Interessenvertretung darstellen.

Manfred Bobke warf abschließend einige Probleme veränderter Produktionsstrukturen auf, bei einer Tendenz zu weltweiter integrierter flexibler Fertigung und gleichzeitiger Machtkonzentration in den Konzernzentralen. Dies mache die Gewerkschaften verwundbarer, werfe die Frage nach neuen Streikstrategien auf, die den veränderten Organisationsformen des Kapitals Rechnung tragen. Er nahm dabei eine Typologisierung der Kampfform „Betriebsbesetzung“ vor. Im Gegensatz zur Betriebsbesetzung bei Betriebsschließung (Verlust der Arbeitsplätze) oder der Demonstration gegen Umweltgefahren z. B. (Stichwort: Robin Wood), sei das Verbleiben am Arbeitsplatz im Tarifkampf als eine erweiterte Form des Warnstreiks im Betrieb anzusehen.

Nur knapp anreißen konnte Bobke einige juristische Probleme, mit denen sich fortschrittliche Arbeitsrechtler in Zukunft stärker auseinanderzusetzen haben. Bei den juristischen Attacken gegen das Streikrecht sieht er die Gefahr der Abwertung kollektivrechtlicher zugunsten zivilrechtlicher Argumentationen, zurück zur Vertragsfreiheit, wie sie bei der Herausbildung des Kapitalismus im Vordergrund stand. Als sehr wichtig stellte Bobke die Berufung auf internationales Recht (ILO, Menschenrechtsdeklaration usw.) heraus, verwies aber darauf, daß, ohne Systemunterschiede zu verwischen, dessen Normen auch von universeller Geltung sein müßten. grb.

DGB-Landesbezirke sollen jetzt Solidaritätsaktionen organisieren

Schwerpunkt der jährlichen Klausurtagung des DGB-Bundesvorstandes, die am 10. und 11. Februar im Bildungszentrum der BfG in Oberursel stattfand, sollte die Problematik der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen sein. Der Stand der gegenwärtigen Tarifrunde machte es jedoch notwendig, wie der DGB-Vorsitzende Ernst Breit auf einer Pressekonferenz mitteilte, die Tagesordnung zu ändern.

Der geschäftsführende Bundesvorstand berichtete, daß von seiner Seite alle Vorkehrungen getroffen seien, um den DGB zum Koordinierungszentrum der Solidarität werden zu lassen. Diese Solidarität gelte, wie Breit hervorhob, für alle Gewerkschaften, die, mit welcher Forderung auch immer, in Tarifauseinandersetzungen stehen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit hätte der DGB-Bundesvorstand den Bericht des Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, gehört. Dieser habe dargelegt, daß die Metallunternehmen in ihrer Verhandlungsführung auf die Wirkung des § 116 AFG in seiner neuen Fassung setzten. Der DGB-Bundesvorstand habe der IG Metall

seine Solidarität mit dem Ziel und dem Weg zum Ausdruck gebracht. Alle Gewerkschaften im DGB wüßten, was vom Ausgang der Tarifrunde im Metallbereich abhängt. „Wir alle“, sagte Breit, „sind der Auffassung, daß sich Aussperrung und kalte Aussperrung nicht nur gegen die betroffene Gewerkschaft, sondern letztlich gegen alle Arbeitnehmer und alle Gewerkschaften richten.“

Breit hob hervor, daß die DGB-Landesbezirksvorsitzenden beauftragt worden seien, Solidaritätsaktionen vorzubereiten und zu organisieren. Der DGB-Bundesvorstand werde sich auf seiner nächsten Sitzung am 10. März erneut mit der tarifpolitischen Situation befassen.

Wolfgang Däubler zur Stellung des Betriebsrates im Arbeitskampf

Die Verwaltungsstelle Friedrichshafen der IG Metall hat am 22. Januar ein Tagesseminar gemäß § 37,6 BetrVG zum Thema „Die Stellung des Betriebsrats im Arbeitskampf“ durchgeführt. In der Einladung wurde vermerkt, daß bei der Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) neue gesetzliche Bestimmungen in Kraft getreten seien, die bei einem eventuellen Arbeitskampf in der Metallindustrie von Bedeutung sein könnten. Als Referent konnte der bekannte Arbeitsrechtler Prof. Dr. Wolfgang Däubler gewonnen werden, der für ein volles Haus sorgte.

Däubler befaßte sich ausführlich mit der Problematik arbeitskampfbedingter Kurzarbeit. Er stellte hierbei die Frage, was passiere, wenn sich Betriebsrat und Unternehmer nicht über die Modalitäten der Durchführung einigen könnten. Dann müsse die Einigungsstelle angerufen werden, die dann verbindlich entscheide, ob und in welchem Umfang und von welchem Zeitpunkt an die arbeitskampfbedingte Kurzarbeit im Betrieb umgesetzt werde. Die Erfahrungen des Arbeitskampfes 1984 zeigten, daß es in vielen Fällen möglich gewesen sei, über die Einigungsstelle den Umfang der Kurzarbeit zu reduzieren oder den Zeitpunkt der Einführung von Kurzarbeit hinauszuschieben. Es lohne sich folglich, dieses bescheidene Mitbestimmungsrecht voll auszuschöpfen.

Beständen jedoch Meinungsverschiedenheiten schon über die Notwendigkeit von Kurzarbeit, dann könne man ein Beschlußverfahren einleiten. Ein solches Verfahren brauche allerdings Zeit. Däubler verwies hierbei auf die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom Dezember 1980, die dem Betriebsrat die Möglichkeit einräumt, dem Unternehmer durch das Arbeitsgericht, im Wege der einstweiligen Verfügung, die Einführung arbeitskampfbedingter Kurzarbeit untersagen zu lassen.

Denkbar sei aber auch, daß man beide Verfahren nebeneinander durchführe. Der Betriebsrat könne sagen, daß er einerseits der Auffassung sei, daß der Unternehmer nicht dargelegt habe, daß tatsächlich nicht weitergearbeitet werden könne, und daß andererseits, selbst dann, wenn er recht hätte, er nicht schon jetzt Kurzarbeit einführen müsse. Die Kosten in beiden Verfahren trage automatisch der Unternehmer, was hin und wieder die Kompromißbereitschaft der Unternehmenseite etwas erhöhe.

Wenn der Unternehmer aber arbeitskampfbedingte Kurzarbeit einführen könne, dann tauche das Problem des neugefaßten § 116 AFG auf. Kurzarbeitergeld darf dann verweigert werden, wenn vier Voraussetzungen vorliegen: Die Arbeitslosigkeit muß das Ergebnis eines inländischen Arbeitskampfes sein, der Betrieb muß im fachlichen, aber nicht im räumli-

chen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrages liegen, es muß quasi eine Identität bei einer Hauptforderung bestehen, und es muß eine Prognose der Übernahme bestehen, und zwar eine hohe Wahrscheinlichkeit, daß das Tarifergebnis in dem betreffenden Gebiet übernommen wird.

Ausführlich behandelte Däubler das Informationsrecht des Betriebsrates, der rechtzeitig über die im Betrieb vorhandenen Verhältnisse, über geschäftliche Risiken und Gefahren, die durch einen Arbeitskampf entstehen, zu informieren ist.

Bei dem im § 116 Abs. 5 vorgesehenen Neutralitätsausschuß müsse jede Seite ei-

ne Stellungnahme abgeben. Wichtig sei dies im Hinblick auf das Problem des Punktes, der die Übernahme in andere Tarifgebiete beinhalte. Wenn die Unternehmenseite nicht sage, daß sie das Tarifgebiet mit hoher Wahrscheinlichkeit übernehme, dann könne man sie packen und zwingen, Farbe zu bekennen.

Es bestehe auch die Möglichkeit, gegen die Entscheidung des Neutralitätsausschusses das Bundessozialgericht anzurufen. Nach dem Prozeßrecht könne auch der einzelne im Hinblick auf Kurzarbeitergeld, aber auch der Betriebsrat Rechte gerichtlich geltend machen. Es könne nun zu der Situation kommen, daß das Bundessozialgericht einstweilig anordne, daß Kurzarbeitergeld nicht gezahlt werden dürfe, während örtliche Sozialgerichte völlig anders entschieden. Ein totales prozessuales Chaos sei denkbar.

Nach § 72 Abs. 1a des AFG muß der Unternehmer glaubhaft machen, daß tatsächlich eine arbeitskampfbedingte Produktionsstörung vorliege. Dem Antrag an das Arbeitsamt muß eine Stellungnahme des Betriebsrates beigelegt werden. Das Arbeitsamt könne nun von sich aus eigene Ermittlungen anstellen. Stelle es präzise Untersuchungen an, dann könne es, wenn der Betriebsrat ein informierter Gesprächspartner sei, zu Ergebnissen kommen, die dem Unternehmerstandpunkt entgegengesetzt seien. Kurzum, es bestünden eine Reihe rechtlicher Möglichkeiten, die voll ausgeschöpft werden sollten. Heinz Schäfer

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

BMW u. a.: Beeinflussung von Betriebsratswahlen

1982 hat der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg eine Umfrage zur Betriebsrätearbeit veröffentlicht. In 10 Prozent aller Betriebe berichteten die Betriebsratsmitglieder von Versuchen des Arbeitgebers oder dessen Beauftragten, die Betriebsratswahl zu beeinflussen. Vor allem wurde mit Drohungen und Versprechungen versucht, bestimmte Kolleginnen und Kollegen von der Kandidatur abzuhalten und „Angestellte in Leitungsfunktionen auf die Kandidatenliste einzuschleusen“. In 43 Fällen wurden „gewerkschaftsgegnersche Listen“ initiiert. Während Kleinunternehmen bis zu 50 Beschäftigten vor allem versuchten, Betriebsräte überhaupt zu verhindern, ist es die Spezialität von Großbetrieben zwischen 3000 und 4000 Beschäftigten, die Wahlen zu beeinflussen: Jeder vierte Befragte berichtete von derartigen Versuchen.

Einer der bekanntesten Fälle, die Wahlbeeinflussung beim BMW-Motorradwerk Berlin, hat jetzt seinen juristischen Abschluß gefunden: Am 4. Dezember 1986

(6 ABR 48/85) hat das Bundesarbeitsgericht in letzter Instanz entschieden, daß die Betriebsratswahl im April 1984 unwirksam war. Es hat der Wahlanfechtungsklage stattgegeben. Bereits die Vorinstanzen, das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht Berlin, waren von der Unwirksamkeit der Wahl ausgegangen.

Ende 1983 gab es bei BMW einen 15köpfigen Betriebsrat für die rund 1800 Beschäftigten. Im Zusammenhang mit der Neuwahl versuchte der Werksleiter, Stimmung gegen einige Kollegen zu machen, die als besonders konsequent und kämpferisch bekannt waren. Er drohte auf einer Betriebsversammlung damit, daß freiwillige soziale Leistungen wie Erfolgsbeteiligung und Bonus u. U. gestrichen werden könnten, wenn einige Kollegen wieder in den Betriebsrat gewählt würden. Nachdem die Beschäftigten sich für die Persönlichkeitswahl entschieden hatten, wurde eine – von BMW finanzierte – Wahlzeitung einer sogenannten „Mannschaft der Vernunft“ herausgegeben, die später auch dann alle

15 Betriebsratssitze erhielt. Daraufhin entschlossen sich drei Kollegen zur Anfechtung der Wahl.

Mit einem simplen juristischen Trick hat BMW versucht, das Wahlanfechtungsverfahren zu unterlaufen: Nach § 19 Abs. 2 BetrVG sind mindestens drei „Wahlberechtigte“ zur Anfechtung berechtigt. Das BAG hatte bereits 1983 entschieden, daß die Wahlberechtigung während der gesamten Dauer des Beschlußverfahrens gegeben sein muß. Da nach § 7 BetrVG nur Arbeitnehmer des Betriebes wahlberechtigt sind, lag es nahe, die Kollegen solange mit Ketten- und Änderungskündigungen zu überziehen, bis sie nicht mehr im Betrieb waren. 19 derartige Kündigungen haben die Betroffenen bisher erhalten. Mit diesen Kettenkündigungen wurde auch der Weiterbeschäftigungsanspruch unterlaufen (vgl. NACHRICHTEN 2/86, S. 30, und 5/86, S. 30).

Derartigen Praktiken erteilt das BAG nunmehr eine klare Absage. Es gab in dem BMW-Beschluß seine bisherige Rechtsprechung, daß die Wahlberechtigung während des gesamten Anfechtungsverfahrens gegeben sein muß, ausdrücklich auf und schloß sich der ständigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts an, daß § 19 Abs. 2 BetrVG lediglich die Wahlberechtigung der Antragsteller zum Zeitpunkt der Durchführung der Wahl voraussetzt. Allerdings verlangt es, daß die „Wahlanfechtung während der Dauer des Beschlußverfahrens von mindestens drei antragstellenden Arbeitnehmern getragen wird“.

In dem Verhalten von BMW sah das BAG einen Verstoß gegen das „Wahlbeeinflussungsverbot“: „Die tatsächliche und finanzielle Unterstützung einer Gruppe von Kandidaten bei der Herstellung einer Wahlzeitung durch den Arbeitgeber stellt einen Verstoß gegen § 20 Abs. 2 BetrVG dar, der zu Unwirksamkeit der Betriebsratswahl führt.“

Das Arbeitsgericht Berlin sah bereits in den Äußerungen des Werksleiters auf der Betriebsversammlung einen Anfechtungsgrund und entschied: „Das Verbot unzulässiger Wahlbeeinflussung richtet sich insbesondere gegen den Arbeitgeber. Dieser hat sich bei der Betriebsratswahl strikt jeder Meinungsäußerung und jeglichen Einflusses auf die Zusammensetzung des Betriebsrats zu enthalten. Er hat Neutralität zu üben. Der Arbeitgeber verletzt das Verbot, wenn er in einer Betriebsversammlung offen oder unterschwellig beim Zuhörer Angst vor dem Verlust eines finanziellen Vorteils erzeugt, falls dieser bestimmte Kandidaten wählt.“ (ArbG Berlin, Beschluß vom 8. August 1984 – 18 BV 5/84.)

Zwei Dokumentationen „Der Fall BMW“ hat das „Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter“ herausgegeben. Sie sind beim Solidaritätskomitee c/o Bodo Zeuner, Habelschwerdter Allee 10, 1000 Berlin 33, erhältlich.

Barbara Degen

Bonner Koalitionsabsprachen: Soziale Grausamkeiten geplant

Während der Bundesverband Junger Unternehmer bei einer nach der Wahl in Bonn durchgeführten Demonstration die konsequente Fortsetzung der wirtschafts- und sozialpolitischen Wende für „einklagbar“ erklärte und sich durch die Stärkung der auf rücksichtslosen Sozialabbau orientierten FDP in dieser Meinung bestärkt fühlen konnte, lassen die Stimmenverluste den größeren der Koalitionspartner vorsichtiger taktieren. Die CDU ist druckempfindlicher geworden, zumindest bis nach den Landtagswahlen in diesem Jahr. Und so gibt es statt konkreter sozialpolitischer Beschlüsse für zentrale Problemkreise vorläufig nur rahmenbildende Grundsätze.

Dieses Ergebnis darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in dieser Legislaturperiode die Wende schwerpunktmäßig auf dem sozialpolitischen Feld zu Ende geführt werden soll. Zu den weiterhin geltenden Orientierungspunkten der Koalition gehören: Verringerung der Sozialleistungsquote am Bruttosozialprodukt durch Leistungskürzungen, Entlastung des Bundeshaushalts durch Rückzug aus der Finanzierung sozialer Aufgaben, Umverteilung von unten nach oben zur Verbesserung der Rahmenbedingungen privater Profitproduktion, Privatisierung der sozialen Risiken; abgesichert und ergänzt durch den Abbau von Arbeitsschutz- und Gewerkschaftsrechten, durch Maßnahmen zur Entsolidarisierung und Spaltung der Betroffenen.

Darauf, daß diese Linie unverändert weiterverfolgt wird, verweist nicht nur die Vertagung brisanter Entscheidungen, die bei den anstehenden Wahlen Stimmen von Arbeitern und Angestellten kosten würden, das zeigen auch die getroffenen Absprachen deutlich auf.

Der entscheidende Mann bei diesen sozialpolitischen Koalitionsvereinbarungen war der Finanzminister. Die Finanzierungsfrage ist und bleibt denn auch der entscheidende Parameter der Sozialpolitik. Und da sieht es in den nächsten Jahren düster aus. Zum einen haben sich die Koalitionäre auf Eckdaten der Steuerreform geeinigt, während die Finanzierung der jährlichen 40 Milliarden DM noch in den Sternen steht. Da auf jeden Fall eine weitere „Entlastung der Wirtschaft“ vorgesehen ist, wird der Löwenanteil der Finanzierung von den Beschäftigten und durch Einsparungen aufzubringen sein.

Diskutiert wurde bereits die Erhöhung von Massensteuern, aber auch der Abbau von Steuervergünstigungen, wie z.B. Arbeitnehmerfreibetrag, Weihnachtsfreibetrag, der steuerfreie Zuschuß zum Kantineessen usw. Zum anderen führt der absehbare konjunkturelle Abschwung zu wirtschafts- und sozialpolitischem Handlungsbedarf auf der Ausgabenseite und zu Einnahmeausfällen durch ein zurückgehen des Steuer- und Beitragsaufkommen.

Die wohl klarste sozialpolitische Entscheidung besteht denn auch in dem Beschluß, bis 1989 keinerlei neue leistungswirksame, also kostenträchtige, Gesetze zu verabschieden. Dieser Grundsatzbeschuß zur Begrenzung des Sozialhaushalts bedeutet in seiner Tendenz jedoch weitaus mehr als „nur“, daß keine zusätzlichen Reformen durchgeführt werden:

Erstens ist nicht nur in der aktuellen Situation, sondern auch bei möglicherweise bereits in diesem Jahr wieder steigenden Arbeitslosenzahlen keinerlei staatliches Beschäftigungsprogramm vorgesehen. Die Arbeitslosigkeit – das nach Kohl „brennendste Problem“ – tauchte in den Koalitionsgesprächen denn auch so gut wie gar nicht auf!

Zweitens bedeutet der Beschluß, daß einzelne Veränderungen oder Ausbau im Sozialsystem durch Kürzungen an anderer Stelle finanziert werden müssen – der finanzielle Verschiebepfeil zwischen den Systemen der sozialen Sicherung wird weiter in Schwung gehalten.

Das bedeutet drittens, daß die Ausgabensteigerungen und Einnahmeausfälle aufgrund des bereits erkennbaren konjunkturellen Abschwungs im Sozialsystem vom Bund möglichst nicht ausgeglichen werden sollen und damit Leistungsabbau, Ausgrenzung von Betroffenen und erhöhte Beitragsbelastungen für die Beschäftigten bereits wieder als „Sachzwänge“ vorprogrammiert sind.

In diesem Finanzierungsrahmen bewegen sich denn auch die Reformvorhaben: So soll beispielsweise die Finanzierung des Pflegefallrisikos neu geregelt werden, doch der Bund jedenfalls soll keine Kosten tragen. Die Familien sollen stärker gefördert werden – aber ohne daß es den Bund etwas kostet. Klarer war die Sache bei den „kostenfreien“ Maßnahmen zur Spaltung der Belegschaften und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen: Im Betriebsverfassungsgesetz werden die Sprecherausschüsse für leitende Angestellte verankert, Arbeitsschutzrechte, insbesondere für Frauen, werden ausgebaut und eine „Offensive für Teilzeitarbeit“ gestartet.

Zu den beiden drängendsten sozialpolitischen Problemen in dieser Legislaturperiode, den Strukturreformen der Kranken- und der Rentenversicherung, wurden dagegen nur Grundsätze vereinbart. Das Blüm-Ministerium soll bis zum Herbst '87 (Gesundheit), bzw. zum Frühjahr '88 (Rente) konkrete Gesetzesvorlagen ausarbeiten. Im Gegensatz zu den Flickschustereien beim Sozialabbau der letzten Jahre sollen mit diesen Vorhaben Strukturen und Grundprinzipien in zwei zentralen Bereichen sozialer Sicherung für die nächsten Jahrzehnte entscheidend „gewendet“ werden. Die Richtung wird bereits in den dazu vereinbarten Grundsätzen deutlich:

In der gesetzlichen Krankenversicherung soll die „Kostenexplosion“ durch mehr Wettbewerb und mehr Markt gestoppt werden. Während dabei aber die preistreibende Pharmaindustrie ausgeklammert bleibt, sollen auf der anderen Seite Kassen und die Versicherten, die ja gerade keinerlei Einfluß auf die Menge und die Preise gesundheitlicher Leistungen haben, „marktwirtschaftlich“ stärker belastet werden.

Gedacht ist an eine höhere Selbstbeteiligung und wohl auch an eine Ausweitung des Anteils von Leistungen und Medikamenten, die von den Kassen nicht mehr

gezahlt werden. Gleichzeitig sollen Überangebote im Gesundheitsbereich abgebaut werden. Statt einer notwendigen echten Strukturreform beispielsweise mit einer wesentlich stärkeren Betonung vorzuziehender Maßnahmen, bleibt es damit wohl bei einer lediglich verstärkten Kostenabwälzung auf die Versicherten bei gleichzeitigem Leistungsabbau. Wiederum würde der Satz „Weil du arm bist, mußt du früher sterben“ traurige Wirklichkeit. Durchlöchert werden soll auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch die Einführung von Karenztagen, wie Graf Lambsdorff in einem Interview mit der „Quick“ ausplauderte.

Mit den Grundsätzen zur Reform der Rentenversicherung wurde die endgültige Abkehr von der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente beschlossen, wurde festgelegt, daß die heutigen Versicherten in Zukunft höhere Beiträge zahlen müssen und ihre spätere Rente wesentlich niedriger sein wird.

Mit den sozialpolitischen Beschlüssen dieser Koalitionsverhandlungen wurde ein Paket geschnürt, das bei seiner Verwirklichung den Sozialabbau der letzten Jahre weit in den Schatten stellen würde. Doch über die Verwirklichung bestimmt diese Koalition zum Glück nicht ganz alleine.

Udo Gelhausen

Arbeiterkammer Bremen für Reform des AFG-Leistungsrechts

„Ab Monatsmitte nur noch gebratene Nudeln.“ Eine solche Meldung in den „Bremer Nachrichten“ im vergangenen Jahr wird in einer Studie der Arbeiterkammer Bremen nur als ein Indiz für steigende Armut in der norddeutschen Hansestadt herangezogen. Ansonsten führen die Autoren mit exakten Zahlen den Nachweis, daß steigende Arbeitslosigkeit ein erhöhtes Verarmungsrisiko mit sich bringt. In der von Strukturkrisen gebeutelten Region ist die Arbeitslosigkeit mit offiziellen 14,8 Prozent (1985) überdurchschnittlich hoch.

Die Arbeiterkammer, die parallel auch eine vergleichbare Ausarbeitung über Bremerhaven erstellt, will jedoch nicht allein den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Armut erklären, ihr geht es vielmehr auch darum, Gewerkschaftern und Betriebsfunktionären „zusätzliche Daten und Argumente an die Hand zu geben, die die Notwendigkeit weiterer massiver Arbeitszeitverkürzung bei Sicherung der Reallohne und -gehälter unterstreichen“.

Im abschließenden Kapitel der Bremer Studie werden zunächst die gewerkschaftlichen Forderungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit hervorgehoben. Sie bedürften jedoch zusätzlich der „sozialpolitischen Gegensteuerung“. Die im Zuge des Bonner Sozialabbaus verursachte Beschleunigung des Abrutschens in die Armut – bewirkt mit der Verlängerung der Mindestbeitragszeit in der Arbeitslosen-

versicherung und der Verkürzung der Bezugszeit von Arbeitslosengeld – müsse in einem ersten Schritt rückgängig gemacht werden. Damit verbleibe aber immer noch eine bedeutende Personenzahl ohne jegliche Versicherungsleistung nach dem Arbeitsförderungsrecht (AFG). Hierunter fallen vor allem Jugendliche und Frauen.

Weiterhin sind Maßnahmen zur Erhöhung der AFG-Leistungen notwendig, also Rücknahme der Kürzungen von 1984, Einschränkung der rigiden Bedürftigkeitsprüfung bei der Arbeitslosenhilfe, die vor allem Frauen trifft, sowie eine Anhebung der Sozialhilferegelsätze um rund 30 Prozent. Letzteres werde auch von den Wohlfahrtsverbänden und vielen Sozialhilfeexperten für notwendig erachtet, „um dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht“ (§ 1 Abs. 2 Bun-

desozialhilfegesetz). Bei immerhin 40 bis 44 Prozent der in Bremen auf Sozialhilfe angewiesenen Arbeitslosenhaushalte ist eine zu geringe Arbeitslosenunterstützung wesentliche Ursache für Sozialhilfebedürftigkeit“, registrieren die Autoren, die weiterhin für eine ausdrücklich aus Bundesmitteln finanzierte bedarfsorientierte Mindestsicherung eintreten.

Diese Forderung ist zugleich Eckpunkt einer von der Arbeiterkammer Bremen knapp skizzierten Reform des AFG-Leistungsrechts, die zum einen bezweckt, Arbeitsmarktprobleme der zuständigen Arbeitslosenversicherung zuzuordnen und damit gleichzeitig zu verhindern, daß der Bund die Folgen seiner „beschäftigungspolitischen Enthaltsamkeit“ weiterhin und immer stärker den Kommunen aufhals. Andererseits – und noch wichtiger – würde damit der Armut durch Arbeitslosigkeit entgegengewirkt. Verwaltungstechnisch entfielen zugleich die Doppelzuständigkeit von Arbeits- und Sozialamt. Mit einer bedarfsorientierten Mindestsicherung im AFG, so argumentiert die Arbeiterkammer, könnten auch Arbeitslose, die nach den bisherigen AFG-Regelungen leer ausgehen, „von den Förderelementen der aktiven Arbeitsmarktpolitik erfaßt und alle Arbeitslosen den disziplinarischen Instrumenten der Sozialhilfe – „Hilfe zur Arbeit“ (Pflichtarbeit) entzogen werden“.

Die vorgeschlagenen Reformen ordnen die Autoren selbst einer „traditionellen, eher kompensatorisch orientierten Sozialpolitik“ zu, die aber zur Folge hätte, daß der heute von den Ausgrenzungsprozessen ausgehende negative Druck auf die betrieblichen Arbeitsbedingungen sowie auf Löhne und Gehälter zwar nicht aufgehoben, zumindest aber abgeschwächt würde. An anderer Stelle der Studie hatten die Autoren nur angedeutet, daß hohe Arbeitslosigkeit und Armut Unternehmer und ihre Politiker geradezu ermuntert, nach unten flexibilisierte Löhne durchzusetzen und in der Folge ein niedriges Lohnniveau wiederum ein erhöhtes Verarmungsrisiko bei Arbeitslosigkeit mit sich bringt.

Daher verweisen die Autoren abschließend auf die Grenzen materieller Leistungsverbesserungen (sie schaffen keine zusätzlichen Arbeitsplätze!), die weder den Staat mit seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik, noch die Gewerkschaften mit der Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung und Reallohnsicherung aus ihrer jeweiligen Verantwortung entlassen können. „Aus den Funktionsprinzipien der herrschenden Wirtschaftsordnung resultierende Widersprüche werden auch in Zukunft nicht über die (sozialpolitische) Verteilungsebene aufgehoben werden können; die Erfahrungen der vergangenen Jahre mit Sozialdemontage und Umverteilungspolitik haben deutlich gemacht, daß es keine naturgesetzliche sozialpolitische Auffanglinie gibt, die nicht auch wieder aus fiskalischen und/oder gesellschaftspolitischen Gründen demontierbar wäre.“

Bernhard Keßeler

Schwierige Lage in Nicaragua, aber langer Atem und gute Laune

Interview mit Regine Meyer

Seit April 1985 ist Regine Meyer im Gesundheitswesen in Nicaragua tätig. Die 38jährige engagierte Gewerkschafterin kündigte beim Vorstand der IG Metall, wo sie neun Jahre lang in der Abteilung Angestellte als Gewerkschaftssekretärin tätig war, um Solidarität zu praktizieren. Während ihres Urlaubs treffen wir sie Anfang Februar, zusammen mit jungen Postlern, die in drei Gruppen in den nächsten Monaten beim Aufbau des nicaraguanischen Post- und Fernmeldewesens helfen wollen, um Beschlüsse ihrer Gewerkschaft zu verwirklichen. Mit Regine Meyer sprach unsere Redakteurin Gisela Mayer.

NACHRICHTEN: Was hat Sie bewogen, nach Nicaragua zu gehen?

Regine Meyer: Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens hat mich politisch beeindruckt, wie mit breiter Beteiligung der Bevölkerung begonnen wurde, eine neue Gesellschaft aufzubauen und zu versuchen, ihre Probleme zu lösen. Mit meinen Erfahrungen in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und speziell in der Erwachsenenbildung habe ich die Möglichkeit gesehen, zum Aufbau einer neuen Gesellschaft beizutragen. Und zweitens will ich auch nicht verhehlen, daß es mich persönlich gereizt hat, neue Erfahrungen zu machen in einem anderen Land mit einer anderen Sprache und Mentalität.

Was mich tief beeindruckt hat, ist neben dem Prozeß der politischen Neugestaltung das Ringen, das Erbe der Somozas zu überwinden, die Wärme in den menschlichen Beziehungen, wo nicht jeder gegen jeden steht und nicht so ein Individualismus herrscht wie in der Bundesrepublik. Natürlich ist das Leben in Nicaragua schwer, aber es ist zu spüren, daß etwas Neues entsteht.

NACHRICHTEN: Welche Probleme hindern Nicaragua, die vorgegebenen Ziele zu verwirklichen?

Regine Meyer: Da ist an erster Stelle der Krieg zu nennen. Die Verteidigung verschlingt die Hälfte des Staatshaushalts. Das macht es einem ohnehin armen Land

Spenden für Nicaragua bitte überweisen: Bank für Gemeinwirtschaft, Düsseldorf, Konto-Nr.: 1 000 245 101, BLZ: 300 101 11

– Nicaragua ist eines der drei ärmsten Länder Lateinamerikas – ungeheuer schwierig, die sozialen Probleme, die das Land als schweres Erbe der Diktatur, jahrhundertlanger Unterentwicklung und Kolonialismus übernommen hat, zu überwinden.

Ein besonderes Problem ist – um auf den nichterklärten Krieg zurückzukommen –, daß die von den USA ausgehaltenen Contras gezielt zivile Projekte und Zivilpersonen angreifen, darunter auch in meinem Arbeitsbereich, dem Gesundheitswesen. Viele Beschäftigte im Gesundheitswesen und auch freiwillige Gesundheitshelfer wurden ermordet. Zwar hat sich die militärische Situation im letzten Jahr gebessert, aber die Contras sind immer noch zu Terroranschlägen in der Lage. Früher ist es beispielsweise auch passiert, daß in Kriegsgebieten Epidemien ausbrachen; z. B. sind im Herbst 85 Kinder im Norden an Masern gestorben, weil das Gesundheitspersonal und die freiwilligen Gesundheitshelfer nicht in das Gebiet konnten. Und solche Fälle gibt es viele.

Hinzu kommen die ungerechten Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt. Nicaragua muß heute doppelt soviel produzieren, um das gleiche importieren zu können wie vor zehn Jahren. Baumwollfasern bringen kaum die Kosten ein. Dazu muß man wissen, daß Nicaragua ein Agraexportland ist, ganz einseitig auf die Großproduktion von Kaffee, Baumwolle, Fleisch und Zucker ausgerichtet. Es gibt kaum verarbeitende Industrien. Auch das ist ein großes Hindernis. Aber an erster Stelle steht der Krieg. Und die Probleme sind nicht zu lösen, bevor nicht der Krieg beendet ist.

NACHRICHTEN: Die Massenmedien der Bundesrepublik berichteten kürzlich über die Verabschiedung einer nicaraguanischen Verfassung. Wichtige Rechte seien aber sofort außer Kraft gesetzt worden. Was sind die Gründe?

Regine Meyer: Die neue Verfassung ist am 9. Januar in Kraft getreten. Voraus ging ein intensiver Diskussionsprozeß, an dem sich große Teile der Bevölkerung, darunter auch die Gewerkschaften, beteiligt haben, so daß die Verfassung die Handschrift der Menschen trägt. An diesem Diskussionsprozeß waren nicht nur alle gesellschaftlichen und politischen Gruppen beteiligt, sondern der Entwurf wurde letztes Jahr in 73 offenen Volksversammlungen mit etwa 100 000 Beteiligten diskutiert. Vorschläge aus diesen Versammlungen sind nun Bestandteil der Ver-

fassung. Aufgrund der Kriegssituation ist einen Tag nach Verabschiedung der Verfassung der seit dem Frühjahr 1983 herrschende Ausnahmezustand verlängert worden.

Es ist zudem kein Ausnahmezustand, wie man ihn beispielsweise aus Chile kennt, mit Polizeikontrollen, Razzien, Ausgangssperren usw. Er ist darauf abgestellt, Versuche der Contras, eine sogenannte innere Front in den Städten aufzubauen, zu verhindern. Es gibt die Zensur und das Streikverbot. Dadurch soll verhindert werden, daß beispielsweise von den Contras Gerüchte ausgestreut werden, die die Bevölkerung in Panik versetzen. Und was das Streikverbot betrifft, so sollen dadurch Absichten der Contras zu nichte gemacht werden, die ohnehin geringe Produktion noch weiter einzuschränken und zu lähmen.

Der Ausnahmezustand zielt nicht darauf, Freiheitsrechte der Bevölkerung einzu-



schränken, auch nicht die der legalen Opposition. Die Oppositionsparteien in der Nationalversammlung hatten beispielsweise 1984 bei Vorbereitung und Durchführung der Wahlen und jetzt bei der Ausarbeitung der Verfassung alle Möglichkeiten der Partei- und Öffentlichkeitsarbeit.

NACHRICHTEN: Was können z. B. die Gewerkschaften dazu beitragen, daß Nicaragua seinen demokratischen Weg weitergehen kann?

Regine Meyer: Die Gewerkschaften und besonders junge Gewerkschafter leisten viel an Solidarität. Wichtig ist, daß Brigaden oder Arbeitsgruppen, aber auch Delegationen nach Nicaragua kommen, um das Land und seine vielen Probleme aus eigener Anschauung kennenzulernen und politische Unterstützung zu organisieren, aber auch, um aus dem breiten basisdemokratischen Prozeß in Nicaragua zu lernen und auch zu lernen, wie man unter schwierigsten Bedingungen den langen Atem und die gute Laune behält. Hinzu kommt, daß die Arbeitsgruppen und Brigaden durch praktische Arbeit einen solidarisierenden und wichtigen Beitrag leisten, um einige der ökonomischen und technischen Probleme lösen zu helfen.

Arbeitskampf in der Praxis

Im Nachrichten-Verlag sind in den letzten Jahren einige Bücher erschienen, die in Auswertung vergangener Kämpfe Diskussionsmaterial, Anregungen und praktische Hilfestellung bei der Vorbereitung und Durchführung von Streikmaßnahmen geben können:

Claudia Stich/Manfred Balder: DERNDRUCK – Ein Sieg der Solidarität. Zur Strategie und Taktik eines Kampfes. nachrichten-reihe 36, 112 Seiten, 6,- DM.

Die Entwicklung und erfolgreiche Anwendung betrieblicher Widerstandsaktionen, dem Hauptfeld gewerkschaftlicher Durchsetzungskraft, wird von den Autoren beispielhaft am Fall DERNDRUCK dargestellt. Mobilisierungsarbeit, gewerkschaftliche Aufgaben, Kampfführung, Solidaritätsbewegung und Polizeieinsatz im Arbeitskampf sind nur einige Stichworte, zu denen neue und grundsätzliche Ausführungen gemacht werden.

Degen/Siebert/Stöhr: Handbuch für den Arbeitskampf. 352 Seiten, 3,- DM.

Ein ABC des gewerkschaftlichen Widerstands. Von der Geschichte, über Strategie und Taktik bis zur Organisation in Einzelheiten reicht dieses Compendium. Mit vielen Materialien über die Praxis im Anhang und einem ausführlichen Stichwörterverzeichnis zum schnellen Auffinden, gehört es an den Arbeitsplatz jedes aktiven Gewerkschafters.

NACHRICHTEN ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

**Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger**

ISSN 0047-8598

Herausgeber seit 1969: Manfred Balder, Arthur Böpple, Uschi Döring, Rainer Einenkel, Regina Fuhrmann, Detlef Haag, Heinz Hummler, Heinz Lukrawka, Leonhard Mahlein, Willi Malkomes, Heinz Seeger.

Redaktionskollegium: Renate Bastian, Barbara Degen, Bernhard Keßler, Gisela Mayer, Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Dr. Heinz Schäfer, Gerd Siebert.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement

Mahlein/Schäfer/Gerlach/Riester/Balder (Hrsg): Tarifpolitik unter Krisenbedingungen. 221 Seiten, 20,- DM.

Neue Fragen der Tarifpolitik – die Durchsetzungsfähigkeit gewerkschaftlicher Forderungen unter Krisenbedingungen, wie sie nun erneut auf einem Sockel von weit über 2 Mio. registrierten Arbeitslosen auftauchen, neue Kampfformen, Politisierung

Alle vier Titel können über den Verlag zusammen im Paket für nur 29,- DM bezogen werden (statt 49,- DM). Bestell-Nr. 507.

der Tarifaueinandersetzungen, aber auch Strategie und Schwächen der Unternehmenseite, die es zu analysieren gilt, werden hier von namhaften Tarifexperten diskutiert. Achtung: Keine fertigen Rezepte, aber viele Anregungen für die Praxis.

Deppe/Balder/Stamm/Adams: Streik. Widerstand gegen Kapital und Kabinett. 332 Seiten, 20,- DM.

Im Mittelpunkt dieses Buches steht die kritische Auseinandersetzung mit den Arbeitskämpfen um Wochenarbeitszeitverkürzung 1984, ihren Erfolgen und Schwächen. Aber auch andere Kämpfe in der Bundesrepublik und Westeuropa, so der britische Bergarbeiterstreik 84/85, werden herangezogen bei der Diskussion um die Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Widerstandsformen gegen die vereinte Macht von Kapital und Kabinett.

40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird. Konto-Nr. 16 1561 2900, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., Postgironummer: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 27. Februar 1987

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

**Nachrichten
Verlagsgesellschaft mbH**
Kurfürstenstraße 18
Postfach 90 07 49
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon (069) 77 80 79



VERLAGSINTERNES

„Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt...“ Naja, zumindest kann jetzt wieder kräftig entschleiert werden, und zwar die von Arbeitern und Angestellten erarbeiteten Profite! Lange haben unsere Leser darauf warten müssen, auf die vierte, völlig überarbeitete Neuauflage von „Entschleierte Profite, Bilanzlesen leichtgemacht“. Die ersten Reaktionen auf das druckfrische Werk bestärken uns in der Vermutung, daß mit dieser Neubearbeitung, die nun eine Bilanzanalyse bei Unternehmen von weitaus mehr Branchen zuläßt, Sonderfälle einschließt und zugleich mit vielen Beispielen, anschaulichen Mustern, Grafiken und Tabellen eine leichte Einarbeitung verspricht, auf ein noch größeres Interesse bei Gewerkschaftern, Betriebsräten und Vertrauensleuten stoßen wird. Zudem kommt das Buch ja gerade noch recht, um in der laufenden Tarifrunde Gewerkschafter in der konkreten betrieblichen Argumentation für ihre Forderungen zu unterstützen.

Mit Werbung zu diesem Buch, zu unserem Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz in 6. Auflage, der Ende März/Anfang April erscheint, und natürlich auch zu NACHRICHTEN haben wir dieses Heft an eine größere, aber ausgewählte Zahl von Betriebsräten gesandt. Daher auch die beigehefteten Postkarten, die natürlich auch von unseren Stammlesern eifrig genutzt werden sollen. Unsere Abonnenten bitten wir, die Karte für die Probeexemplare NACHRICHTEN doch an Interessierte weiterzugeben. Wir bedanken uns für ein neues Abonnement bekanntlich mit einem Buch aus unserer Verlagsproduktion. Eine günstige Gelegenheit, sich den Kommentar oder „Entschleierte Profite“ kostenfrei zu sichern, nicht wahr?

★

Mit über 40 Teilnehmern hat unser 1. NACHRICHTEN-Stammtisch im Rhein-Main-Gebiet Mitte Februar im Frankfurter Gewerkschaftshaus lebhaftes Echo gefunden; auf eine kontinuierliche Fortsetzung wurde gedrungen. Mit Manfred Balder (Drupa) und Clemens Schütters (IGM Wiesbaden) entspann sich eine intensive Diskussion um die noch zu leistende Mobilisierungs- und Solidaritätsarbeit im Vorfeld möglicher harter Auseinandersetzungen für die 35-Stunden-Woche, gegen unternehmerische Flexibilisierungspläne.

★

Leider müssen wir an dieser Stelle den im letzten Heft angekündigten Termin für das nächste Nachrichten-Seminar (Oktober '87) „dementieren“. Organisatorische Gründe zwangen uns dazu, das Seminar, das sich mit gewerkschaftlichen Antworten auf die Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution beschäftigen wird, auf den 5./6. März 1988 zu verschieben. jaco

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

3/87

Postvertriebsstück
Nachrichten-
Verlags-GmbH
Kurfürstenstr. 18
Postf. 90 07 49
6000 Frankfurt/M. 90

0603650ANN87003 100033 976
FREIE UNIVERSITÄT B.
VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21
1000 BERLIN 33

TERMINKALENDER

- **1. März bis 31. Mai**
Betriebsratswahlen nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **17. und 18. März**
Zentrale Arbeitskampfkonzferenz des DGB, Ludwigshafen
- **21. März**
3. bundesweites Treffen betrieblicher Friedensinitiativen, Frankfurt
- **17. bis 20. April**
Ostermärsche für Frieden und Abrüstung
- **1. Mai**
Demonstrationen und Kundgebungen der DGB-Gewerkschaften zum Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse
- **2. bis 3. Mai**
9. Bundeskongress der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, Frankfurt
- **28. bis 31. Mai**
1. bundesweites Treffen der IG-Metall-Jugend, Weiterstadt

- **10. bis 11. Juni**
Fachkongress der IG Bau – Steine – Erden „Bauforderungen der Zukunft – Wohnen 2000“, Bonn-Bad Godesberg
- **17. bis 21. Juni**
2. Bundesjugendtreffen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Lage-Hörste
- **18. bis 25. Juli**
15. Bundesjugendtreffen der IG Bergbau und Energie, Walsrode
- **21. bis 25. September**
14. Bundeskongress der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hannover
- **1. bis 3. Oktober**
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, Fellbach bei Stuttgart
- **16. bis 18. Oktober**
22. Bundestagung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) der CDU, Hamburg

Zu guter Letzt

Zerstörer

Der im Vorstand der IG Metall für die Tarifpolitik Zuständige, Klaus Zwickel, hat im Geleitwort zur Studie von Jürgen P. Rinderspacher „Am Ende der Woche“ noch vor der Drucklegung geschrieben, daß die Unternehmer und die Konservativen trotz schrumpfender Arbeitsmärkte, unausgelasteter Produktionskapazitäten und millionenfacher Arbeitslosigkeit die Wiedereinführung und Ausweitung der Samstagsarbeit verlangen. Wenn es nach ihnen ginge, sollten die „teuren Maschinen“ möglichst rund um die Uhr und möglichst an allen Tagen arbeiten und die arbeitenden Menschen zur Verfügung stehen. Der Lebensrhythmus der Menschen solle nahtlos der höchstmöglichen Verwertung des „toten Kapitals“ unterworfen werden.

Nun haben die Metallunternehmer Mitte Februar in den Tarifverhandlungen ihre Vorstellungen über die Arbeitszeitgestaltung verdeutlicht.

Anläßlich der Präsentation der Rinderspacher-Studie mußte Zwickel feststellen, daß bei den Unternehmerforderungen in Wahrheit von tariflicher Arbeitszeitgestaltung überhaupt keine Rede mehr sein kann.

Nach Zwickel geht es nicht mehr um die Flexibilisierung, sondern um die totale Zerstörung jeder tariflichen Arbeitszeitordnung. Alle tarifvertraglichen Eckpunkte – ob Tagesarbeitszeit, Samstag oder die regelmäßige Arbeitszeit übers Jahr – sollen beseitigt werden. Jedem Gewerkschafter dürfte klar sein, daß die Unternehmer nicht nur die Metallbranche im Auge haben. Hier soll, wie Zwickel merkte, der gesamten sozialen Zeitordnung das Rückgrat gebrochen werden.

Zwickel stellte fest: „Wollten wir diese Forderungen akzeptieren, dann wäre der Tarifvertrag nur noch ein unverbindlicher Katalog über möglicherweise zu treffende betriebliche Vereinbarungen. Der Sinn des Tarifvertrages, nämlich auch Rahmendaaten zur Eingrenzung der Konkurrenz zu setzen, wäre ausgehebelt. Wir können diese Forderungen nicht ernstlich als Verhandlungsangebot verstehen. Sie sind eine Provokation. Sie sind ein zynischer Versuch, mit Absurditäten Verhandlungsmasse zu schaffen. Wir werden uns auf diese Absurditäten nicht einlassen.“

Schlußfolgerung: Die Verteidigung der sozialen Zeitordnung ist nicht nur eine Angelegenheit der IG Metall, sondern aller DGB-Gewerkschaften. H. Sch.

Ich bestelle hiermit:

4/87

☐ **NACHRICHTEN** im Abonnement
für 40 DM im Jahr inkl. Porto

☐ die nächsten 3 Ausgaben **kostenlos**
und unverbindlich zur Probe

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ Ort

Den Abonnementpreis ☐ zahle ich nach Erhalt der Jahresrechnung ☐ bitte ich jährlich von meinem Konto abzubuchen.

Konto-Nr.

BLZ

bei (Bank, Sparkasse oder Postgiroamt, Ort)

Vertrauensgarantie: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen nach Absendung gegenüber der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90, in schriftlicher Form zu widerrufen.

Datum

Unterschrift

Falls durch einen anderen Abonnenten erworben, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.

**Nachrichten-
Verlags-
Gesellschaft mbH**
Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon:
(069) 778079